

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis: pränumerando: Vierteljahr 1.50 RM., monatlich 1.10 RM., jährlich 12 RM. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsblätter mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1.10 RM. pro Monat. Umgetragen in die Postzeitungs-Preisklasse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 RM., für das übrige Ausland 3 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Spaltenbreite oder deren Raum 60 Pfg. für vollstehende und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pfg. (jeweils 2 Zeilen gedruckt). Jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellenanzeigen zeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 13. Februar 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Nationalliberale Drehung.

Der Rücktritt Herrn Spahns schien eine klare Situation geschaffen zu haben. Die Liberalen und Konservativen hatten sich geweiht, an der Bildung des Reichstagspräsidiums teilzunehmen. Sie wollten der Vertretung eines Drittels des deutschen Volkes das ihr gebührende Recht vorenthalten, ihr die Gleichberechtigung verweigern, sie unter den Zwang ihrer Vorschriften beugen. Da sie mit ihrem Anjinnen bei der Sozialdemokratie selbstverständlich nur höhnische Zurückweisung fanden, da auch die Fortschrittspartei allen Einschüchterungsversuchen gegenüber standhielt, konzentrierte sich ihr ganzes Bemühen darauf, die Nationalliberalen zur Verfolgung ihrer Geschäfte zu zwingen. Obwohl die Wahl des Präsidiums eine Sache des Reichstags und seiner Parteien ist, obwohl das Präsidium als Repräsentant des Reichstages dessen Zusammensetzung, also das Kräfteverhältnis der Parteien in erster Linie zum Ausdruck bringen sollte, stellten sich konservative und liberale auf den Standpunkt, daß nicht der Wille der Volksvertretung, sondern die Rücksicht auf den Hof entscheiden müsse. Als Demonstration gegen den Parlamentarismus, als Verhöhnung des Volkswillens haben konservative und liberale den Rücktritt Spahns in Szene gesetzt, und um die Nationalliberalen zum Anschluß zu gewinnen, haben sie die Hege gegen diese und besonders gegen ihren Führer Wasser-mann in Szene gesetzt.

Unterstützt wurden sie dabei durch die „Regierung über den Parteien“ des Herrn v. Bethmann, die die freie Entschiedenheit des Reichstags keiner besonderen Rücksicht wert hält, insbesondere aber durch die Bemühungen des rechten Flügels der Nationalliberalen selbst, der unter Führung des Herrn Schiffer steht. Nicht umsonst sah man heute im Abgeordnetenhaus den Zentrumsführer Herold so viel um Herrn Schiffer bemüht. So sehr gelang es dem Zentrumsführer dem Nationalliberalen seinen Geist einzufloßen, daß Herr Schiffer zum Herold des Zentrums wurde, und seine Latitit erhielt in der Fraktionsführung der nationalliberalen Partei deren Billigung.

Die Haltung der Nationalliberalen bei der Wahl Webels und Scheidemanns hatte alle reaktionären Elemente der Partei in Aufruhr versetzt. Die „Köln. Ztg.“ hatte schon am Sonnabend geschrieben, daß die Fraktion bei der Wahl des Präsidenten, sobald ihr Kandidat ausgefallen war, lieber sich der Abstimmung hätte enthalten sollen. Dann meinte das nationalliberale Organ weiter:

„Nach denselben Grundfragen hätte auch bei der Wahl der beiden Vizepräsidenten verfahren werden müssen. Da sich die Sozialdemokratie auch bei diesen Stellen weigerte, den Erfordernissen des monarchischen Staates Rechnung zu tragen, und kurzfristig genug war, auf ihrem Schein zu bestehen, so hätte die den Ausschlag gebende nationalliberale Fraktion auch bei diesen Wahlen besser abseits gestanden und der Sozialdemokratie die Verantwortung für die Zusammenziehung des Präsidiums überlassen.“

Statt dessen hat sich ein Teil der nationalliberalen Abgeordneten über die Klüft, die zwischen ihren monarchischen und den republikanischen Anschauungen der Sozialdemokratie klafft, hinweggesetzt, obwohl die Sozialdemokraten durch ihre hartnäckige Weigerung, sich den bestehenden Verhältnissen zu fügen, diesen grundsätzlichen Zwiespalt noch besonders betont und vertieft hatten. Das war ein Fehler, und wir bedauern, aufs deutlichste erklären zu müssen, daß wir jenen Abgeordneten, die unter diesem Umstand dem sozialdemokratischen Abgeordneten Scheidemann zum Siege verholfen haben, auf diesem Wege nicht folgen können.

Am Montagnachmittag verbreitete dann das offiziöse Telegraphenbureau folgende Nachricht:

„Von parlamentarischer Seite wird uns mitgeteilt: Die Vorgänge bei der Präsidentenwahl im Reichstage haben zu einer freien Besprechung nationalliberaler Vertrauensmänner aus dem Reich geführt, die gestern unter Teilnahme einer Reihe von Abgeordneten stattgefunden hat. Von der Versammlung wurde folgende Erklärung einstimmig angenommen: „Erste Nachrichten aus verschiedenen Landesstellen lassen erkennen, daß dort über die Haltung, die ein Teil unserer Reichstagsfraktion bei der Präsidentenwahl eingenommen hat, starke Verwirrung herrscht, und daß zweifellos mehrfach die Gefahr überzähliger Entschlüsse vorliegt. Unter dem Ausdruck unseres vollen Verständnisses für jene Bestimmung möchten wir die dringende Mahnung an alle unsere engeren Freunde richten, gerade im gegenwärtigen Augenblick unter allen Umständen bei der alten Fassung zu bleiben. Nur wenn alle treuen Vertreter der bedingungslos nationalen, ruhmvollen Ueberlieferungen unserer Partei geschlossen in der Partei ausharren, können wir über die jetzige Krise hinweg zu einer Befundung auch der Verhältnisse im Reichstage zurückgelangen.“

In diesem Entschluß ist mehrere bemerkenswert. Einmal wird darin die „starke Verwirrung“ ausdrücklich gebilligt, sodann wird ausdrücklich eine Krise in der Partei konstatiert, offenbar um anzudeuten, daß der rechte Flügel entschlossen sei, diese Krise wirklich zu erzeugen, sobald er seinen Willen nicht durchsetze. Das merkwürdigste ist aber, daß die nationalliberale Reichstagsfraktion von den Vorgängen, der Mitteilung ihres Berliner Organs zufolge, überhaupt nichts wußte, weder von seinem Inhalt, noch von seinem Verfasser. Die Reichstagsfraktion war, wie die „National-Zeitung“ schreibt, „durch diese ohne ihr Wissen und ihren Willen in die Doffentlichkeit lancierte Mitteilung vollkommen überrascht“. Man

machte also „Vertrauensmänner“ hinter dem Rücken der „Fraktion“ gegen dies mobil.

Diese Klüffnarbeit, der die Regierung ihre eifrigste Unterstützung lieh, hat nun in der Fraktionsführung ein Resultat gezeitigt, das in folgender Erklärung der nationalliberalen Reichstagsfraktion zum Ausdruck kommt:

Die nationalliberale Fraktion ist bei der Frage des Reichstagspräsidiums von vornherein davon ausgegangen, daß sie weder ausschließlich mit der Rechten, noch ausschließlich mit der Linken ein Präsidium bilden könne. Diesem Standpunkt entsprechend ist am 9. d. Mts. ein Präsidium gewählt worden, das nach Ansicht der Fraktion als ein reines Geschäftspräsidium deswegen am ehesten arbeitsfähig war, weil in ihm die beiden stärksten Parteien des Reichstags vertreten waren. Der Entschluß des Herrn Dr. Spahn, aus diesem Präsidium auszuschcheiden, hat die Sachlage so verändert, daß die nationalliberale Partei sich nunmehr außerstandesieht, sich an diesem Präsidium weiterhin zu beteiligen. Darum hat Prinz Schönau-Carolath abgelehnt, für den freigewordenen Posten des ersten Präsidenten zu kandidieren, und die Fraktion hat Herrn Dr. Baasche ersucht, das Amt des zweiten Vizepräsidenten niederzulegen.

Die Nationalliberalen haben also einen akuten Anfall von Angst vor der eigenen Courage erlitten. Sie hätten zur Not den Mut aufgebracht, mit einem Zentrumspräsidenten zusammen einen Sozialdemokraten im Präsidium zu sitzen, aber ohne schwarzblaue Zustimmung unabhängige Politik zu machen, dazu hat es nicht gereicht.

Was nun werden soll, ist gänzlich im ungewissen, und wir Sozialdemokraten sind jedenfalls in der Lage, es in aller Ruhe abzuwarten. Ob auch die Nationalliberalen? All die Kräfte der letzten Tage sind auf ihre mangelnde Entscheidungskraft zurückzuführen. Und doch wird ihnen der Entschluß nicht erspart bleiben: entweder finden sie den Mut zu einer eigenen selbständigen Politik und verlieren nicht sofort den Kopf, wenn sie diese Selbständigkeit einmal gegen die Regierung und die Schwarzblauen durchsetzen sollen, oder sie werden zu einem Anhängsel der Konservativen, was ja ihr rechter Flügel eigentlich schon lange ist.

Ob die Partei, die nun von einer Krise in die andere gerät, diesen Zustand lange aushält, ist zunächst nicht unsere Angelegenheit. Daß der neue Anfall bei ihren Anhängern nichts weniger als Begeisterung auslösen wird, sagt ja schon die „National-Zeitung“, wenn sie schreibt:

„Dieser Beschluß der nationalliberalen Reichstagsfraktion wird bei einem großen Teil der Parteifreunde ebenso auf Widerspruch stoßen, wie eine Widerheit sich gegen jede Beteiligung an dem „Großblod-Präsidium“ ausgesprochen hat. Es wird nicht an Stimmen fehlen, die diesen Ausweg aus einer tatsächlich nicht zu bestreitenden Schwierigkeit als Rückzug vor den Konservativen und dem Zentrum bezeichnen werden, denen es in erster Linie darauf ankommt, die parlamentarische Lage zu verwirren, um Reichsminister und Regierung gegen die Linke scharf zu machen und zur Anlehnung an die Rechte zu zwingen.“

Diese Stimmen haben jedenfalls recht, und mit einiger Reugier wird man sich fragen, ob unter ihnen nicht auch die des Abgeordneten Wasser-mann sein wird, des bisherigen Führers der nationalliberalen Partei.

Die heutige Sitzung des Reichstages wird sicherlich vertagt werden. Mittwoch wird die Präsidentenwahl stattfinden. Bis dahin haben die Nationalliberalen Frist — eine Galgenfrist, wenn sie nicht in letzter Stunde sich aufraffen. Die Präsidentenwahl hat erhöhte politische Bedeutung erhalten. Denn über die Existenz der nationalliberalen Partei fällt zugleich die Entscheidung.

Landwirte und Steuerveranlagung.

In den Debatten des Abgeordnetenhauses über die neuen Steuervorlagen hat die Frage, ob den Landräten der Vorhitz in den Veranlagungskommissionen abgenommen werden soll, einen breiten Raum beansprucht. Der § 35 des Einkommensteuergesetzes besagt, daß für jeden Veranlagungsbezirk unter dem Vorhitz des Landrats oder eines von der Regierung zu ernennenden Kommissars eine Veranlagungskommission zu bilden ist. Hiernach führt also der Landrat ohne weiteres den Vorhitz in der Veranlagungskommission. Daß das bei der Stellung des Landrats und angesichts seiner sonstigen Geschäfte Mithelligkeiten zeitigen würde, hatte bereits Miquel vorausgesehen. Daher sein Vorschlag im Jahre 1891, nicht den Landrat, sondern einen besonderen Finanzinspektor überall zum Vorhitzenden der Veranlagungskommission zu machen.

Auch der Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben, dem doch wahrscheinlich jede liberale Anwendung fernlag, hat die Bedenken gegen die heutige Organisation nicht verkannt. In seiner letzten Staatsrede vom 17. Januar 1910 nahm er zwar die Landräte gegen die ihnen gemachten Vorwürfe in Schutz, aber er ließ bereits durchblicken, daß er bereit sei, die Landräte von den Steuer-geschäften zu entbinden, falls ihnen durch die Verwaltungsorganisa-tion noch anderweitige Arbeiten zugemutet würden. Noch deutlicher gab er diesem Gedanken am 19. Februar desselben Jahres

Ausdruck, als er darauf hinwies, daß, wenn man dem Landrat weitgehende Geschäfte auf dem Gebiete des Schulwesens überträgt, wenn man ihn in eine organische Verbindung mit den Peltorationsbaubeamten, mit den Kreis- und Schulinspektoren bringt, sehr wohl die Gefahr eintreten kann, daß, wenn man ihm auch noch die Steuer-geschäfte überläßt, er viel zu sehr an den Schreibtisch gebannt ist“. Und er fügte hinzu, wenn wir die Gestaltung der Verwaltungsreform übersehen können, werden wir uns schlüssig zu machen haben, ob man besondere Veranlagungskommissionen einsetzt oder welche sonstige Organisation in dieser Beziehung zu treffen ist.

Nun ist ja die Verwaltungsreform noch lange nicht abgeschlossen, wie niemand weiß, was dabei herauskommt. Das eine aber scheint festzustehen, daß den Landräten dadurch weitere Arbeit auf neuen Gebieten, vor allem auf dem des Volksschulwesens, erwächst. Ist das der Fall, so muß ihnen nach Ansicht Rheinbabens der Vorhitz in den Veranlagungskommissionen auf alle Fälle abgenommen werden. Es ist ja auch ein offenes Geheimnis, daß Rheinbaben in der letzten Zeit seiner Amtsperiode es für notwendig gehalten hat, im Interesse einer richtigen Erledigung des Einschätzungsgeschäfts nicht nur die Landräte im Vorhitz der Veranlagungskommissionen durch besondere technisch geschulte Kommissare zu ersetzen, sondern auch die zweite Instanz im Veranlagungsverfahren von den Regierungen abzutrennen und die Geschäfte auf besondere, unmittelbar unter dem Finanzminister stehende Steuerdirektionen für die direkten Steuern zu übertragen. Er soll sich auch amtlich dahin ausgesprochen haben, und ebenso soll sich sein Nachfolger, der heutige Finanzminister Dr. Lenze, dieser Auffassung vollkommen angeschlossen haben. Um so unerklärlicher ist, daß Herr Dr. Lenze in den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses plötzlich eine andere Haltung eingenommen hat. Der von ihm geltend gemachte Einwand, daß wir zurzeit nicht die genügende Zahl hinreichend ausgebildeter Vorhitzender der Veranlagungskommissionen haben, um in allen Kreisen sofort neue Vorhitzende anstellen zu können, ist doch wahrhaftig nicht stichhaltig. Es müssen andere Gründe vorliegen, die das Staatsministerium veranlaßt haben, von einer Abänderung des § 35 abzusehen. Wer diese „Gründe“ kennen lernen will, dem empfehlen wir, die Rede des konservativen Abgeordneten Landrats von Vodelberg vom 6. Februar dieses Jahres genau durchzulesen. Der Eifer, mit dem Herr von Vodelberg seine Verursacher gegen den Vorwurf des parteipolitischen Mißbrauchs ihrer Stellung als Vorhitzende der Veranlagungskommissionen in Schutz nahm, ist höchst verdächtig. Um so mehr, wenn man damit die Ausführungen des Oberverwaltungsgerichtsrats Falken-hahn vergleicht, der vor nicht allzulanger Zeit im „Tag“ geschrieben hat:

„Der Grund für die häufig nicht richtige steuerliche Erfassung von Einkommen und Verändern in den Landkreisen liegt vielmehr bei einer Reihe von Landräten an der Scheu, die Angaben derjenigen Personen, mit welchen sie gesellschaftlich verkehren, welche sie für die Kreisverwaltung brauchen, anzuzweifeln, teilweise wohl auch, besonders wenn die Landräte selbst Grundbesitzer oder mit solchen verwandt sind, in der Neigung, dasjenige Einkommen, welches bei Landwirten meist durch Schätzung gefunden wird, wie der Geldwert der für den Haushalt entnommenen Wirtschaftserzeugnisse und der Wert der Wohnung im eigenen Hause, zu niedrig zu schätzen.“

Zweifellos wird diese Frage in dem weiteren Stadium der Beratungen der Steuergesetze noch eine große Rolle spielen. Wir können nur wünschen, daß endlich der Miquel'sche Plan in die Tat umgesetzt wird und besondere Finanzinspektoren angestellt werden. Geschieht das, so wird die Regierung auch ohne eine Steuer-erhöhung die Mittel bekommen, die sie nach ihren Angaben zur Befundung der Finanzen bedarf. Daran lassen die bekannten Enthüllungen Delbrücks und anderer Kennner der Verhältnisse keinen Zweifel aufkommen.

Das Leichenbegängnis des Soldaten Hernoult.

Paris, 11. Februar. (Fig. Ver.) Das Leichenbegängnis, das das revolutionäre Paris heute dem Soldaten Hernoult gerührt hatte, wurde zu einer überwältigenden Kundgebung gegen die Militärjustiz und gegen den Militarismus überhaupt. — Hernoult war ein Soldat, der im Juni 1900 in eine Strafkompagnie in Djéna-el-Sar geschickt wurde. Am Morgen nach seiner Ankunft war er tot. Der Militärarzt, der die Autopsie vornahm, erklärte, es liege anscheinend ein Gehirnschlag vor, der durch die außerordentliche Hitze verursacht worden sei. Der tödliche Ausgang könne allerdings durch die heftigen Konfusionen beschleunigt worden sein, die sich der Mann in einem Anfall von krankhafter Erregung selbst zugefügt haben könnte. Die zahlreichen Ausschülfungen an den Handgelenken, den Ellenbogen und den Gliedmaßen seien anscheinend die Folge einer sehr starken Einschnürung, die durch die Mittel herbeigeführt worden seien, die man zur Bändigung des Disziplinarsoldaten habe anwenden müssen. — Der Hauptmann Hernoult's schrieb drei Tage nach Hernoult's Tod dem Vater des Soldaten einen Brief, worin er davon sprach, daß dieser trotz der erhaltenen guten Ratschläge am 2. Juli sich einem Zornausbruch hingegeben habe und dabei vom Schlag getroffen worden sei. ... Hernoult wurde auf dem Friedhof von Vent-Aux-Lognon mit „militärischen Ehren“ begraben und mit ihm wäre die ganze Affäre begraben gewesen, wenn nicht der Strafsoldat Roussel, der in einer Zelle neben Hernoult interniert gewesen war, mit der Anklage hervorgetreten wäre, daß Hernoult an den Folgen fortgesetzter Mißhandlungen gestorben sei. Andere Zeugen wurden ein-

geschlichtet, zum Teil auch wegen „Verleumdung“ mit Arrest bestraft. Rouffet aber ließ sich nicht abschrecken. Der junge Soldat, der vordem ein leichtsinniger Burche gewesen war, legte nun einen geradezu heroischen Wahrheitsmut an den Tag. Um vor Gericht gestellt zu werden und dort das Verbrechen offenbar zu machen, machte er sich einer Gehorsamsverweigerung schuldig. Am 19. Januar 1910 wurde er zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, ohne daß man ihm erlaubt hätte, seine Motive klarzulegen. Immerhin war von der Angelegenheit schon so viel in der Presse gedrungen und auch die Kammer hatte, infolge einer Intervention des Genossen Allemane so viel Interesse für sie gezeigt, daß man es für nötig hielt, die Beschuldigten reinzuwaschen. Im letzten September kam es vor dem Kriegsgericht zur Verhandlung gegen drei Chargen, vor allem den am schwersten bezichtigten Leutnant Sabatier. Sie wurden freigesprochen. Die Belastungszeugen waren entweder verschwunden, auf Urlaub oder aus dem Veresverband entlassen oder sie „widerriefen“.

Rouffet aber sollte seine Anklage noch schwerer büßen. In einem Kaufhandel war ein Soldat tödlich verwundet worden. Rouffet wurde als der Täter in Untersuchung gezogen, trotzdem außer der Tatsache, daß er sich in der Nähe des Tatortes befunden hatte, nichts gegen ihn vorgebracht werden konnte. Der Sterbende selbst hat Rouffet als nicht schuldig bezeichnet. Trotzdem wurde dieser zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Dieses Urteil hat die Erregung, die in der Arbeiterschaft seit dem Fall Kernoult weiterlebte, außerordentlich gesteigert. Broschüren, Affischen, Protestversammlungen machten die Oeffentlichkeit mit den schmälischen Prozeduren bekannt. Das Proletariat, das seinerzeit für die Rehabilitierung des Bourgeois Dreyfus eingetreten ist, forderte, daß auch seinem Dreyfus Recht werde. Die radikalen und sozialistischen Streber, die die berühmte „Affäre“ hinaufgebracht hat, versagten freilich ganz; die bürgerliche Presse tat die Angelegenheit damit ab, daß Rouffet, der ja sicher nicht aus dem empfehlenswerten Milieu stammt, kein Interesse beanspruchen könne, — als ob ein Justizmord selbst an einem „Apachen“ nicht Justizmord bliebe. Auch die „Intellektuellen“ rührten sich kaum. Nur die „Liga der Menschenrechte“ setzte sich schließlich in Bewegung.

Um so stärkere Wellen schlug die Agitation im Proletariat. Die Pariser Erdarbeiter, zu denen Kernoult vor seiner Militärzeit gehört hatte, beschloßen, seine Leiche kommen zu lassen und in einem großartigen Begräbnis den Willen der Arbeiterschaft zu manifestieren, dem Schrecken der Disziplinarkompagnien und der Standesjustiz der Militärgerichte, die trotz Dreyfus — oder eher gerade weil Dreyfus frei ist — fortbesteht, ein Ende zu machen. Es dauerte, lange, bis die zahllosen Mäntel und Schillan, die der Ueberführung des Leichnams entgegengekehrt wurden, überwunden waren. Aber schließlich konnte die Regierung ihren Widerstand nicht fortsetzen.

Seute nachmittags kam der Sarg auf dem Honer Bahnhof an. Der Weg, den er zur Einäscherungshalle auf dem Père Lachaise zurückzulegen hatte, führte durch die Straßen des äußersten Ostens, der Pariser Proletarierviertel, die im Gelbenkampf der Kommune am längsten den Widerstand aufrechterhalten haben. Die Organisation des Leichenbegängnisses hatten das zumeist aus Anarchisten zusammengesetzte Komitee der sozialen Verteidigung, der Gewerkschaftsvorstand der Seine und die sozialistische Seine-Föderation gemeinsam übernommen. Als Redner auf dem Friedhof waren Vertreter dieser Gruppen bestimmt: Thuillier sprach für das „Kamait“, Savais und Jouhaux für den Gewerkschaftsvorstand und die C. G. T. und Renaudel für die Partei.

Die Beteiligung war ungeheuer. Die Polizei selbst schätzte die Zahl der im Zuge Marschierenden und der bei seinem Vorüberzug angefallenen und demonstrierenden Massen auf 150 000. Die Schätzung ist sicher zu tief gegriffen. Bevor noch die Tote des Juges mit dem Leichenwagen den Père Lachaise betreten hatte, waren um das Kolombarium gut 20 000 Personen versammelt und eine Stunde nachher standen vor dem Friedhofstor noch mindestens ebensoviel im breiten, dichtgedrängten Zug, die keinen Zutritt fanden, und zweimal soviel demonstrierende Zuschauer. Gewerkschafts- und Parteibanner und anarchistische Embleme leuchteten über den dunklen Massen, aus denen immer wieder die Töne revolutionärer Lieder und Protestrufe gegen den Militarismus in allen seinen Gestalten aufflügen.

Die Polizei hatte sich diesmal lange mit ungewohnter Zurückhaltung benommen und so schien alles gut abzulaufen. Herr Lepine selbst schien es als absurd erkannt zu haben, 200 000 Menschen in „kleine Pakete“ zu teilen. Zum Schluß kam es indes doch am Friedhofsausgang zu einer beträchtlichen Schlägerei zwischen anarchistischen Gruppen und der Polizei, die noch den Kopf verlor und blind losgehend das Kampffeld nur erweiterte.

Der Krieg.

Die italienische Kammer soll ihren Segen geben.

Rom, 12. Februar. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung der Kammer nach ihrer Wiedereröffnung am 22. d. Mts. steht die Gültigkeitserklärung des Dekrets vom 6. November vorigen Jahres, durch das Tripolitanien und die Cyrenaika der vollen Souveränität des Königreichs Italien unterstellt werden.

Ein falscher Lärm.

Paris, 12. Februar. Wie der französische Konsularagent in Sodeida bestätigt, hat das Bombardement von Dschebanna der Nemenbahngesellschaft keinen Schaden zugefügt.

Die Revolution in China.

Die Dynastie unterwirft sich der Republik.

Peking, 12. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Heute sind drei Edikte bekannt gegeben worden. In dem ersten nimmt der Thron die Republik an, in dem zweiten erklärt er sich mit den zwischen Juanshikai und den Republikanern festgesetzten Bedingungen einverstanden, und in dem dritten werden die Vizekönige und Gouverneure davon unterrichtet, daß der Thron von der politischen Macht zurücktritt, um den Wünschen des Volkes zu entsprechen, und es wird an die Führer der Provinz die Weisung erlassen, das Volk ruhig zu erhalten.

Ein republikanischer Gouverneur der Mandschurei.

Tschifu, 12. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) General Lantienwei hat schriftlich die Konfulate von seiner Ernennung zum republikanischen Gouverneur der Mandschurei benachrichtigt.

Maßnahmen der „selbständigen“ mongolischen Regierung.

Urga, 11. Februar. Wegen der schwierigen Finanzlage hat die Regierung der Mongolei beschlossen, über 20 000 Kamele

und Pferde aus dem Besitze des änglischen Kaisers zu verkaufen, den Außenhandel mit Jassen zu belegen und den Transport der russischen Post durch die Mongolei auf eigene Kosten zu übernehmen. Ferner sollen die Bodenschätze der Ausbeutung zugänglich gemacht werden.

Englische Truppenabteilung nach der Schantungshalbinsel.

London, 12. Februar. Wie die Zeitungen aus Tientsin melden, wird infolge von Unruhen in Weihaiwei morgen ein Detachement der Jannisling Batailliers dorthin abgehen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Februar 1912.

Agrarisches.

Am Montag begann das Abgeordnetenhaus die zweite Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung. Die agrarischen Hauptstreiter waren nicht anwesend, sie haben außerhalb des Hauses zu tun. Wozu sollen sie sich auch erst nach der Prinz-Albrechtstraße bemühen? Wissen sie doch, daß Herr v. Schorlemer-Lieser ihre Interessen so gut vertritt, daß ihnen selbst zu tun nichts mehr übrig bleibt! Fern hinter uns liegen die Zeiten, wo die Agrarier mit der Abschwenkung ins sozialdemokratische Lager drohten, fern hinter uns die Zeiten, wo ein Chef der landwirtschaftlichen Verwaltung, empört über die agrarische Dreistigkeit, einem Bundeshäuptling die Worte ins Gesicht schleuderte, daß das Tisch Tuch zwischen ihnen zerrissen sei. Die Agrarier haben es verstanden, in demselben Maße, wie ihr Anhang im Lande zurückgegangen ist, die preussische Regierung in den Dienst ihrer Sonderinteressen zu stellen, und die Regierung besorgt die Geschäfte der Agrarier ausgezeichnet. Ob die Gesamtheit der übrigen Bevölkerung darunter leidet, danach fragt sie freilich nicht.

Angeht diese Situation konnte sich der konservative Abg. v. Arni in darauf beschränken, einige kleine Wünsche zur Sprache zu bringen und die Regierung scharf zu machen, damit sie nichts an dem System der Einfuhrschneide ändere. Auf den gleichen Ton war die Rede des freikonservativen Abg. v. Bohna gestimmt, der es als Hauptaufgabe der landwirtschaftlichen Verwaltung bezeichnete, schon jetzt Vorzüge für die Aufrechterhaltung unferes „bewährten“ Zollschutzes gegenüber dem Ansturm der Massen zu treffen.

Aus den Ausführungen des Landwirtschaftsministers ist als bemerkenswert hervorzuheben, daß der Entwurf eines Fideikommissgesetzes im Ministerium nahezu fertiggestellt, daß aber seine Vorlegung in dieser Session nicht zu erwarten sei, da so viele andere wichtige Vorlagen ihrer Erledigung harren.

Den agrarischen Forderungen trat in wirksamer Weise Genosse Leinert entgegen, der das Märchen von der Notwendigkeit der Grenzsperrn aus sanitären Gründen nach allen Richtungen hin zerstückte und den unabweidigen Nachweis führte, daß es den Agrariern nicht darum zu tun ist, der Masse des Volkes gesundes Fleisch zu liefern, sondern daß es ihnen einzig darauf ankommt, ihrem Geldbeutel zu helfen, wobei die Regierung ihnen hilfreiche Hand leistet. Auch im übrigen übte Leinert scharfe Kritik an den Bestrebungen der Agrarier, deren Interessen mit denen der Kleinbauern nichts gemein haben. Unser Genosse war auch der einzige, der die Verhältnisse der Landarbeiter schilderte. Für den Minister ist es kennzeichnend, daß er während der Leinert'schen Rede dem Hause den Rücken zuwandte. Erst als Hoffman rief, der Minister „berücksichtigt“ das Haus, befaß sich Herr v. Schorlemer auf seine Pflicht, wenigstens äußerlich den Schein des Anstandes zu wahren.

Vor Beginn dieser Debatte, die am Dienstag fortgesetzt wird, genehmigte das Haus den Staatsvertrag zwischen Preußen, Bayern, Württemberg und Baden zu Regelung der Lotterieverhältnisse. Dagegen stimmten nur die Sozialdemokraten, deren prinzipiell ablehnenden Standpunkt gegen das Lotteriespiel Hoffman zum Ausdruck brachte.

Das Ministerium Hertling.

Die neue bayerische Regierung hat sich nunmehr konstituiert, und zwar in folgender Form: Justizminister: Reichsrat v. Thelemann; Verkehrsminister: Eisenbahnpräsident v. Seidlein; Finanzen: Staatsrat Breunig; Kultusminister: Ministerialrat Knilling; Ministerium des Innern: Freiherr v. Soden. Der Posten des Kriegsministers ist noch nicht definitiv besetzt, doch kommt hierfür der kommandierende General des 3. Armeekorps, Freiherr Kreh v. Aresfenstein in Frage.

Das neue Ministerium trägt den ausgesprochensten reaktionären Charakter. Es setzt sich aus Angehörigen des Zentrums und der Konservativen zusammen. Das Zentrumsmitglied überwiegt, denn die Namen Hertling, Soden und Seidlein sind die dreier waschechter Zentrumsnamen.

Freiherr von Soden, der künftige Minister des Innern, repräsentiert die feudale bayerische Zentrumsaristokratie. Der neue Eisenbahnminister, der schon lange als Nachfolger des Herrn von Frauendorfer galt, war bisher Eisenbahnpräsident in Nürnberg. Es scheint also, als ob dieser Herr jetzt berufen sein sollte, die Forderungen des Zentrums zu verwirklichen, den Süddeutschen Eisenbahnerverband zu dogmatizieren und die freie Gewerkschaftsbewegung unter den bayerischen Staatsarbeitern nach preussischem Vorbild zu unterdrücken.

Daß ein so ausgesprochenes Ministerium der parlamentarischen Mehrheit zustande gekommen ist, klärt die Situation nur. Die „Mündner Post“ stellt allerdings fest, daß das Ministerium, diese nur scheinbare Anerkennung des parlamentarischen Systems, eine Regierung gegen die Mehrheit des bayerischen Volkes ist. Sie schreibt:

„So ist denn die schwarze Garde beisammen, mit der Prinz Ludwig seine Regierung beginnt. Sie wird eine Regierung gegen die Mehrheit des bayerischen Volkes sein und da sie außerdem ein Anglistprodukt ist, trägt sie allen Keim der Zersetzung in sich. Den Minoritätsparteien und der freischilligen Presse im Lande erwächst auf Grundlage dieser Hof- und Regierungspolitik eine harte, aber auch eine dankbare Aufgabe, denn wir schreiben 1912 und nicht 1849.“

Wahlprotest aus Berlin I.

Dem Reichstage ist jetzt gegen die Wahl des Herrn Raempf ein Protest zugegangen. In speziellen Klagen beanstandet der Protest 15 ungültige Stimmen. Sie sind von Nichtwahlberechtigten abgegeben worden. Darunter sind Ausländer und Entmündigte. Diese haben gar unter der Leitung ihres Pflegers gewählt. Ferner wird festgestellt, daß für einzelne Wähler, die am Wahltag nicht in Berlin waren, gewählt worden ist, u. a. auch für einen Ausgewiesenen. In einem Falle trat ein Vandalen vor den Tisch des Wahlvorstandes heran, zeigte einen Stimmzettel, lautend auf Düwells; er bat um Verabsolung eines „richtigen“ Zettels. Ein Mitglied des Bureau erhob sich, „informierte“ den

Herrn, trotz sofort im Lokale erhobenen Protestes, und begleitete ihn bis zur Wahlzelle. Ferner ist einer Anzahl Wähler, denen im ersten Kreise in ihrer Arbeitsstelle vertragsmäßig Befestigung und Logis zuteil, nach Schluß der Wählerliste mitgeteilt worden, sie seien auf Grund „eines“ Antrages in der Wählerliste des ersten Kreises gestrichen und einem anderen Kreise — wo sie auch eine Wohnung besäßen — überwiesen worden. Andererseits sind viele Großkaufleute, Geschäftsinhaber usw., die ihren beständigen Wohnsitz auswärts haben, als angebliche Inhaber von — Schlafstellen in die Wählerliste des ersten Kreises eingetragen worden. Diese eigenartige Lausache hebt der Protest unter Anführung einiger Fälle generell hervor. Er reklamiert für Düwells aus der Streichung von Wählern 4 Stimmen Plus. Ferner eine Stimme, weil ein Wahlvorsteher zwei in einem Kuvert befindliche, auf Düwells lautende Stimmzettel für ungültig erklärt hat. In dem Protest wird u. a. auch festgestellt, daß in einem Wahllokal bei der Auszählung 2 Stimmzettel mehr vorhanden waren als Kuverts. Entweder enthielten zwei Kuverts je 2 Zettel oder es steckten deren 3 in einem Kuvert, was bei der Herausnahme und vorläufigen Aufführung nicht bemerkt wurde. Herr Raempf ist als mit 9 Stimmen Mehrheit gewählt proklamiert worden. Nach dem Protest scheint die Abstimmung seiner Wahl notwendig, denn insgesamt ergibt sich nun eine Differenz von 20 Stimmen, für Düwells 5 mehr, für Raempf 15 weniger.

Nationaler Rumpel.

Die Ausschreiter der schwarzblauen Karitätenbude sind seit einigen Tagen in wahres Rasen gekommen. Es will niemand mehr glauben, daß nur ausgerechnet bei ihnen die einzig richtige Nationalität zu finden ist. Die Sozialdemokraten sind gottlos und vaterlandslos, sie sind Republikaner und Kaiserreichsfeinde, und alle, die mit ihnen gemeinsam vorgehen, sind dasselbe — so schimpfen und klagen die Besitzer des so plötzlich leer gewordenen schwarzblauen Blocktheaters.

Dabei wollen die Leute verschiedenes vergessen, was zu wissen sehr notwendig ist.

Belannt ist das Deutsche Reich erst wenige Jahrzehnte alt und sein Vorgänger, der Norddeutsche Bund, war ein Gewaltprodukt, durch das der König von Hannover, der Kurfürst von Hessen und der Herzog von Nassau, also alles christliche Fürsten von Gottes Gnaden, von dem damaligen christlichen König von Preußen vom Thron gestochen wurden!

Und wie war es bei der berühmten Versailler Kaiserkrönung? Einen Tag vor der Krönung schrieb der nachmalige Friedrich III. eine Aeußerung seines Vaters in das Tagebuch, die also lautet:

„17. Januar 1871. Mein Sohn (Friedrich III.) ist mit ganzer Seele bei dem neuen Stand der Dinge, während ich mir nicht ein Haar daraus mache und nur zu Preußen halte.“

Gleichlautende und noch schärfere Junkeräußerungen, welche die Verachtung der Reichsherkunft ausdrücken, die von diesen Leuten immer mit der Nation und mit dem national sein verwechselt wird, lassen sich zu Hunderten anführen!

Die Sozialdemokratie bleibt in ihrer Auffassung der Nation gegenüber so wie sie immer gewesen ist und wie sie am 30. Mai 1899 im Reichstage in ihrer Stellung zum Vaterland trefflich durch Debel charakterisiert wurde:

„Wir sind in Deutschland und somit als Deutsche geboren — und wir, die wir die deutsche Sprache sprechen, an der Kulturarbeit des deutschen Volkes und ebenso beteiligt haben wie Sie und vielleicht in höherem Maße als die meisten von Ihnen, haben dasselbe Recht an unser Vater- und Heimland wie Sie! Aber Sie können und nicht verpflichten, die Institutionen, die Sie in Ihrem Interesse geschaffen haben, für gut und richtig zu halten. Hier kommt unser freies Bürgerrecht, unser Menschenrecht und unsere Ueberzeugung in Frage, die uns kein Kaiser, kein Kanzler und kein Reichstag nehmen kann, mag er Gesetze machen wie er will. Darum werden wir uns wehren mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, gegen diejenigen, die uns unser Menschen-, unser Bürgerrecht nehmen wollen. Und wenn wir in diesem Kampfe gehetzt und verfolgt werden und viel unangenehmes zu erdulden haben, dann zeigen wir viel mehr Patriotismus und Vaterlandsliebe als diejenigen, die im Mohre sitzen und sich Pfeifen schneiden, das heißt, als diejenigen, die aus den heutigen Staats- und Gesellschaftszuständen die größten Vorteile für sich und ihre Klassengenossen heraus zu bringen wissen.“

Das ist auch heute noch nicht nur unser Standpunkt, sondern der aller jener Menschen und Staatsbürger des Deutschen Reiches, die nicht schwarzblaue Sonderinteressen, sondern das Staatswohl vertreten!

Die Abgg. Seyl und Dr. Weder kaltgestellt?

Ein Konferenzbeschluss der Nationalliberalen beschloß am Sonntag in Frankfurt a. M., daß die Abgg. Seyl und Dr. Weder der national-liberalen Partei ferngehalten seien. Beide seien nicht national-liberal, und im Interesse der Partei liege es, wenn so scharf und so rasch als möglich die volle Trennung vollzogen werde.

Die Technikerbewegung in den Marinebetrieben

hat nunmehr mit einem Erfolge der Angestellten ihr Ende erreicht. Bekanntlich hatte im Sommer des vorigen Jahres das Reichsmarineamt den Technikern bei den Marineintendanturen und Garnisonbauämtern gekündigt, um sie auf Grund eines sehr ungünstigen Privatdienstvertrages wieder einzustellen. Die Angestellten jedoch weigerten sich, diesen Vertrag anzunehmen und erklärten, lieber aus ihren Stellungen scheiden zu wollen. Die übrigen bei der kaiserlichen Marine beschäftigten technischen Hilfsbeamten erklärten sich mit den Bekleideten solidarisch und beschloßen, die Unterzeichnung dieses Dienstvertrages ebenfalls zu verweigern. Die beiden Technikerorganisationen, der Deutsche Technikerverband und der Bund der technisch-industriellen Beamten, versuchten damals mit dem Reichsmarineamt zu verhandeln, wurden jedoch scharf zurückgewiesen mit der Erklärung, daß das Reichsmarineamt Verhandlungen mit außerhalb der Betriebe stehenden Organisationen „grundsätzlich“ ablehnen müsse. Jetzt hat sich aber das Reichsmarineamt doch gezwungen gesehen, den Wünschen der Hilfsbeamten auf Abänderung seines unsozialen Privatdienstvertrages zu entsprechen. Kurz vor den Reichstagswahlen (1) ist den Hilfsbeamten ein neuer Vertrag vorgelegt worden, der zwar ebenfalls noch nicht allen Wünschen der Angestellten entspricht, sich aber doch vorteilhaft von dem ersten Vertragsentwurf unterscheidet. Die Angestellten haben denn auch in Uebereinstimmung mit ihren Organisationen beschlossen, diesen Vertrag anzunehmen, und die Organisationen haben daraufhin die über die Betriebe der kaiserlichen Marine verhängte Sperre aufgehoben.

Mit dieser äußerlichen Erledigung des Konflikts kann jedoch die grundsätzliche Seite der Angelegenheit noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Wie bereits erwähnt, hat das Reichsmarineamt zu Beginn des Konflikts Verhandlungen mit den beiden Organisationen grundsätzlich abgelehnt, obwohl der Reichstag am 16. Februar 1911 einen Antrag auf „Einrichtung von Beamtenauschüssen, Sicherung

des Koalitionsrechtes und Anerkennung der Organisationen der in den Betrieben der kaiserlichen Marine beschäftigten technischen Angestellten dem Reichsminister zur Berücksichtigung überwiesen hat. Das Verhalten des Reichsminister läßt erkennen, daß der Reichstagsbeschluss bei der Regierung nur wenig Berücksichtigung findet. Die Organisationen gedenken deshalb dem neuen Reichstag eine Eingabe zu unterbreiten, in der gebeten werden soll, auf die Durchführung des Reichstagsbeschlusses vom 18. Februar 1911 zu dringen.

Wismar für Scheidemann!

Als im Jahre 1895 die Beteiligung der Sozialdemokraten am Präsidium erörtert wurde, schrieb Fürst Wismar in den „Samb. Nachr.“:

„Uns erscheint dieser Verzicht (nämlich der Verzicht der Sozialdemokraten auf eine Vertretung im Reichstagspräsidium) sehr begreiflich. Viel weniger begreiflich ist, weshalb die nicht-sozialistischen Parteien auf den Wunsch (!) der Sozialdemokratie, nicht im Präsidium vertreten zu sein, so bereitwillig eingegangen sind. Wir halten es für einen taktischen Fehler der übrigen Fraktionen, nicht darauf bestanden zu haben, daß die Sozialdemokratie als nächststärkste (!) Partei neben dem Zentrum eine Präsidentenstelle zu übernehmen habe. Es liegt unserer Auffassung nach in der Aufgabe der übrigen parlamentarischen Fraktionen, die sozialdemokratische Partei durch alle parlamentarischen Mittel zur Entwicklung ihrer Zukunftspläne zu nötigen. . . In der Präsidentschaft können manche Situationen eintreten, durch welche ein sozialistischer Präsident gezwungen wird, die Masse, mit der er seine Zukunftspolitik verdeckt, einigermassen zu lästern.“

Die Verpflichtung, unsere Zukunftspläne in aller irgend gewünschter Deutlichkeit und Ausführlichkeit zu übernehmen, würde die Sozialdemokratie auf Verlangen der bürgerlichen Parteien gern übernehmen.

Zur Zentrumsfraktion übergetreten.

Wir teilen bereits mit, daß ein Teil der eifrigsten Reichstagsabgeordneten dem Zentrum sich angeschlossen hat, um eine Vertretung in den Kommissionen zu haben. Es sind dies die Abgg. Ricklin, Humann, Wetterlé, Will, Delfor und Hauf, sowie die lothringischen Abgeordneten Lebécque, Dr. Schay und Wimbed.

Konservative Staatsstößen im Wahlkampf.

Die Konservativen tun in ihren Blättern so, als seien sie die „barmherzigsten Politiker“, die nur mit den „lautesten Waffen“ kämpfen. In ihren Domänen scheuen sie aber das schäblichste Mittel nicht, um ihre Macht zu behalten oder zu erweitern. Jetzt werden von ihnen Dinge bekannt, die alles bisher Dagewesene weit in den Schatten stellen. In Labiau-Wehlau gelang es den Konservativen, in der Stichwahl über die Liberalen den Sieg davonzutragen, obwohl unsere Genossen beschlossen hatten, für den Kandidaten der fortschrittlichen Volkspartei einzutreten. Erst jetzt stellt sich heraus, mit welchem infamen Mitteln die Konservativen den Erfolg an ihre Fahne geheftet haben. Mit Schnaps, Bier und Zigarren sind die ländlichen Wähler wie immer reichlich traktiert worden. Aber darauf allein haben sich diesmal die Konservativen nicht verlassen. Den Wählern wurden gefälschte Briefe mit einer unwahren Stichwahlparole in die Hände gespielt. Mit reichlichen Geldmitteln wurden Arbeiterwähler bestochen. Drei gewerkschaftlich organisierte Wähler in Wehlau erhielten jeder 50 M.; dafür gingen sie auf die Dörfer und machten bekannt, daß die sozialdemokratischen Wähler nicht liberal, sondern konservativ zu wählen hätten. Ein anderer erhielt 100 M. Rudaslohn; er geht jetzt nicht mehr seinem Steinblöckerberuf nach. In um Allenburg herumliegenden Ortshäusern erhielten die Wähler, von denen man annahm, daß sie in der Hauptwahl sozialdemokratisch gewählt hatten, aus Königsberg adressierte Schreiben, die folgenden Inhalt hatten:

Königsberg, den 19. Januar 1912.

„Gehheim! Eilt sehr!“

Lieber Kollege und Vertrauensmann!

Unsere Partei ist bei Euch nicht durchgekommen, die Stichwahl ist morgen; deswegen schreibe ich noch heute, um Euch die richtige Parole zu geben. Wir sind übereingekommen und bitten Euch, sich der Wahl zu enthalten und keinen zu wählen, weder freisinnig noch konservativ, da hier die Sitzung unserer Partei heute geheim gehalten ist, so gehen für Labiau-Wehlau unsere Briefe.

Mit kollegialem Gruß an alle Freunde

Fr. Krause.“

Rechtlich gefälschte Briefe, die den Anschein erwecken sollten, als hätte sie die sozialdemokratische Parteileitung an die Vertrauensleute verschickt, tauchten in den verschiedensten Ortshäusern auf, und der konservative Wahlwindel hat seine Wirkung ausgeübt. In einem Ort kauften sich die Konservativen einen Arbeiter, der mit Frau und sieben Kindern in den dürftigsten Verhältnissen lebt und auch für unsere Partei tätig war. Er erhielt 20 bis 30 M. und machte überall bekannt, von Königsberg wäre die Parole gekommen, die Sozialdemokraten sollten in der Stichwahl nicht liberal, sondern konservativ wählen. Der Wahlstreit wurde hier aber rechtzeitig durchschaut und der Betrüger ist bei seinen Arbeitskollegen unten durch. — Das ist nur einiges von den echt „nationalen“, „vaterländischen“ Wahlweisen, deren sich die Junker oder deren Helfershelfer bedienen haben.

Gegen die Wahl des Obersten a. D. v. Massow, der mit solcher Wahlliste gewählt wurde, haben die Liberalen Protest eingelegt.

Ums Wahlrecht gekommen

sind auch die wahlberechtigten Inassen der Heilstätte Sülzheim a. Harz, die sich nachträglich in unserem Erfarter Parteiblatt über die Verkümmerung ihres Wahlrechts beklagen.

Dem Antrag der Kranken auf Eintragung in die Wählerliste wurde von der Ortsbehörde nicht entsprochen. Auf eingelegte Beschwerde antwortete am 27. Dezember der Landrat, die Inassen der Anstalt könnten in Sülzheim nicht wählen, weil sie dort keinen festen Wohnsitz hätten, denn ihren alten Wohnsitz hätten sie nicht aufgegeben. Hierauf wendeten sich 65 Beschwerdeführer an den Regierungspräsidenten in Hildesheim. Am 11. Januar, also einen Tag vor der Wahl, kam von dort ein Telegramm, das den absteigenden Bescheid des Landrats bestätigte. Sofort ging hiergegen eine telegraphische Beschwerde an den preussischen Minister des Innern ab, der umgehend antwortete, daß die Kranken wählen könnten, wenn sie — in die Wählerliste eingetragen seien; eine nachträgliche Eintragung sei aber nicht mehr zulässig. So hatten die Beschwerdeführer wohl Recht bekommen, aber ihr Wahlrecht konnten sie trotzdem nicht mehr ausüben.

Da die Inassen von anderen Heilstätten die gleichen trübenden Erfahrungen machen mußte, erscheint es notwendig, daß in Zukunft der Minister auf seine untergeordneten Organe Anweisungen ergehen läßt, damit nicht die Staatsbürger auf obige Art um ihr Wahlrecht kommen können.

Im Interesse der Disziplin!

Ein Urteil, das die Unsinngkeit der militärischen Disziplin kennzeichnet und mit dem Rechtempfinden unvereinbar ist, wurde vom Dresdener Kriegsgericht gesprochen. Der Soldat Schubert war am 7. Januar der Kasernebewache zugeteilt. Abends gegen 6 Uhr Übergab der aufsichtführende Unteroffizier die Wache einem Gefreiten, der nun für einige Zeit nicht mehr Kamerad, sondern Vorgelegter der Wachmannschaften war. Darüber sind sich die Soldaten nicht in allen Fällen und Situationen im klaren. So war es auch hier. Schubert erhielt vom Gefreiten den Befehl, den in der Wachtstube stehenden Tisch zu reinigen. Er dachte im Augenblick nicht an die Vorgesitzeneigenschaft des Gefreiten und sagte: „Du hast es ja genau so weit wie ich.“ Einige weitere Befehle des Gefreiten überdies er wegen eingetretener Differenzen mit einem anderen Kameraden.

Erst als der Gefreite mit Meldung drohte, kam ihm zum Bewußtsein, daß der Kamerad in dem Moment Vorgelegter war. Er kam dem Befehle nach und äußerte dazu: „Den Gefallen werde ich Dir nicht tun, mich zu melde!“ Dieses „Schwere Vergehen“ mußte, weil die Disziplin angeblich gefährdet war, gerochen werden. Man fuhr sogar das schwerste Geschütz gegen Sch. auf; er erhielt eine Anklage wegen Beharrens im Ungehörigem und Ächtungsverletzung vor versammelter Mannschaft! Die Ächtungsverletzung wird darin erklärt, daß Sch. seinen Kameraden „Du“ genannt hat. Das Gericht erkannte auf die exorbitante Strafe von — zwei Monaten Gefängnis — im Interesse der Disziplin!

Aus der Partei.

Taschenbuch der Reichstagswahlen.

In kurzer Zeit gelang im Verlage der „Buchhandlung Vorwärts“, Paul Singer & Co. v. H., Berlin SW. 68, ein Taschenbuch zur Ausgabe, das allen am politischen Leben Interessierten gute Dienste leisten wird. — II. a. wird das Buch eine genaue Uebersicht der Ergebnisse der Reichstagswahlen aller deutschen Wahlkreise von den Wahlen 1903, 1907 und 1912 bringen, mit Angabe der Namen der gewählten Abge., des Berufs und der Parteilager, ferner die neuesten Portraits und Biographien der 110 sozialdemokratischen Abgeordneten.

Der Preis wird nur 30 P. betragen. Bestellungen nehmen jetzt schon die örtlichen Parteibuchhandlungen entgegen.

Gemeinbewahlerfolg. Bei der Wahl von vier Gemeindevorstellern in der Gemeinde Egersburg im Thüringer Wald (Salka) erhielt die sozialdemokratische Liste 55 bis 68, die gegnerische 55 bis 92 Stimmen. Es ist ein sozialdemokratischer gewählt worden. Unsere Stimmenzahl hat sich seit der vorigen Wahl verdoppelt. Dem Ortsparlament gehören nun zwei Genossen an. Die Wahl hätte schon im Dezember v. J. vorgenommen werden müssen, denn die Amtszeit der Neugewählten hat bereits am 1. Januar zu beginnen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Freiheitsprozess.

Wegen Beleidigung des Pfarrers Seeland wurde Genosse Richard Wagner vom Braunschweiger „Volkshorn“ zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Pfarrer Seeland hatte als Redakteur des „Braunschweiger Wochenblattes“ fortgesetzt im bekannten Zentrumskreislauf auf die Sozialdemokratie losgeschlagen. Als ihm dafür Gen. Wagner versahenmäßig auf die Finger klopfte, ließ Seeland zum Nachd. Die harte Strafe erfolgt, trotzdem in der Urteilsbegründung gesagt werden mußte, daß der Kläger den Angeklagten erst schwer gereizt habe durch Angriffe, die in bezug auf Schärfe des Tones an die äußerste Grenze des Erlaubten gingen.

Aus der italienischen Partei.

Rom, den 10. Februar. (Fig. Ver.) Am 8. d. M. hat die sozialistische Parlamentsfraktion in Bologna eine Plenarsitzung abgehalten, an der 25 von den 36 Abgeordneten teilgenommen haben. Es handelte sich darum, noch einmal über die Stellung zum Ministerium schlüssig zu werden, ein Bedürfnis, das im Grunde überflüssig erscheinen mußte, da ja bereits in einer früheren Fraktionssitzung ein antiministerielles Votum zur Annahme gelangte, ganz abgesehen von dem vorliegenden Parteitagbeschluss, der die systematische Unterstützung des Kabinetts ausschloß.

In Bologna machten sich drei Strömungen geltend. Die Fraktion D'Isolati war der Ansicht, daß man in der Tripolisfrage gegen das Kabinett stimmen müsse, aber es in der Monopolfrage und bei der Wahlrechtsdiskussion weiter zu unterstützen habe. Als Eingänger vertrat Genosse Podrecca den Standpunkt, daß die tripolitische Expedition von der Fraktion nicht verworfen werden dürfe, wenn man auch mit der Art ihrer Durchführung nicht einverstanden sei. Unter allen heute möglichen Ministerien stelle das Ministerium Giolitti das geringere Übel dar, und man müsse deshalb fortfahren, für es zu stimmen. Die dritte Richtung wurde durch die Reformisten der Linken vertreten, mit denen der intrinsigente Abgeordnete Agnini gemeinsam stimmte. Diese Richtung will den Übergang zur Opposition und ist bereit, auch in Sachen des Monopols und des Wahlrechts gegen das Ministerium zu stimmen, falls dieses in dieser Frage ein Vertrauensvotum stellt.

Die Mehrheit der Fraktion schloß sich den Ausführungen der Reformisten der Linken an und stimmte für die folgende Tagesordnung Calda:

„Indem sie noch einmal gegen die verspätete Enderufung des Parlaments Einspruch erhebt, beschließt die sozialistische Parlamentsfraktion, das für die tripolitische Expedition und die Art ihrer Durchführung verantwortliche Ministerium zu bekämpfen und hält dafür, daß diese Opposition nur folgerichtig und wirksam sein kann, wenn sie dem Kabinett jedes Vertrauensvotum verweigert, in welcher Frage es auch gefordert werde.“

Für diese Tagesordnung haben gestimmt: Agnini, Beltrami, Dentini, Galba, Campanozzi, Turati, Montemartini, Prampolini, Quaglino, Casalini, Giulietti, Pescetti, Krebs, Mancini, Moragnoni, Santoglia, Sichel e Rondani. Dagegen stimmten: Berenini, D'Isolati, Bertosi, Bonomi, G. Perri, Grazzadei, Podrecca, und Tropanese also 18 gegen 8. Da aber die Abgeordneten Rofri, Gabrini und Canepa sich brieflich für die Fraktion D'Isolati ausgesprochen hatten, steigt die Zahl der D'Isolatiener auf 11. Die Mehrheit der Fraktion ist also noch zweifelhafter als bei dem vorigen Votum für den Übergang zur Opposition, ohne Rücksicht auf Monopol und Wahlrecht.

Auf der Zusammenkunft von Bologna wurde nun aber — und zwar vor der entscheidenden Abstimmung — ein anderer Beschluss gefasst, der der Bedeutung dieser Abstimmung wesentlich Abbruch tut: auf Antrag D'Isolatis wurde nämlich der Widerheit das Recht zugesprochen, im Parlament nach eigenem Ermessen zu handeln, also abweichend von der Mehrheit zu stimmen und zu reden. Diese Auffassung wurde von Prampolini im Namen der Parteidisziplin bekämpft, aber von Turati (sic!) vertreten. Unter diesen Umständen war es offenbar zwecklos, überhaupt zu einer Abstimmung am Ende der Diskussion zu kommen, da das Votum der Mehrheit ja doch für die Widerheit unverbindlich sein sollte. Auf diese Art will man eine Spaltung verhindern, aber im Grunde tut man nichts anderes, als diese Spaltung als Tatsache zur Kenntnis nehmen und ihr den rechten Namen dazubehalten. Durch den Beschluss von Bologna hört die Parlamentsfraktion auf, eine taktische Einheit in der Kammer zu sein: sie ist nur noch eine nominelle Einheit.

Soziales.

Ein aufgeregter Unternehmer.

Der Verein der Fuhrwerksunternehmer verhandelte im Herbst vorigen Jahres mit dem Transportarbeiterverbande wegen Abschluß eines Tarifvertrages. Zu diesem Zweck hielt der Verein der Unternehmer am 4. September in Rixdorf eine Sitzung ab, zu der Franke und Jöcher als Vertreter des Transportarbeiterverbandes eingeladen waren. Während Franke über den zur Beratung stehenden Vertrag sprach wurde er von dem Fuhrwerksunternehmer Hingel unterbrochen durch die Worte: „Sie Lump, Sie Stralch.“ Als Franke den Vorsitzenden des Vereins um Schutz gegen derartige Ausfälle ersuchte, wurde H. noch aufgeregter. Er wandte sich nun auch gegen den zweiten Verbandsvertreter Jöcher, den er mit einer Flasche oder einem Glase zu schlagen drohte und ihm zurief: „Was wollen Sie Lump, Sie Stralch, Sie Blunder.“ Angesichts dieser Situation brach der Vorsitzende die Sitzung ab. Auch beim Hinausgehen schimpfte Hingel noch weiter auf die beiden Verbandsvertreter und packte Jöcher an der Schulter. Franke trat dazwischen und verhinderte dadurch, daß

Hingel weitere Ausschreitungen gegen Jöcher begehen konnte. Dieser Vorfall gab Anlaß zu einer Privatbeleidigungsklage, die Franke und Jöcher gegen Hingel einreichten. Die Sache hat schon einmal das Schöffengericht beschäftigt und ist nach längerer Verhandlung vertagt worden, weil noch weitere Zeugen für die Angaben der Kläger geladen werden sollten. Der Angeklagte Hingel hat Widerklage gegen Franke erhoben. Dieser soll in einer außerordentlichen Versammlung, wo er über die Tarifverhandlung berichtet, gesagt haben, in der Versammlung der Unternehmer sei es so hergegangen, als wenn man zu den Ochsen auf dem Viehhofe käme. Franke bestreitet ganz entschieden, eine derartige Äußerung getan zu haben. Ein von Unternehmern beauftragter Versammlungsbesucher will sie jedoch gehört haben.

Gestern sollte die Sache wieder vor dem Schöffengericht Berlin-Ritte verhandelt werden. Auf Anregung des Vorsitzenden kam vor der Beweiserhebung ein Vergleich zustande, worin der Angeklagte Hingel erklärt: „Ich nehme die gegen die Kläger ausgesprochenen Beleidigungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.“ Der Kläger Franke erklärt: „Ich habe den Angeklagten nicht beleidigt. Sollte ich ihn aber beleidigt haben, so nehme ich die Beleidigung mit Bedauern zurück.“ Die Gerichtskosten übernimmt der Angeklagte Hingel.

Zur Verschmelzung der Dresdener Konsumvereine.

Ein bedeutamer Zusammenschluß auf dem Gebiete des Konsumgenossenschaftswesens wird gegenwärtig in Dresden vollzogen. Neben dem großen Konsumverein „Vorwärts“ gab es die Konsumvereine Volkshappel, Striepen, Köbau, Niederfeldh und Viehchen, die alle auf ein langjähriges Bestehen zurückblicken. Die Verschmelzung dieser Vereine mit dem „Vorwärts“ wurde vor fünf Jahren erstmalig angeregt. Anfangs fand man in den kleinen Vereinen nicht das rechte Verständnis für die Verschmelzung. Die Frage des Zusammenschlusses wurde aber immer lebhafter ventiliert und verschwand, da sich mehr und mehr Anhänger dafür fanden, nicht mehr von der Tagesordnung. Es wurden in einigen kleinen Vereinen Resolutionen angenommen, in denen die Zweckmäßigkeit einer Verschmelzung anerkannt und gefordert wurde, in Unterhandlungen mit dem „Vorwärts“ zu treten. Die Verschmelzungssache ist nun im letzten Jahre so weit gefördert worden, daß der Verein Volkshappel den Anschluß bereits vollzogen hat und der Anschluß der übrigen Vereine — mit Ausnahme des Viehchener — unmittelbar bevorsteht. Die in Frage stehenden Vereine werden sich laut Beschluss bis zum 1. Juli d. J. auflösen und mit Beginn des neuen Geschäftsjahres zum „Vorwärts“ übertreten. Der letztgenannte Verein zählte am Schlusse des letzten Geschäftsjahres rund 34 000 Mitglieder; nach vollständigem Zusammenschluß dürfte die Mitgliederzahl weit über 100 000 betragen.

Ungerechte Einkommenbesteuerung.

Die aufreizendste Einrichtung des Klassenstaates ist die ungerechte Besteuerung. Die Lasten werden auf die schwachen Schultern abgewälzt, die starken geschont. Besonders provozierend tritt das bei der indirekten Steuer in die Erscheinung. Sie entzieht dem armen, nur auf seiner Hände Verdienst angewiesenen Arbeiter einen ungleich größeren Teil seines Einkommens als wie dem Besitzenden. Aber auch die direkte Steuer benachteiligt den Arbeiter und Angestellten. Daß die sogenannten Selbstverschäfer den Staat alljährlich um Hunderte von Millionen Mark betrügen, ist eine von den Potentialitätsfragen kaum noch bestrittene, allgemein bekannte Tatsache. Wird doch das Recht auf Steuerhinterziehungen bald als eine der legalen Diebesgängen frank und frei beansprucht. Agrarische Blätter erteilen öffentlich Anweisungen wie sich Fiskusvergehener vor der Reue der Steuerbeamten schützen können. Der Arbeiter ist aber auch gegenüber Gewerbetreibenden und Landwirten, die nicht deklarieren, ganz erheblich benachteiligt. Dank der Demunzationspflicht der Arbeitgeber und Hauswirte — die der Arbeiter, nebenbei bemerkt, dem Freisinn verdankt — wird das Lohnverhältnis bis zum letzten Pfennig von der Einkommensteuer erfasst. Anders bei den Gewerbetreibenden und Landwirten. Bei diesen wird nämlich nach sogen. Normalfällen bei der Steuerberechnung verfahren. Das führt zu sehr ungerechten Besteuerungen. Darauf macht ein Landbürgermeister in der „Westfälischen Arbeiterzeitung“ — Nr. 6 — aufmerksam. Das Verfahren sei zu schematisch. Man mühte sich doch fragen: „Kann ein Ackermann, der, wie es manchmal vorkommt, 4, 5, ja noch mehr erwachsene Kinder in seinem landwirtschaftlichen Betriebe ausschließlich beschäftigt, von 1500 bis 1600 M. Jahreseinkommen, entsprechend den Steuerfällen von 16 bezw. 21 M., mit seiner Familie überhaupt leben, kann er namentlich auch nur etwa so leben wie er lebt?“ Weiter meint der Mann, der Ackermann, der mit all den Hilfskräften nicht mehr verdienen würde doch sicher seine Kinder lieber in die nächste Fabrik schicken, wo jedes Kind doch wohl 800 bis 900 Mark im Jahre erziele. Das Unrecht liege darin, daß Gewerbetreibende und Landwirte mit unbenutzten Hilfskräften tätig sein könnten, für die Besteuerung des Arbeiters und Angestellten aber sein eigener Verdienst maßgebend sei, da die erwachsenen erwirtschaftigen Kinder besonders besteuert würden.

Der Bürgermeister hat mit dem Herausstellen dieses „Schönheitsfleckers“ in der Einkommensteuerberechnung einen der wunden Punkte berührt, an denen unsere ganze Steuerpolitik so überaus reich ist. So viel ist sicher: der Staat würde beträchtlich im Golde schwimmen, wenn die Besteuerungen und die Reichen ebenso stark, auf Grund der bestehenden Gesetze, zu Steuerleistungen herangezogen würden wie die Arbeiter und die gering besoldeten Angestellten. In den eifrigsten kultivierten Tugenden der Leute mit gefülltem Portemonnaie gehört die — Steuerfiskus!

Aus Industrie und Handel.

Deutschlands Außenhandel.

Nach der amtlichen Statistik hat sich der Außenhandel Deutschlands im Januar 1912 weiter in aufsteigender Linie bewegt. Eine starke Veränderung ist in der Einfuhr von Eisenerz eingetreten; im Vergleich mit dem gleichen Monat des Vorjahres stieg sie von 204 704 Tonnen auf 815 967 Tonnen. Während die Einfuhr von Steinkohlen um rund 800 000 Doppelzentnern zurückging, stieg die Ausfuhr um rund 5 Millionen Doppelzentner. Auch die Ausfuhr von Rohseifen und Halbzeug ist gestiegen. Bei Rohseifen ergibt sich eine Steigerung von 995 327 auf 7 478 35 Doppelzentner, bei Rohblöde von 188 742 Doppelzentner auf 3 134 440 Doppelzentner. Die Rohmaterialien werden auf dem Außenmarkt zu niedrigeren als den Inlandspreisen verkauft. Diese wurden in der jüngsten Zeit noch erheblich erhöht. Daher bedeutet die starke Versorgung des Weltmarktes mit Kohlen und Eisen eine erhebliche Erschwerung der Konkurrenz der heimischen Weiterverarbeitung auf dem Weltmarkt. Diese Konkurrenz wird von den Kartellen sogar noch planmäßig gefördert, indem sie auf die Ausfuhr Prämien zahlen, um dadurch den Konsum ihrer eigenen Produktion zu steigern. Bisher bezahlte z. B. das Kohlenyndikat dem Rohseifenyndikat für ins Ausland geschicktes Eisen eine Prämie von 1,50 M. pro Tonne der dazu verbrauchten Kohlen. Jetzt, wo die Nachfrage fürmisch drängt, ist die Prämie auf 1 M. ermäßigt worden. Das nennt man auch: Schutz der nationalen Arbeit!

Eine Millionenpleite.

Das Bankgeschäft von Söhraver u. Förster in Weußen (Oberschlesien) hat seine Zahlungen eingestellt. Seine Verbindlichkeiten belaufen sich auf gegen vier Millionen Mark. Veranlaßt wurde der Konkurs durch die Zahlungsunfähigkeit der Holzgroßhandlung A. Goldstein in Königshütte, die mit drei Millionen Mark fallierte. Beteiligt sind bei dem Zusammenbruch mehrere Breslauer Großbanken, eine Berliner Großbank und eine Wiener Bank.

Wie berichtet wird, soll in den nächsten Tagen eine Zusammenkunft mehrerer Großbanken zu Weußen und Königshütte stattfinden, um durch Fusion die Firmen Söhraver u. Förster zu Weußen und A. Goldstein zu Königshütte zu halten.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Vereinbarungen für die Eisenkonstruktions-Werksstätten.

Die am 21. Juni 1911 abgeschlossen wurden, werden leider in sehr vielen Fällen und in den meisten Punkten von den Arbeitgebern durchbrochen, und hier und da tragen auch die Arbeiter mit Schuld daran, weil sie unterlassen, ihr schriftlich festgelegtes Recht unter allen Umständen zu fordern. Diese Tatsachen sind bereits in einer Reihe von Gruppenversammlungen besprochen worden, und am Sonntag beschloß sich nun eine allgemeine Branchensammlung der Eisenkonstruktionsarbeiter mit den Feststellungen über die Zuneigung oder vielmehr Durchbrechung der Vereinbarungen. Die Versammlung war sehr zahlreich besucht und lagte in den „Sophien-Sälen“. Den Ausführungen des Referenten, die durch eine rege Diskussion bekräftigt und ergänzt wurden, ist zu entnehmen, daß die vereinbarte Arbeitszeit von 1/2 Stunden, Sonnabends 8 1/2 Stunden, im allgemeinen in allen Betrieben innegehalten wird, daß dies jedoch nicht überall gesagt werden kann von der weiteren Bestimmung, wonach Sonnabends für Aufräumungsarbeiten und Umkleiden eine halbe Stunde früher Feierabend gemacht wird. Diese Bestimmung ist so aufzufassen, daß die eigentliche Arbeitszeit an den Sonnabenden 8 Stunden beträgt, und daß die Arbeiter nach Hause gehen können, wenn sie dann das Aufräumen und Umkleiden beizugehen haben, ob sie nun eine halbe Stunde oder weniger Zeit dazu gebrauchen. So wird die Bestimmung auch ausgelegt von dem Syndikus der Arbeitgeber, mit dem der Organisationsvertreter M a u s vom Metallarbeiterverband kürzlich über diese wie über einige andere Fragen verhandelte. Im übrigen wird die festgesetzte Arbeitszeit durch ein alles Maß übersteigendes Ueberstundenwesen nur zu oft hinausgeschoben. In vielen Fällen wird einfach am schwarzen Brett bekanntgegeben: Ueberstunden werden bis auf weiteres gemacht, und irgendwelche Verhandlung mit den Arbeitgebern über Dauer und Zahl der Ueberstunden hält man nicht für notwendig. In einzelnen Betrieben hat man die Ueberzeitarbeit sogar so weit ausgedehnt, daß die Ueberstunden sich wegen Störung ihrer Nachtruhe beschwerten, die Aufsichtsbehörde eingreifen mußte und dann um 10 Uhr abends Schluß gebot. Ueber die Stundenlöhne wurde in den Vereinbarungen bestimmt, daß sie um 5 Proz. erhöht werden sollten, und daß eine Verringerung des Wochenentdienstes durch die Verfürgung der Arbeitszeit nicht stattfinden durfte. Die Stundenlöhne müßten also jetzt gegen früher gestiegen sein. Das aber ist leider nicht der Fall. Es ist festgestellt, daß die Kolonnenführer 55 bis 80 Pf. die Stunde erhalten. Für diese Leute, die für eine ganze Schar von Arbeitern die Verantwortung tragen, daß die Arbeit genau nach Zeichnung ausgeführt wird, wären 80 Pf. eigentlich das mindeste, was sie erhalten müßten, daß aber einige mit 55 Pf. abgepeist werden, ist geradezu ein Skandal. Die Löhne der Vorreiter, die ebenfalls ein gut Teil Verantwortung zu tragen haben, belaufen sich auf 55 bis 70 Pf., und die Rieter sollen sich mit 55 bis 61 Pf. begnügen. Ihre Arbeit und ebenso die der Helfer in der Rieterkolonne, deren Stundenlöhne gar nur 40 bis 55 Pf. betragen, ist äußerst anstrengend und nervenzerschütternd, und der furchtbare Rärm, den sie ausgeht sind, schwächt das Gehör. Die Maschinenarbeiter haben Stundenlöhne von 40 bis 60 Pf., und der höchste Satz wird nur in sehr seltenen Fällen bezahlt. Die Schlosser erhalten 44 bis 55 Pf., ein kleiner Teil 62 Pf. Die kleinsten Schlossermeister, wie auch die Geldschrankfabrikanten, müssen diesen Berufsarbeitern weit höhere Löhne zahlen, als sie in den meisten Fällen von den kapitalstarken Eisenkonstruktionsfirmen gezahlt werden. Die Löhne der Montagemeister werden im allgemeinen als einigermäßen annehmbar bezeichnet; ihre Helfer aber erhalten nur 45 bis 60 Pf., und dafür müssen sie oft ihr Leben aufs Spiel setzen. Die Vereinbarungen besagen ferner, daß für Arbeiten außerhalb der Werkstätte eine Zulage von 5 Pf. die Stunde zu zahlen ist, und sie enthalten außerdem noch verschiedene Bestimmungen über Fahrlohn und Fahrzeitvergütung, sowie über eine Vergütung von 3 Pf. für Ueberstunden am Arbeitsort. Auch diese Bestimmungen werden nicht innegehalten, und die Firmen Drudenmüller sowie Delschau suchen die 5 Pf. Zulage dadurch zu sparen, daß sie die Werkstattdarbeiter, die zur Montagearbeit gebraucht werden, erst entlassen, ihnen aber anheimgeben, sich sofort wieder als Montagearbeiter einstellen zu lassen, natürlich für ihren bisherigen Lohn. Eine andere Art Lohnrückerei wird aus dem Betriebe der Firma T h i e s s e n berichtet, die es fertig bringt, Arbeiter, die es glücklich auf 48 Pf. Stundenlohn gebracht haben, zu entlassen, um sie gleich darauf mit 42 Pf. wieder einzustellen. Ueber die Affordpreise besagen die Vereinbarungen, daß sie so bemessen sein sollen, daß der Stundenlohn erreicht wird, und ferner, daß Affordüberschüsse gegen Unterschüsse verrechnet werden dürfen, wenn die Ausführung der betreffenden Arbeiten zeitlich (wenn auch nur teilweise) zusammenfällt, also die Gefahr von Lohnveränderungen vorliegt. Nun ist jedoch festgestellt, daß man Affordkolonnen 4, 6 Wochen und noch länger auf erzielte Affordüberschüsse warten läßt, ja darauf wartet, daß eine Arbeit vorkommt, die Unterschub bringt. — Im allgemeinen sind die Zustände derartig, und die Mißachtung der Vereinbarungen hat einen solchen Umfang angenommen, daß es so nicht mehr weitergehen kann. Die Verarmten waren sich dann auch durchaus darüber einig, daß die Arbeiterkassette der Eisenkonstruktionswerkstätten alles aufbieten muß und wird, um hierin Wandel zu schaffen, die bestehenden Vereinbarungen zur Geltung zu bringen und ferner für eine ertägliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu sorgen. Uebrigens ist die Organisation in der Branche jetzt so stark, daß die Unternehmer alle Ursache hätten, die Mißachtung der Vereinbarungen nicht so weit zu treiben, daß eine friedliche Regelung nicht mehr möglich erscheint.

Achtung, Tapezierer! Wegen Tariffdifferenzen ist die Firma C r a s o p p, Elisabethstr. 3, für Polsterer gesperrt. Die Schlichtungskommission.

Achtung, Köber! Hiermit verhandeln wir über das Ofenbaugeschäft Nr. 1 an der Ecke, Berlin SO. 16, Köpenickerstr. 140, Bau Karlsdorf, Stolzenfeld, Ecke Andernacher Straße, wegen Lohnausfall die Sperre. Die Vereinsleitung.

Maßregelung der organisierten Kellner im Café Zahn, Ostendstraße. Die bisher im benannten Café tätigen Kellner wurden von dem Unternehmer Herrn Stiebig lediglich deshalb entlassen, weil sie die Verbesserung ihrer Lage erstrebten und sich zu diesem Zwecke der Organisation angeschlossen. Die Gemahregelten erhielten bisher keinen Lohn und keine Befestigung. Dagegen waren sie verpflichtet, an Herrn St. noch Abgaben, durchschnittlich von 50 Pf. pro Tag, abzuführen. Alle Versuche, auf gutlichem Wege eine Einigung zu erreichen, scheiterten. Die beschiedenen Forderungen der Kellner lauten: 1. Monatslohn von 15 Mk., 2. für Hilfspersonen pro Tag 2 Mk., 3. Abschaffung jeglicher Abgaben und 4. Anerkennung der Organisation.

Einige Unternehmerlieblinge, wie z. B. ein gewisser S t e y e r - L e i t n e r, bekannt vom Streik bei Kogler, sowie der Kellner P a l l a s c h e, welcher aus der Organisation ausgeschlossen wurde, sind augenblicklich bemüht, dem Unternehmer aus der Verlegenheit zu helfen. Für organisierte Kellnergehilfen ist selbstverständlich der Betrieb gesperrt.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen Zweigverein der Café-Angestellten.

Deutsches Reich.
Ein polnisches Organ über die Haltung des „Christlichen Gewerkschaftsvereins der Bergarbeiter“.

Unter der Ueberschrift: „Verrat der Bergarbeiter-Gewerkschaft“ beschäftigt sich das in Berner erscheinende polnische Organ „Karbownik“ mit der Lohnbewegung der Ruhrbergleute und der Haltung des christlichen Verbandes. Das Blatt sucht in nicht uninteressanter Weise die schmachvolle Haltung der Christlichen poln. Bezantio. Redakteur: Albert Waack, Berlin. Inzeratenteil verantw.: Th. Wiese, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

nisch zu erklären. Es verweist drauf, daß bei der Reichstagswahl in Westpreußen des Ruhrgebiets die Zentrumsleute bei der Stichwahl die nationalliberalen Kandidaten durchsetzen mußten. Auch der Gewerksverein und sein Blatt haben wieder mitgeholfen, für den Sieg der nationalliberalen Kandidaten zu wirken. Jetzt nun gegen die nationalliberalen Bergarbeiter auftreten — das ginge nicht an. Das polnische Blatt sagt deshalb u. a.:

Der Gewerksverein hat erklärt, daß weitere Schritte nicht erforderlich seien, denn die Grubenbesitzer werden doch freiwillig die Löhne erhöhen. Die Nationalliberalen in Dortmund-Hörde und Düsseldorf haben den Zentrumsleuten ihre Unterstützung versprochen und haben sie beschwichtigt. Der Zentrumsverein will also, daß auch die Bergarbeiter jetzt von den nationalliberalen Grubenbesitzern sich an der Nase so herumführen lassen, wie die Zentrumsleute in Dortmund-Hörde und Düsseldorf. Alles nur deswegen, um die Nationalliberalen dafür zu belohnen, daß sie gnädigst die Zentrumsleute unter ihre Fittiche genommen haben und, um in Zukunft den Jörn der Nationalliberalen nicht auf sich zu ziehen.

Seit Jahren warten die Bergarbeiter auf eine geeignete Gelegenheit, um ihre traurige Lage und ihre Existenz aufzubessern. Jetzt, wo die Gelegenheit da ist, will sie der Gewerksverein nicht wahrnehmen und will sich den gemeinschaftlichen Schritten der Polnischen Berufsvereinigung und der anderen Bergarbeiterverbände nicht anschließen, sondern versucht ihre Forderungen zu bereinigen, einzig mit Rücksicht darauf, daß sich gegenwärtig die Zentrumsleute in der Rolle der nationalliberalen Knechte gefallen. Das ist Verrat an den Arbeitern. Die Bergarbeiter werden dem Gewerksverein noch den Zentrumsleuten nicht so leicht vergessen werden.

Rechtlich angeht sich der in Potsdam erscheinende „Warus Polst“.

Ein eigenartiger Kampf

Ist in der mittelfränkischen Spiegelrahmenindustrie, die ihren Hauptsitz in der Stadt Fürth i. V. hat, entbrannt. Die Fabrikanten hängen vollständig von den Exporteuren ab, die ausnahmslos Kapitalisten sind und es trefflich verstehen, bei dem Geschäft ihren Nutzen zu finden. Sie drängen die Aufträge auf kurze Konjunktur zusammen und suchen dann in der stillen Zeit die Preise möglichst herabzudrücken, wobei sie die kleineren Unternehmer als Preisbrüder gegen die größeren Fabrikanten auszuspielen und zwar mit Erfolg, weil jene darauf angewiesen sind, unter allen Umständen Aufträge zu erhalten. Diese Verhältnisse sind auch für die Arbeiter sehr unangenehm, da von einer sicheren Beschäftigung niemals die Rede sein kann und zeitweise Hunderte von Arbeitern arbeitslos sind. Nun haben sich die Dinge soweit entwickelt, daß es zu einem Kampfe kommen muß. Da am 1. Februar in der Holzindustrie ein neuer Tarif mit erhöhten Löhnen in Kraft getreten ist, haben die Fabrikanten, den Exporteuren neue Preislisten eingereicht, in denen die Preise für vorläufig nur echte Rahmen um 2 bis 3 Proz. erhöht sind. Die Exporteure wollten sich darauf nur einlassen, wenn die Fabrikanten sich vertraglich für das ganze Jahr auf diese Preise verpflichten. Da aber die 2 bis 3 Proz. nicht ausreichten, um die Lohnrückstellungen auszugleichen, ließen die Fabrikanten sich auf dieses Ansinnen nicht ein, sie erboten sich aber, einen Preisaufschlag von 5 Proz. für das ganze Jahr festzusetzen. Darauf beschloßen die vereinigten Exporteure, alle Aufträge zurückziehen und keine weiteren Aufträge zu übermitteln, bis der neue Preisaufschlag zurückgenommen sei. Das bedeutet, daß die Unternehmer gezwungen sind, einen großen Teil der Arbeiter zu entlassen und einzelne Betriebe überhaupt stillzulegen. Deshalb haben sich die Arbeiterorganisationen genötigt, einzugreifen. In einer Versammlung der Arbeiter wurde der vom Holzarbeiterverband gemachte Vorschlag, daß alle Kollegen in den Betrieben, wo echte Rahmen gefertigt werden, an diesem Montag sich als arbeitslos melden sollen, angenommen. Es wird besonders an die Arbeiter der kleinen Fabrikanten appelliert, da die Letzteren die Aufträge von den Exporteuren übernehmen und um 10 Prozent billiger liefern müssen. Die Versammlung nahm den Vorschlag einstimmig an, protestierte gegen die jegliche unfürsorgliche Produktionsweise und verpflichtete sich, die gesamte Produktion lahmzulegen, bis der Kampf zwischen Fabrikanten und Exporteuren entschieden ist. In Betracht kommen circa 700 Arbeiter.

Zur Aussperrung in der Porzellanindustrie.

Die oberpfälzischen Porzellanfabrikanten suchen sich eine gelbe Schutztruppe heranzubilden. So ist in der Porzellanfabrik Kirchentreu den Arbeitern laut Beschluß des Schutzvereins deutscher Porzellanfabriken gekündigt worden, zugleich aber wurden die nicht-organisierten Arbeiter aufgefordert, sich auf dem Kontor zu melden, da sie während der Dauer der Aussperrung von der Fabrik unterstellt werden sollen. Dabei sollen jedoch alle Nichtorganisierten, die auf die Unterstützung durch die Fabrik reflektieren, sich unter schriftlich verpflichten, keiner Organisation beizutreten, so lange sie in der Fabrik beschäftigt sind.

Eine erfolgreiche Bewegung haben die Stukkateure in Bad Nippingen durchgeführt. Es gelang der Abschluß eines auf drei Jahre gültigen Tarifvertrags, der sofort eine Aufbesserung der Stundenlöhne um 8, in den nächsten beiden Jahren um je weitere 2 Pf. vorzieht, außerdem entsprechende Mehrbezahlung für Ueberstunden, Sonntagsarbeit usw.

Ausland.

Arbeitskämpfe in Böhmen.

In der Prager Metallindustrie werden Verhandlungen zur Beendigung der Aussperrung geführt. Die Unternehmer werden Lohnrückstellungen gewähren müssen. Unter der Führung tschechisch-sozialdemokratischer, aber auch nationalsozialer Abgeordneter veranlaßten die Aussperrten am Donnerstagsvormittag einen Aufmarsch durch die Stadt. Die Arbeiterpresse wird derzeit mit Konfiskationen verhaftet, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten beim Justizminister Beschwerde erhoben.

Die Prager tschechischen Straßenbahnen haben jüngst die Personentarifpreise erhöht, weil — für das Personal etwas gekürzt wurde. Als die Angestellten aber einen Ausbleich für den Tarifverhandlung forderten, lebte man scharf jede Verhandlung ab. Der Streik ist nur eine Frage der Zeit, vielleicht bricht er zum großen tschechischen Landesstreik aus, wo ganz Böhmen nach dem „goldenen Mitternachts Prag“ wallfahrt.

Die wirtschaftlichen Kämpfe in Großbritannien.

Hamilton (Schottland), 8. Februar 1912. (Fig. Ver.) Die Hoffnung, daß der Friede im Bergbau Großbritanniens erhalten bleiben werde, hat sich als trügerisch erwiesen. Die Konferenzen, die zu Anfang der Woche in London stattfanden und auf denen eine Einigung in der Minimallohnfrage zustande gekommen sollte, haben nicht den geringsten Erfolg gehabt. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Bergarbeiter und Unternehmer Mittelenglands, die den Schlüssel zur Lösung der Frage für das ganze Reich finden sollten, sind nicht von der Stelle gekommen. Man fürchtete, daß die Frage nach den jüngsten Ereignissen nur noch durch ein allgemeines, zu gleicher Zeit für alle Länder abgehandeltes Abkommen geregelt werden kann. Aber die Erreichung eines allgemeinen Vertrages hat sich auf der am 7. Februar zu London abgehaltenen Konferenz der Vertreter aller Bergarbeiter und Kohlenbesitzer Großbritanniens als hoffnungslos erwiesen. Das größte Hindernis auf dem Wege zur Verständigung war nach wie vor die Unternehmerschaft Südwales, an deren Spitze der Haupt-scharfmacher Thomas steht. Bis zu Anfang der Konferenz war es noch ungewiß, ob sich die südwalisischen Unternehmer an der gemeinschaftlichen Besprechung beteiligen würden. Die Herren erschienen jedoch, gegen sich aber sogleich zurück, als der Vorsitzende der Bergarbeiterföderation, Edwards, den Unter-

nehmern die Forderungen der Bergarbeiter unterbreitete. Sie gaben die Erklärung ab, daß sie sich an den Verhandlungen nicht weiter beteiligen könnten, da die Arbeiter entschlossen seien, die bestehenden Verträge zu brechen. (Dies wird übrigens von den Bergarbeitern in Südwales und Schottland, deren Arbeitgeber die Arbeiter des Vertragsbruchs anklagen, geleugnet. Die Schotten und die Südwalisischen behaupten — und das mit vollem Recht —, daß die Minimallohnforderung die bestehenden Lohnverträge nicht berühre.) Die zurückgebliebenen Unternehmer setzten die Verhandlungen fort und boten den Arbeitervertretern die Regelung der Frage der „abnormen Stellen“ an. Die Bergarbeiter schlugen dieses Angebot ab, bestanden auf die Einführung des individuellen Minimallohns und erklärten sich bereit, weiter zu verhandeln, sollten die Unternehmer dazu geneigt sein.

Hier ist vielfach die Ansicht ausgesprochen worden, daß sich die Kohlenbesitzer nur so halbhartig zeigen, um noch länger von den herrschenden hohen Kohlenpreisen zu profitieren, und daß sie am Ende des Monats ihren Widerstand gegen die Forderungen der Arbeiter aufgeben würden. Allerdings machen die Unternehmer seit einigen Wochen glänzende Geschäfte und erzielen für einen großen Teil ihrer Kohle 4 bis 5 Schilling mehr als zu Ende des letzten Jahres. Zwar macht dieser Preisaufschlag in bezug auf die langfristigen Kontrakte nichts aus. Aber sie verdienen doch gewaltige Summen durch den Schreies, den sie dem Publikum eingejagt haben. Auch weigern sie sich an allen Orten, die ablaufenden Lieferungsverträge zu erneuern und verkaufen nur zu den Tagespreisen.

Der Streik der Doharbeiter in Glasgow nimmt immer drohendere Formen an. Der Vermittlungsversuch Sir G. Asquiths ist gescheitert. Nach zuchtigen Verhandlungen haben die Arbeiter erklärt, daß das Angebot der Unternehmer eine Beleidigung sei und die Zustände wieder einführen werde, die glücklicherweise durch den Kampf im letzten Jahre überwunden worden seien. Es zeigt sich immer mehr, daß die Arbeiter die Arbeiter in den Kampf drängen mit der Absicht, in dieser ungünstigen Jahreszeit die junge Organisation zu zertrümmern. Die Absicht dürfte jedoch durchkreuzt werden. Von verschiedenen Seiten ist den Dohararbeitern finanzielle Hilfe angeboten worden. Die Transportarbeiter stehen ihnen bei und es ist leicht möglich, daß der Transportarbeiterverband seine Drohung, einen Generalkrieg der Transportarbeiter zu erklären, in die Tat umsetzen wird, sollte sich der Kampf am Clyde noch länger hinauszuziehen. Der britische Transportarbeiterverband umfaßt 24 Gewerkschaften mit 250 000 Mitgliedern.

Der Streik der Doharbeiter.

Glasgow, 9. Februar 1912. (Fig. Ver.) Der Streik der Doharbeiter dauert unverändert fort und der Schiffsverkehr auf dem Clyde ist fast vollständig eingestellt worden. Hier und da versuchen einige Unternehmer die Arbeit von importierten Streikbrechern ausführen zu lassen. Das hat jedoch schon an verschiedenen Stellen zu heftigen Szenen zwischen Polizei und Streikenden geführt. Die junge Doharbeiterorganisation hat bis jetzt ihre Truppen gut in Ordnung gehalten.

Die leitenden Genossen am Clyde versichern, daß die Arbeiter fest entschlossen sind, im Kampfe auszuharren. Von den 8000 streikenden Dohararbeitern gehören 7000 dem Glasgower Zweig des schottischen Dohararbeiterverbandes an, obwohl die Organisation erst seit 7 oder 8 Monaten besteht. Unter diesen Umständen sind die vorhandenen Gelder natürlich gering. Die Geldfrage spielt jedoch nach der Aussage eines der Leiter der Gewerkschaft keine große Rolle. Erst gestern wurden der Organisation 5000 Pfund Sterling angeboten. Wahrscheinlich wird das Angebot jedoch nicht angenommen werden. Während der letzten Monate haben die Glasgower Schiffsbesitzer glänzende Geschäfte gemacht und auch die Dohararbeiter haben gut verdient, so daß die meisten einen Sparspennig zurücklegen konnten.

Wie schon berichtet, handelt es sich bei diesem Kampfe, der sich leicht zu einem Generalkrieg entwickeln kann, nicht um eine Lohnfrage. Die Dohararbeiter sind mit den Arbeitsbedingungen unzufrieden. Namentlich protestieren sie gegen den Vorschlag der Needer, die Kolonne von 16 auf 14 Mann zu reduzieren. Ferner bestehen sie auf die Abschaffung gefährlicher Einrichtungen. Nach Glasgow kommt viel Eisenerz von Bilbao, das hier in den großen Eisenwerken verarbeitet wird. Beim Ausladen der Erze werden in der Eile häufig zu viele Körbe auf einmal in den Schiffskörper hineingelassen oder aus ihm herausgezogen, was die im Schiffsinnern beschäftigten Arbeiter großen Gefahren aussetzt. Die Arbeiter wollen nun die Zahl der in Verwendung kommenden Körbe festgesetzt wissen. Weiter verlangen sie, daß alle Vorarbeiter der Gewerkschaft beitreten sollen; sie wollen damit der Organisierung durch die Vorleute ein Ziel setzen. Den Vorarbeitern soll auch verboten werden, selbst praktisch zu arbeiten. Dies ist ein sehr wichtiger Punkt in bezug auf das Unfallentschädigungsgesetz. Es ist häufig vorgekommen, daß ein verletzter Arbeiter keine Unfallrente beziehen konnte, weil der Vorarbeiter zur Zeit des Unfalls anderweitig beschäftigt war und die Arbeiten nicht beaufsichtigte. Die Unternehmer haben dann vor den Gerichten mit Erfolg die Verteilung vorgebracht, daß der verletzte Arbeiter zur Zeit des Unfalls keine ihm aufgetragene Arbeit verrichtete.

Ein bemerkenswerter Erfolg der jungen Doharbergewerkschaft ist die vollständige Beseitigung der nationalen und religiösen Zwistigkeiten, die in vergangenen Jahren die Arbeiterschaft am Clyde zersplitterten. Festige Beziehungen fanden in der Vergangenheit statt zwischen Irländern und Schotten, Katholiken und Protestanten. Seit der Gründung der Dohararbeiterorganisation hat man nicht das geringste davon gespürt. Schotten und Irländer, Protestanten und Katholiken haben im gemeinschaftlichen Kampfe in einer einheitlichen großen Organisation ihre Meinungen und manchmal lächerlichen Streitigkeiten vergessen. Ein gutes Zeichen für die Zukunft.

Letzte Nachrichten.

Triviale Aussperrung.

Budapest, 12. Februar. (B. T. Z.) Die Budapest Maschinenfabriken haben die Aussperrung tschechischer Arbeiter, deren Zahl sich auf etwa 20 000 beläuft, beschlossen. Die Hauptursache sind Forderungen der Arbeiter betreffend den Arbeitsnachweis.

Zum Unternehmertum noch Soja.

Brüssel, 12. Februar. (B. T. Z.) Die Grubenbesitzer im Borinage haben den Vorschlag des Provinzialrates, einen dreimonatigen Versuch mit achtstägiger Lohnzahlung zu machen, abgelehnt und schlagen jetzt ihrerseits den Bergarbeitern einen sechsmonatigen Versuch mit vierzehntägiger Entlohnung vor. Dieser Vorschlag verschärft die Lage.

Der Unternehmertum wird durch die Regierung befürcht, wie folgende Depesche zeigt:

Brüssel, 12. Februar. Im Streikgebiet des Borinage wurden nach Wittermeldungen 8 Soldaten des Jägerbataillons zu Fuß verhaftet, weil sie gegen Tumultuanten nicht hart genug vorgegangen und sich zum Teil sogar entwaffnen ließen.

Der Schuyman als Landesvertreter.

Wilhelmshaven, 12. Februar. Der entlassene Schuyman fuhr ist bisher noch nicht ermittelt worden. Nachdem er sein Guthaben auf der Sparkasse abgehoben hatte, trat er am Mittwochabend mit dem Schnellzuge von einer benachbarten Station die Reise nach dem Auslande an und hat vermutlich schon um Witternacht die holländische Grenze erreicht. Hier war er, da gegen ihn nur Beweise zum Landesvertreter in Frage kommt, vor einer Auslieferung sicher.

Abgeordnetenhaus.

12. Sitzung vom Montag, den 12. Februar, vormittags 11 Uhr.

An Ministerlich: Hr. v. Schorlemer, Dr. Lenze. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation Engelsmann (natl.) und Genossen betr. die Hagelschäden im Weinbaugebiet der Raha.

Abg. Engelsmann (natl.): Begründet die Interpellation, die Staatsunterstützung für die betroffenen Winzer wünscht. Die Notlage der Winzer sei um so größer, da eine Versicherung gegen Hagelschäden unter den jetzigen Bedingungen der Versicherungsgesellschaften sehr schwer möglich sei und da durch den Hagel die Ernte eines ausnahmsweise guten Weinjahres vernichtet sei.

Ein Regierungskommissar erklärt, daß Untersuchungen über die Größe des Schadens stattgefunden hätten und die Verhandlungen über die Entschädigung noch schweben. Es sollen zur Unterstützung der kleinen Winzer 300 000 M. à fonds perdu gegeben werden, die großen erhalten Darlehen.

Abg. Dr. Gräger (Sp.) kritisiert die Praxis der Regierung bei solchen Unterstützungen. Bedauerlich sei vor allem, daß die Hilfe so spät komme.

Abg. Engelsmann (natl.) wünscht, daß die Unterstützungen in allen Fällen à fonds perdu gegeben werden.

Abg. Hoffmann (Soz.): Auch wir müssen bedauern, daß es erst einer Interpellation bedurft hat, um der Regierung Verne zu machen. Unerbört ist es, daß man von den Betroffenen verlangt, sie sollten Bürgschaft eines Bankiers stellen. Ich kann mir denken, daß es menschlichfreundliche Bankiers gibt, die sagen: Wissen Sie, ich gebe Ihnen das Geld jenseits selber, da brauchen Sie nicht erst bei der Regierung zu betteln. In solchen Fällen muß der Staat schnell, ganz und richtig eingreifen.

Damit schließt die Besprechung. Es folgt die einmalige Beratung des Staatsvertrages zwischen Preußen und Bayern, Württemberg und Baden zur Regelung der Lotterieverhältnisse.

Die Abg. König (Z), Dr. Arendt (H), Rosenow (Sp.) erklären sich im allgemeinen mit der Vorlage einverstanden.

Abg. Hoffmann (Soz.): Wir werden natürlich gegen die Vorlage stimmen, da wir das Lotteriespiel für ein Übel halten, das so schnell wie möglich beseitigt werden müßte. Wenn es dem Staate Millionen einbringt, so ist das erst recht bedenklich. Es ist dies nicht weiter als eine Dummheitssteuer. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Den Zusammenhalt der deutschen Staaten zu beweisen, gibt es wahrlich würdigere Gelegenheiten. Es handelt sich hier um ein Hazardspiel, und der Staat darf sich nicht als Bankhalter eines solchen unsittlichen Hazardspiels hergeben. Woher nimmt er sonst das Recht, das Hazardspiel zu verbieten? Freilich wissen wir ja, daß sich auch sehr hohe Herrschaften am Hazardspiel beteiligen, ich erinnere an die Eulenburgsche ministerielle Lustige Sieben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Winkler (L) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage.

Der Vertrag wird bewilligt. Hierauf wird die zweite Lesung des Etats beim Etat der Landwirtschaftlichen Verwaltung fortgesetzt.

Abg. v. Arnim-Büsedom (L): Die Spannung zwischen Vieh- und Fleischpreisen zeigt bei Schweinen eine zu große Differenz. Hier können die Kommunalverwaltungen durch geeignete Maßnahmen ausgleichend wirken. Ein schreckendes Mißverhältnis besteht auch zwischen den Kartoffelpreisen in den verschiedenen Städten. Eine Änderung des Systems der Einfuhrscheine liegt nicht im Interesse der Landwirtschaft. Redner betont zum Schluß das Interesse der Landwirtschaft an einheimischen, seßhaften Arbeitern.

Abg. Wakenborn (Z) bleibt auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Dr. v. Woyna (H): Eine wichtige Aufgabe des Staates ist die Schaffung mittlerer Pflanzschulen. Zur Schaffung eines Stammes einheimischer Landarbeiter ist der Bau gesunder und auch schöner Arbeiterwohnungen notwendig. Leider sind die ländlichen Bauordnungen vielfach so übertrieben, daß viele Landwirte nicht in der Lage sind, eigene Arbeiterwohnungen zu bauen. Das ländliche Fortbildungsschulwesen muß ausgebaut werden. Eine Vermehrung der Kreisärzte ist dringend geboten im Interesse einer wirksameren Bekämpfung der Seuchen.

Landwirtschaftsminister v. Schorlemer teilt in Beantwortung

einer Anfrage mit, daß die Landwirtschaftliche Hochschule in Berlin das verlangte Versuchsfeld erhalten werde. Die Fonds zur Förderung der Viehzucht sollen auch in Zukunft nach Möglichkeit vergrößert werden. Von der Einbringung des Fideikommissgesetzes ist diesmal mit Rücksicht auf die Belastung der Session mit so großen Vorlagen wie dem Wassergesetz abgesehen worden. Eine Vermehrung der Tierarztstellen ist in Aussicht genommen.

Abg. Heine (natl.) begrüßt die Vermehrung der Mittel für die Landesmeliorationen. Die Arbeiteransiedlungen schreiten noch zu langsam vorwärts. Zu bedauern ist das fortgesetzte Zurückgehen der Viehzucht. In den Güterpreisen besonders im Osten ist eine ungesunde Steigerung zu verzeichnen.

Abg. Dr. Gräger (Sp.): Auch wir erkennen an, daß für die Viehzucht erhebliche Mittel eingesetzt sind; sehr wichtig ist aber auch die Obstzucht. Die Anregung des Ministers, daß die Kommunen die Lebensmittelversorgung mehr in die Hand nehmen sollen, wird den Sozialdemokraten sehr gefallen. Ebenso wie die Kommunen könnte das ja auch gleich der Staat tun. Sehr mittelstandsfreundlich war ja diese Anregung nicht. Ich hoffe, daß man in Konsequenz dieses Standpunktes des Ministers in Zukunft eine andere Haltung in Bezug auf die Besteuerung der Konsumvereine einnehmen wird. Auf dem Gebiete der inneren Kolonisation sind wir über die Versuche noch nicht hinausgekommen. Man hat aber gar kein so großes Interesse an der Bildung von Bauerngütern, das hat auch Professor Seehring im Landesökonomikollegium ausgesprochen. In der Forderung der Selbstmachung von inländischen Arbeitern stimmen wir mit Herrn v. Arnim durchaus überein. Hier hat der Großgrundbesitzer eine nationale Pflicht zu erfüllen. Nur muß bei der inneren Kolonisation alles vermieden werden, um das in sozialdemokratischen Kreisen bestehende Mißtrauen zu fördern, man müsse nur darauf hinaus, einen neuen Stand der Dörfer zu schaffen! Das Parzellierungs- und das Fideikommissgesetz sollte endlich veröffentlicht und zur allgemeinen Diskussion gestellt werden. Der ganze Osten wird bald fideikommissarisch gebunden sein, wenn nicht endlich der Bildung neuer Fideikommissen Halt geboten wird. Das ist ein großer Widerspruch der inneren Kolonisation. (Sehr richtig! links.) Wie groß noch die hygienischen Mißstände auf dem Lande sind, beweist das häufige Vorkommen der Tuberkulose. Der Verlauf der Entschuldungsaktion hat unsere Bedenken gegen die Eintragung der Verschuldungsgrenze durchaus als gerechtfertigt erwiesen. Redner wünscht Auskunft, was bisher für die notleidenden Winzer geschehen sei und was für Fonds dazu vorhanden seien. — Herr v. Woyna sprach von schweren Kämpfen, die der Landwirtschaft beim Zolltarif bevorstünden. Er hat nur nicht deutlich ausgesprochen, ob er wie Herr v. Seydebrand auch den ländlichen Zolltarif will oder nur die Aufrechterhaltung der jetzigen Verhältnisse. Für die Landwirtschaft ist die Hauptsache die gute Durchbildung der Gutsbesitzer. Die Großgrundbesitzer haben das ja nicht so nötig, ihre Güter werden von Verwaltern geleitet. Die letzten Wahlen haben ja gezeigt, wohin die Reise geht, sie bedeuten den Zusammenbruch der Herrschaft der Großgrundbesitzer und zwar aus nationalen Gründen. (Bravo! links.)

Es ist notwendig, genauer die Verwendung der Gelder durch das Landwirtschaftsministerium zu kontrollieren, das beweist die Angabe von Geldern der Glogauer Fürstentumlandwirtschaft für den Bund der Landwirte, die der Minister gebilligt hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Interessant war die Erklärung des Ministers in der Kommission, daß die Einfuhr von 18 000 Stück Rindvieh aus Schweden keine Seuchengefahr für uns bedeute. Das beweist, daß die sonst immer wiederholte Behauptung, die Seuchen würden durch ausländisches Vieh eingeführt, nicht ist als ein

Vorwand.

um hier im Inlande die Viehpreise möglichst hoch zu halten. Bedauerlich ist der Rückgang in der Rindviehproduktion, der 1910 durch die Viehzählung festgestellt worden ist. Auch der Bestand an Schweinen ist nicht gestiegen, wenn man die Steigerung der Bevölkerung in Betracht zieht. Trotz alledem will die Rechte noch immer die Grenzsperrn aufrecht erhalten und kein ausländisches Fleisch hereinlassen. 1911 sind 189 weniger Ochsen, 189 weniger Bullen, 27 Kühe, 207 Jungvieh, 107 Kälber, 97 Schafe weniger geschlachtet worden als 1910. Mehr sind nur Schweine, was aber den Verlust an geschlachtetem Rindvieh nicht aufhebt. Da braucht man sich aber das

kündige Steigen der Fleischpreise nicht zu wundern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

wieder öffentlich sprechen. Er gründete eine „galikanische“ Kirche, und seine Predigten fanden außerordentlichen Zulauf. Seinem Alter war die Genugtuung beschieden, daß sein Sohn Paul Giacinto London, Herausgeber der „Droits de l'homme“ und einer der wenigen ernsthaften Dramatiker Frankreichs, sein Werk, die Propaganda für eine unabhängige, nationale und republikanische Religion, weiterführte. Giacinto Lozon ist in vollkommenem Frieden mit seinem Gewissen gestorben. Mag man seine Bestrebungen für hoffnungslose Ideologie ansehen, so hat der merkwürdige Mann, der eben wegen seiner religiösen Leidenschaft in Konflikt mit der Kirche geraten mußte, durch die Standhaftigkeit seines Charakters und seine Hingebung für ethische Aufgaben das Anrecht erworben, in der Gedächtnisfeier der Kämpfer für freiheitliche Ziele eingetragener zu werden.

Theater.

Deutsches Theater: Romeo und Julia von Shakespeare. Moissis' Romeo mag in Zukunft noch gleichen Ruhm erwerben wie der des jungen Mainz in den achtziger Jahren. Er hat seit jener Zeit, da Reinhardt bald nach der Uebernahme des Deutschen Theaters ihn zum ersten Male diese Rolle spielen ließ, eine erstaunliche Entwicklung durchgemacht. Damals schüttelte man die Achse. Was brachte dieser höhlwängig fränkisch ausschauende Durch für die leuchtende Gestalt von Shakespeares Veronaer Jüngling mit, wie sollte man ihm Julius Liebe glauben? Wohl bligte aus den Worten und Bewegungen Leidenschaft, doch eine neurotisch vergerierte, die abtrotzt, wo sie ansieht und verführen sollte. Der Wohlklang der Verse erfolgte in einer wilden, mantrierten Hast des Vortrags. Und heute! Wer Moissis' Bahn verfolgt hat, wundert, daß ihm die Kraft gewachsen. Aber er übertraf noch die Erwartung. Sein neuer Romeo war eingetauscht in alle Schimmer der Poesie, beständig in der Anmut, fortziehend in dem Feuer des Gefühls, dabei in jedem Zug von lebendigster Individualisierung. Gleich in der ersten Szene, wo der verwundete Knabe mit seinem Schmerz um Rosalinde spielerisch prunkt, gewann er sich die Herzen. Reich und eigenartig, von jeder Hemmung, die sich seinem Begehren in den Weg stellt, zu maßloser Verzweiflung fortgerissen, knochenhaft ungenügend und in dem Ungestüm bezaubernd, so führte Moissis die Rolle in einseitigem Grundton durch. Mit der zartesten Art paarte sich ironisch feinsinniger Humor in der Darstellung des Liebenden, der im Uebermaß seinen Glückseligkeit wie eine Bindendheit um den friedlichen Lorenzo wickelt. — Johanna Terwin, eine junge Schauspielerin, die neulich in Hansens „Wälscher Ehe“ zum ersten Male in einer Hauptrolle hervortrat, war eine süßlich schöne Julia, reizvoll im Ausdruck hingebend-jährlicher Sehnsucht. Die leidenschaftlich-fragischen Momente gelangen nur zum Teil. Margarete Kupfer spielte Julius' Amme mit derb korrekterder schlagkräftiger Komik, und so durchaus im Sinne des Textes. Was im an dem mährischer Peter akkompagnierte in gleichem Stil. Die Gellmann entwarf ein trefflich naturalistisches Porträt des alten Brauseköpfigen Capulet. Mercurio und Tubal, die beiden Houdagen, gelangten durch die Herren Herzog und Winter-

Die Agrarier behaupten nun, die Schäfer machten so hohe Gewinne, daher stamme die Höhe der Fleischpreise. Es ist das ein Zeichen für die angeblühende Mittelstandsfremdschaft der Reichen. Zweifellos würden die Preise erheblich heruntergehen, wenn man die Einfuhr ausländischen Fleisches zulassen würde. Nicht richtig ist, daß die Viehzüchter am Vieh nichts verdienen. Nur wird den kleinen Leuten die Aufzucht von Vieh sehr erschwert durch die Verteuerung der Futtermittel. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Arnim sprach wieder für Aufrechterhaltung der Einfuhrscheine. Daß dies System eine Bereicherung der Agrarier im Osten bedeutet, ergibt sich aus der eigenen Denkschrift der Regierung über die Einfuhrscheine, wonach es ihr Zweck ist, die durch den Zolltarif geschaffenen hohen Getreidepreise zu halten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Seit 1906 sind über 400 Millionen aus den Einfuhrscheinen den Großgrundbesitzern zugestossen, die eigentlich den

Witwen und Waisen der Arbeiter

hätten zugute kommen müssen. Auch von dem ländlichen Zolltarif, den man nunmehr verlangt, hat nur der Großgrundbesitzer Vorteil, nicht aber der mittlere und kleine Grundbesitzer. Das hat Graf Hohenlohe seinerzeit selbst zugegeben. Die wenigen tausend Großbetriebe haben 72,8 Proz. des gesamten Weizenbaues, 66,9 Proz. Anteil an der Getreideernte. Sie haben also das erhebliche Geldinteresse an den Zollrückstellungen. Die kleinen Grundbesitzer werden noch außerdem schwer geschädigt durch die Verteuerung der Futtermittel. Sie haben deshalb in großem Umfang Vieh verkauft müssen. Bei Verpachtung von Domänen sollte die Regierung die Bedingung stellen, daß eine bestimmte Menge Vieh produziert wird, denn die geringe Viehproduktion muß jeden mit schwerer Sorge erfüllen. Trotzdem ist man der Meinung, die Fleischsteuerung sei eine vorübergehende Erscheinung. Die Gemeinden haben getan, was sie konnten, um hier Abhilfe zu schaffen. Aber die Regierung hat ihre Pflicht nicht getan. (Sehr wahr! links.) Wir verlangen zunächst eine Aufhebung des Getreidezolles zur Verbilligung der Futtermittel. Der Minister hat in einem Erlaß auf die gute Gewerter in Steiermark hingewiesen und Staatshilfe bei der Einfuhr solcher Getreide versprochen. Ich frage: wieviel ist denn vom Staat zu diesem Zwecke ausgegeben worden? Die Agrarier haben sich natürlich gegen diese Heueneinfuhr ausgesprochen, weil angeblich in Steiermark Viehseuchen herrschen. Der Minister selbst mußte demgegenüber feststellen, daß Steiermark seuchenfrei sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bis heute haben ja die großagrariischen Beiräte, den kleinen Landwirten die Verbilligung der Futtermittel zu hinterzücken, bei dem Bundesrat ein williges Ohr gefunden. Den Konterpartien kommt es vor allem darauf an, zu verhindern, daß durch die Suspensionierung der Futtermittelzölle ein Loch in den ländlichen Zolltarif gerissen wird. Der Wahlausfall hat die Empörung des Volkes über die Verteuerung nicht nur des Fleisches, sondern aller notwendigen Lebensmittel bewiesen. Aber der Regierung fehlt es offenbar an gutem Willen, für die Arbeiter zu sorgen, sie hat nur Interesse für die großagrariischen Interessen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Kartoffeln, Butter, Milch steigen fortgesetzt im Preise. Die Milchversorgung wird eingeschränkt, was eine

schwere Gefahr für die Ernährung des Volkes

bedeutet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wie viel Hunderttausende von Kindern bekommen in Deutschland kein warmes Mittag, wie viele müssen hungrig zur Schule gehen! Die Folge der rücksichtslosen agrarischen Politik ist eine vermehrte Säuglingssterblichkeit, ein Rückgang der Geburten. Und wenn sich die Arbeiter gegen diese Politik wehren, rufen die Konservativen nach Justizausgesessen. — Auf die Not der Arbeiterklasse ist in der Thronrede mit keinem Worte hingewiesen, wohl aber ist gesagt, daß es der Landwirtschaft jetzt gut geht. Selbst das aber ist den Agrariern nicht genug, die „Deutsche Tageszeitung“ meinte, es hätte noch erwähnt werden müssen, daß die Landwirtschaft augenblicklich notleidet. Der Reichtum der Großagrarier wird erreicht unter Aufrechterhaltung der ungeheuerlichsten Unfreiheit der Arbeiter auf dem Lande, des

Schandstück der Gefindeordnung.

(Präsident Hr. v. Erffa ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.) Selbst Ministerialdirektor Dr. Thieli hat gesagt: „Auf dem Lande (im Osten) besteht vielfach noch das Feudalverhältnis.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Redner führt Fälle schwerer Mißhandlung und Beschimpfung von Landarbeitern an. Solche Fälle beweisen am besten die Notwendigkeit des Koalitionsrechts für die Landarbeiter. (Sehr wahr! bei den Sozial-

demokraten.)

kein zu wirksamer Verförperung. Die farbige inszenierten Strahlenkämpfe der feindseligen Parteien geben dem Ganzen einen malerisch eindrucksvollen Hintergrund.

Notizen.

- Ausstellungen. Im Lichthofe des Kunstgewerbe-Museums sind bis 24. März neuere Kunstschmiedearbeiten, besonders aus Berliner Werkstätten, ausgestellt.
- Die Klassikeraufführungen im Neuen Igl. Opern-Theater haben ein vorzeitiges Ende genommen. Die der Pächter, Dr. Helmer, mittelst, aus gewichtigen künstlerischen Gründen (Probenverhinderung), wie von anderer Seite behauptet wird, wegen mangelnden Besuch. — Derselbe Helmer hat das gesamte Krollische Stablisement vom 1. April an gepachtet. In den Theaterlosten wird zum Sommer eine Operetten- oder Operngesellschaft einziehen.
- Rudolf Ritter, der ausgezeichnete Künstler, der aus der Schauspielerei ins Landleben geflüchtet war, wird in seine frühere Welt zurückkehren. Er ist als Soziatär und künstlerischer Beirat der Genossenschaft beigetreten, die sich aus Mitgliedern des Leistungstheaters gebildet hat und nach Brahm's Rücktritt eine eigene Bühne gründen wird. Er will junge Kräfte für den Beruf heranzubilden helfen, dem er selbst Valet gelangt hat.
- Ein heimliches Theater ist im Werden begriffen. Es will den Schikanen und Liden der Zensur entkommen, indem es gänzlich umsonst vor geladenen Gästen spielt. Heinrich Lautensack, selber ein von der Zensur Geknechteter, will die Idee verwirklichen und hat angeblich auch einen Mäzen gefunden fürs Nötige. (Hoffentlich ist aber „der Mäzen“ überflüssig.) Man plant eine Aufführung von Wedelinds Totentanz und von anderen verbotenen Stücken.
- Eine deutsche Nationalbühne, die alle Arbeiter zur germanischen Stammesforschung, zur deutschen Landes- und Volkskunde, zur Geschichte der Deutschen aller Zeiten und Stämme, zur deutschen Sprach- und Mundartenforschung und zur deutschen Kulturarbeit umfassen soll, will man in Göttingen errichten. Professoren, Schriftsteller und Künstler erlassen einen Aufruf dafür.
- Eine internationale Kunstgewerbe-Ausstellung wird 1915 in Paris stattfinden. Die für 1920 geplante Weltausstellung wird dafür ausfallen.
- Der Reichsreiter eines Theaterdirektors. Der Direktor des Raumburger Theaters erläßt eine Proklamation an die 30 000 Einwohner seines Wirkungsbereiches, worin er sich bitter über die Teilnahmslosigkeit des Publikums beklagt und den Zusammenbruch seines 28 Personen beschaffigenden Unternehmens ankündigt, wenn eine ebenso berechtigte wie undankbare Bürgerschaft nicht mehr Kunstinteresse betätigt. Besonders bemerkenswert ist, daß besagte Bürgerschaft nicht nur selber durch Abwesenheit glänzt, sondern auch „minderen Volksschichten“ das Theater bereiten möchte. Als das Gewerkschaftsamt eine Vorlesung veranstaltet hatte, wurde das Gerücht verbreitet: dem Direktor muß gekündigt werden. Aber die Raumburger Arbeiter wollen sich dadurch nicht abhalten lassen, weitere Vorstellungen zu veranstalten.

Kleines feuilleton.

Joseph Lister †. In London ist der Chirurg Joseph Lister im hohen Alter von 84 Jahren gestorben. Er war der Arzt der aller-vornehmsten Schichten und ein Mann, der auf seinem Spezialgebiete manches geleistet hat. Aber durch eine Tat, die in den Dauerbesitz der Zivilisation übergegangen ist und fruchtbar weiter gewirkt und neue gezeugt hat, ist sein Name zu dem eines Wohltäters der Menschheit geworden. Alle Fortschritte der Medizin und der Chirurgie im besonderen hatten bis in die vier Jahre des vorigen Jahrhunderts einem fürchterlichen Feind, dem Säueren der Wunde und Patienten nichts anhaben können: dem Wundfieber oder Hospitalbrand. Selbst eine wohlgeleitene Operation machte die tödliche Infektion der Wunde zum Ziele. Nun hatte Pasteur Licht verbreitet über die Fersehung- und Fäulniserreger, die in der Luft und überall verbreitet sind und offene Wunden infizieren. Lister verweirte die Erkenntnis für die Praxis und schuf das nach ihm benannte Wundbehandlungsverfahren. Die in die Wunde gedrungenen Pilze und Keime mußten vernichtet werden und die Karboläure war das Mittel, das er dazu verwandte. Die Antiseptik, die Unterdrückung des Fäulnisprozesses, war die entscheidende Neuerung, die er einführte. Die Desinfektion der Wunde, ihrer Nachbarschaft, aller Stoffe, die mit ihr in Berührung kamen, sollte die Fäulnis-erreger vernichten. Karbol war das Schlachtgeschrei, und alle Krankenstuben und Lazarette waren von ihrem penetranten Geruch erfüllt. Selbst die Luft, mit der die Wunde in Berührung kam, wurde mit gestäubtem Karbol desinfiziert. Heute hat das Karbol seine Rolle ziemlich ausgespielt, bei frischen Wunden ist es längst durch weniger reizende Stoffe ersetzt. Die ganze Listersche Methode ist nicht nur verbessert, sondern durch eine neue, die aseptische, ersetzt worden. Die Aseptik will alle Gefahren der Infektion fernhalten, indem sie alles, was mit der Wunde in Berührung kommt, keimfrei macht, während Lister die Keime in der Wunde selbst zu vernichten suchte. Aber der Segen und der Wert seiner Erfindung wird dadurch nicht beeinträchtigt, daß die heutige Medizin andere Wege einschlägt. Das Ziel, das Lister zuerst setzte, ist daselbst geblieben: die Entzündung der Wunde, das Wundfieber zu vernichten. Was wäre unsere ganze so hochentwickelte Operationstechnik ohne das Hilfsmittel einer rationellen Wundbehandlung!

„Herr Giacinto“, mit seinem bürgerlichen Namen Giacinto Lozon, ist am Freitag in Paris im Alter von 85 Jahren gestorben. Er war als junger Karmelitermönch einer der gefeiertesten Kangelredner Frankreichs. In der Wabeleine und in der Notre-Dame hat er gepredigt, bis ihn sein Liberalismus in Konflikt mit dem Vatikan brachte. Wegen eines offenen Protestes gegen die ultramontane Machtpolitik erlommuniziert, vollzog er am Vorabend des vatikanischen Konzils seinen sensationellen offenen Bruch mit der Kirche. 1872 heiratete er. Später war er in der alikatholischen Bewegung tätig, erst in Genf, dann in London. In Paris, wo nach der Kommune der Sterilisationsstand oben war, durfte er 1877

Demokraten.) Wir müssen immer wieder die Unfreiheit der ländlichen Arbeiter vor der Öffentlichkeit brandmarken und müssen verlangen, daß sie in ihren Rechten mindestens den gewerblichen Arbeitern gleichgestellt werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Hg. Gerhardus (3.) bleibt auf der Tribüne völlig unbeständig.
Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.
Die Weiterberatung wird vertagt auf Dienstag 11 Uhr.
(Außerdem Geschäftssatz.)
Schluß 5 1/4 Uhr.

Badischer Fabrikinspektionsbericht für das Jahr 1911.

Der badische Fabrikinspektionsbericht ist dieses Jahr noch früher erschienen, als man das sonst gewohnt war. Er entbehrt aber einer größeren, wichtigeren, umfangreicheren Arbeit über ein Thema von allgemeinem Interesse, ähnlich der des vorjährigen Berichts über die wirtschaftliche Lage der Mannheimer Arbeiter.

Der Bericht bestätigt von neuem die aufsteigende Tendenz der industriellen Entwicklung Wadens.

Es betrug die Zahl der

	1910	1911
Betriebe mit mindestens 10 Arbeitern	10 751	11 389
Zahl der Arbeiter	246 864	263 880
davon männliche Erwachsene	158 919	169 715
weibliche	66 615	69 091
Junge Leute	22 798	24 029
davon männliche	12 287	13 757
weibliche	10 561	10 272
Schulpflichtige Kinder	532	165

An Revisionen wurden in diesen Betrieben 10 465 gegen nur 6776 im vorausgegangenen Jahre vorgenommen; es wurden also 61,7 gegen nur 57,6 Proz. der Betriebe von den Revisionen betroffen. Für nicht weniger als 2270 gegen 2273 Betriebe im Jahre vorher wurden 4358 Auflagen erlassen. Von diesen betrafen allein 1120 die Unfallverhütung. Außerdem hat das Gewerbeaufsichtsamt — in ein solches ist die Fabrikinspektion seit vergangener Jahre auch in Baden umgetauft worden — noch 163 Hausindustrielle, 106 Handwerksbetriebe, 1 Mädchenheim, 216 Neubauten und 2 landwirtschaftliche Betriebe beschäftigt.

Auch in diesem Berichtsjahre wurden in erster Linie die großen Betriebe revidiert. In den revidierten Betrieben, die insgesamt nur 61,7 Proz. der Gesamtbetriebe darstellten, waren 72,2 Proz. der Gesamtarbeiterschaft beschäftigt.

Laute Klage über die den Gewerbeaufsichtsbeamten seitens Unternehmer bereitetten Hindernisse erhebt auch diesmal der Bericht. Es heißt da u. a.: „Kleinere Gewerbeunternehmer glauben manchmal noch immer, sie dürften ihrem Vorgesetzten über die Revision freien Lauf lassen. In einer Werkstatt der Tabakindustrie erschwerte der Betriebsinhaber trotz gültigen Zuredens die Besichtigung durch grobe Ausfälle und bestritt, obgleich er genügend Aufklärung erhielt, das Recht des Beamten zur Revision. Ein Fabrikant im Oberland kann sich nur Schritt für Schritt dem beherrschenden Zwange unterwerfen und zur Beachtung der erlassenen Bestimmungen angehalten werden. Bei der Revision eines Schulhausneubaus wurde der bauausführende Mauermeister so ausfällig, daß die Durchführung der Revision schwer fiel. Daher nahm der zuständige Gewerbeinspektor unter Zuziehung des technischen Assistenten und eines Gendarmen eine Ergänzungsbefehle vor. Bei der Revision einer Wurstfabrik suchte der Betriebsinhaber die Kontrolle der Desinfektion der Rohware durch offensichtlich unrichtige Angaben und unangemessene Antworten fortgesetzt zu stören.“ Und so geht es weiter. Das badische Unternehmertum hat auch früher schon sich mit Händen und Füßen gegen die Revisionen gewehrt. Der verstorbene Dr. Wörrischofer wußte ein Lied davon zu singen und auch seinem Nachfolger, Dr. Wittmann, sind schwere Angriffe im Landtag, bei denen der jetzt in Pforzheim zum Reichstagsabgeordneten gewählte Scharmacher Wittum sich besonders hervorgetan hat, nicht erspart geblieben. Die Regierung hat — wie das ja auch gar nicht anders erwartet werden konnte — sich in der Hauptsache auf die Seite des Unternehmertums gestellt. Als unsere Genossen im Jahre 1904 im Landtag darüber Klage führten, daß die Zahl der Beamten bei der Gewerbeinspektion im Verhältnis zu den anderen Bundesstaaten zu gering sei, suchte der damalige Minister Dr. Schenkel das mit der Behauptung zu verteidigen, „den badischen Unternehmern wohne ein starkes soziales Pflichtbewußtsein inne und es sei daher eine staatliche Aufsicht weniger notwendig als anderwärts“.

Die grundsätzliche der badische Minister das badische Unternehmertum eingeschätzt hat, beweisen mit aller Deutlichkeit die Klagen der Gewerbeaufsichtsbeamten über den Widerstand, den das Unternehmertum der Durchführung der Arbeiterschutzgesetze entgegensetzt. Das Unternehmertum ist in Baden nicht besser als anderwärts. Heilig ist ihm nur der Profit. Daher mußten zahlreiche Übertretungen der zum Schutze der Arbeiterinnen und der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen erlassenen Bestimmungen festgestellt werden. Mehrere Druckseiten nehmen die nur kurz angeführten Fälle in dem Berichte ein.

Die Zahl der zu gewerblicher Arbeit herangezogenen Kinder ist namentlich in der Hausindustrie angestiegen. Es wurden nicht weniger als 5730 Kinder gezählt, die zu gewerblichen Arbeiten herangezogen wurden. Darunter waren sogar 178 Kinder, die das achte Lebensjahr noch nicht vollendet hatten. In 2178 Fällen wurden Zuwiderhandlungen gegen das Kinderschutzgesetz festgestellt. Daß die Zahl der Übertretungen viel größer ist, liegt auf der Hand.

Ueber die Zahl der Unfälle und ihr Ort fehlen dem diesjährigen Bericht die zur Beurteilung notwendigen näheren Angaben. Es wird nur konstatiert, daß wieder eine Reihe Unfälle mit tödlichem Ausgange sich ereignet hätten.

Beim Feiern mehrerer aufgeführten Einzelsfälle drängt sich die Ueberzeugung auf, daß die Ziffer der Unfälle mit Leichtigkeit sehr erheblich heruntergedrückt werden könnte, wenn die Arbeiter auf die Durchführung der vorgeschriebenen

Schutzmaßnahmen seitens der Unternehmer dringen könnten.

Ueber die wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung brachte der vorjährige Bericht wertvolle Erhebungen über 35 Mannheimer Fabrikarbeiterfamilien, während der jetzige nur die Löhne in 11 Zigarrenfabriken behandelt. Danach betrug der durchschnittliche Wochenverdienst für männliche Arbeiter 1897 8,09 M. bis 11,57 M. und im Jahre 1911 11,96 bis 16,70 M. Für weibliche Arbeitskräfte betragen die Löhne 7,56 M. bis 10,3 M. und im Jahre 1911 7,92 bis 12,87 M. Diese miserablen Löhne können nur in Gewerben gezahlt werden, wo Frauen und Kinder mitarbeiten. Wenn der Bericht behauptet, die Tabelle liege „deutlich eine Verbesserung der Lohnverhältnisse erkennen“, so ist das eitel Schönfärberei. Denn die geringe Lohnsteigerung wird zehnmal durch die allgemeine Geldentwertung ausgeglichen. Also ist die Lage der Zigarrenarbeiter effektiv nicht besser, sondern schlechter geworden.

Ein sehr lehrreiches Kapitel widmet der Bericht den ausländischen Arbeitern. Es waren nach der Betriebszählung vom Jahre 1907 23 872 Ausländer in badischen Betrieben beschäftigt, davon waren 19 000 Männer und 4863 Frauen; von 100 insgesamt beschäftigten Arbeitern waren 7,5 Reichsausländer.

Nach Gewerben gruppiert waren Ausländer beschäftigt:

im Baugewerbe	8880
in der Textilindustrie	5136
Industrie der Steine und Erden	3281

Die meisten lieferte uns Italien mit 14 249, entsprechend 60,4 Proz. aller ausländischen Arbeiter. In der Textilindustrie sind meist Frauen beschäftigt und von diesen entfallen auf je 100 Beschäftigte 32,0 Ausländerinnen.

Ueber die Lebenshaltung und über den Grund der Zuwanderung macht der Bericht sehr bemerkenswerte Ausführungen, die wir in ihrem wesentlichsten Teile hier folgen lassen:

„Slawische und italienische Arbeiter wenden sich dem deutschen Arbeitsmarkt nicht dauernd zu; sie wollen nur Geld sparen und wollen dann in ihre Heimat zurückkehren. In gewissen Zeitabständen, gewöhnlich im Winter, besuchen die Ausländer ihre Heimat. Zwar im fremden Lande lebend, bleiben die Ausländer mit ihrem Denken und Fühlen, mit ihrer ganzen Lebensweise in der Heimat, streng abgeschlossen von jedem, der kein Landsmann ist. Polen und Italiener, auch wenn sie schon seit mehreren Jahren in Deutschland arbeiten, eignen sich kaum die notwendigsten deutschen Worte an. Die strenge Abgeschlossenheit macht eine Aufnahme deutscher Kulturelemente unmöglich.“

Der Begriff der Reinlichkeit ist und bleibt bei den romanischen und namentlich bei den slawischen Arbeitern nach unseren Begriffen unentwidel; die Wahrscheinlichkeiten der Betriebe erfreuen sich bei ihnen zumeist keiner besonderen Beliebtheit; diese Darbietungen werden nur selten regelmäßig benützt. Da sie nicht unter Volksschulzwang aufgewachsen sind, können die meisten höchstens ihren eigenen Namen schreiben, und auch dies geht schwer genug. An allen sozialen Einrichtungen gehen sie meist achlos vorüber. Daß sie mit deutschen Arbeitern organisiert sind, konnte nur selten festgestellt werden; doch finden sich Organisierte z. B. unter den Steindrechern und Steinhufern. In Mannheim haben sich die Polen in Vereine zusammengeschlossen, die Geselligkeit und Körperübungen pflegen.“

Die ganze Aufmerksamkeit ist auf Geld verdienen gerichtet; an Zahltagen kommt es nicht selten zu unheimlichen Auftritten, nicht weil die Arbeiter Bedenken gegen Einzelheiten der Lohnberechnung haben, denn diese nachsprüchen sind sie gar nicht in der Lage, sondern weil sie hartnäckig erklären, sie wollten mehr Geld, was ihnen ausbezahlt werde, sei zu wenig. Mit dem Verdienste verfahren sie so sparsam als möglich; sie gönnen sich kein Vergnügen, das Geld kauft; ihre Nüchternheit verbietet Ausgaben für geistige Getränke. Nach Abzug eines Taschengeldes wird der Verdienst sofort in die Heimat geschickt, wie es z. B. in den Mannheimer Großbetrieben üblich ist, bei der Fabrikparolasse zur Verzinsung angelegt.

Roch ein gemeinsamer Zug ist allen diesen Arbeitern eigen: das Bedürfnis, sich religiös zu betätigen. Je nach dem Heimatland gehören sie der römisch-katholischen oder der griechisch-katholischen Kirche an und nehmen regelmäßig an dem katholischen Gottesdienste der deutschen Kirchengemeinde teil. Selbst beim Geldverdienen schieben sie religiöse Bedenken nicht beiseite. So können in einer großen Zellstofffabrik die Polen kaum zu Sonntagsarbeiten veranlaßt werden, obgleich die Firma Lohnzuschläge bis zu hundert Prozent gewährt.“

Ueber die Tätigkeit der italienischen Regierung bezüglich der Arbeiterinnen heißt es im Bericht:

„Die italienische Regierung wendet den Verhältnissen der im Ausland arbeitenden Landestöchter große Aufmerksamkeit zu. Nach den Normen des Auswanderungsgesetzes vom 31. Januar 1901 sollen die italienischen Konsulate den zur Einführung von Arbeiterinnen notwendigen Erlaubnisbescheinigungen erteilen, wenn die Gewerbetreibenden sich verpflichten, den Italienerinnen dieselben Löhne zu zahlen wie den einheimischen Arbeiterinnen und keine Anwerbungen in Italien zu machen, wenn bei ihnen ein Streit ausgebrochen ist oder ausbrechen droht. Zur Verstärkung des den Arbeiterinnen in sittlicher und wirtschaftlicher Hinsicht zu gewährenden Schutzes erweiterte das italienische Auswanderungskommissariat demnach die Anweisung der italienischen Behörden im In- und Auslande dahin, daß der Erlaubnisbescheinigung nur zu erteilen sei, wenn folgende Bedingungen erfüllt werden: Vor der Abreise ist den Angehörigen oder ihren Eltern ein vollständiger Arbeitsvertrag vorzulegen, aus dem hervorgehen muß: Dauer des Vertrages und der täglichen Arbeitszeit; garantierter Mindestlohn sowie Lohn für etwaige Ueberstunden; Lohnzahlungsfrist und Abzüge für Versicherung; Unterkunftsbedingungen und Kosten für Verpflegung; Befugnis des italienischen Konsuls und des Auswanderungsinspektors, jederzeit die Arbeits- und Unterkunftsbedingungen der italienischen Arbeiterinnen zu besichtigen; eine Bestimmung über die Schlichtung von Streitigkeiten. Des weiteren bestimmt das italienische Auswanderungskommissariat, daß die Löhne der italienischen Arbeiterinnen nicht hinter den für die betreffende Branche und Gegend üblichen Durchschnittslöhnen zurückbleiben dürfen.“

Das für Baden zuständige Italienische Generalkonsulat in Mannheim entwarf auf Grund der erlassenen Bestimmungen Normen, die es den Gewerbetreibenden ermöglichen, ihre Verträge so zu gestalten, daß sie sich zur Vorlage an das italienische Ministerium eignen.“

Die an Hand dieser Normen abgeänderten Arbeitsverträge haben, wie aus einer Anzahl von Verträgen in der Textilindustrie erhellt, im wesentlichen folgenden Inhalt: Die Vertragsdauer ist auf ein Jahr bemessen; der garantierte Mindestlohn für die Arbeitsstunde beträgt 18 1/2 und 14 Pf. für Untersechsjährige, 16, 16 1/2 und 17 Pf. für Uebersechsjährige; der Arbeitgeber berechnet für Kost und Unterkunft täglich 50, 60, 65, 70 Pf.; bei Vertragsbruch erhebt der Unternehmer — zum Teil im Gegensaß zu früher — keinen Anspruch auf Rückvergütung der von ihm verursachten Kosten der Reise zur Vertriebsstätte; der Gewerbeunternehmer zahlt die Rückreisefkosten bei Arbeitsunfähigkeit durch Erkrankung oder infolge anderer vom Willen unabhängiger Umstände, bei Entlassung vor Ablauf des Vertrages wegen Betriebseinschränkung oder wegen

*) Dies sind die Anfangslöhne für ungelübte Arbeiterinnen; nach einiger Zeit erhalten die Arbeiterinnen Stücklohn, der — je nach Geschicklichkeit — höheren Verdienst bringt.

mehr als achtstägiger Betriebsunterbrechung; bei Vertragsbruch verfällt ein Wochenlohn; bei Arbeitsfreitigkeiten entscheidet der Generalkonsul endgültig.

Die weiße Fürsorge, welche die italienische Regierung den Landestöchtern dadurch zuwendet, daß sie deren Gleichstellung mit den im Beschäftigungsland einheimischen Arbeiterinnen fördert, kommt unmittelbar auch letzteren zugute, indem sie den Lohnbruch, die üble Begleiterscheinung der Einwanderung fremder Arbeitskräfte, zumal kulturell zurückgebliebener, möglichst auszuschließen sucht.“

Die Bedingung, daß den italienischen Arbeiterinnen kein niedrigerer Lohn gezahlt werden soll als den einheimischen, ist eine wertlose Dekoration. Denn ganz abgesehen von der wichtigen Frage, wer die Kontrolle übt, ist allgemein bekannt, daß in den hier in Betracht kommenden Fabriken fast nur Ausländerinnen beschäftigt sind, ein Vergleich mit den Löhnen der Einheimischen schwer zu ziehen ist.

Was hier von Italienern und Galiziern gesagt ist, trifft auch im wesentlichen auf deutsche Arbeiter zu, die aus ländlichen abgelegenen Gegenden in den Fabriken ihren Lebensunterhalt verdienen. In den Textilfabriken Dürens im Rheinland werden die Arbeiter und Arbeiterinnen, die aus dem Eisengebirge zur Wochenschieft kommen, genau so behandelt wie die Italiener und Galizier von den badischen Fabrikanten. Auch die künstliche Abschließung besteht, die bei den der deutschen Sprache nicht mächtigen Fremden allerdings leichter und länger durchgeführt werden kann.

Gerichts-Zeitung.

Zur Ehrenrettung eines Polizeiwachmeisters

hat die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt gegen ein schöffengerichtliches Urteil, welches den Willethändler Gänther von der Anklage, dem Polizeiwachmeister Fleischmann bei einer Sifstierung Widerstand geleistet zu haben, frei gesprochen hat.

Gestern fand die Berufungsverhandlung vor der fünften Strafkammer des Landgerichts I statt. Sie ergab im wesentlichen denselben Sachverhalt, den wir am 25. Oktober auf Grund der Schöffengerichtsverhandlung mitgeteilt hatten. In einem Vierlötal nahe am Zirkus Wulch hielten sich mehrere Willethändler auf, unter ihnen befand sich Gänther. Polizeiwachmeister Fleischmann, der den Willethändler vor dem Zirkus zu beobachten hatte, betrat das Lokal und schritt zur Sifstierung Gänthers, der ihm als Verkäufer eines Zirkusbilletts begegnen worden war. Nach übereinstimmender Angabe mehrerer Augenzeugen hat Fleischmann den Angeklagten Gänther ohne weiteres am Stragen gepackt, zur Tür geföhrt und als er mit Gänther hinter einem Schutzbordung an der Ausgangstür angelangt war, hat er ihn mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Nachdem Fleischmann mit Gänther auf die Straße getreten war, zog Fleischmann den Säbel, steckte ihn aber, ohne geföhrt zu haben, wieder ein. Als Veranlassung des Säbelziehens gibt Kriminalschutzmänn Hagens an, Gänther habe sich von dem ihn festhaltenden Fleischmann losgerissen. Davon hat jedoch keiner der übrigen Zeugen etwas bemerkt. Keiner von ihnen hat gesehen, daß Gänther auch nur den Versuch gemacht hätte, dem Beamten Widerstand zu leisten. Gänther selbst erklärt, er habe den Wachmeister wiederholt ersucht, ihn loszulassen, da er ruhig mitgehen wolle. — Nun wurde Gänther, immer von Fleischmann festgehalten, nach der Wache am Mondjoulplatz geföhrt. Kurz vor der Wache rief jemand aus der nachfolgenden Menge: — „Es soll der Kriminalschutzmänn Brahm getoeten sein —; Fleischmann solle Gänther loslassen, denn er sei gar nicht der Verkäufer des fraglichen Biletts. Auf diesen Ruf drehte sich Gänther um. In demselben Augenblick zog Wachmeister Fleischmann den Säbel und schlug Gänther mehrmals über den Kopf. — Fleischmann behauptet, er sei hierzu veranlaßt worden durch das Verhalten Gänthers, der sich plötzlich losgerissen habe und mit den Worten: „Sie dumme Kerl, Ihnen renne ich in die Erde“ zum Angriff auf ihn, den Wachmeister, losgegangen sei. Mit dieser Darstellung steht Fleischmann aber ganz allein da. Keiner von den übrigen Augenzeugen des Vorfalls hat eine Angriffsbewegung Gänthers bemerkt. Selbst der in unmittelbarer Nähe befindliche Kriminalschutzmänn Brahm hat nur gesehen, daß Fleischmann mit dem Säbel schlug, er weiß aber nicht, was ihn dazu veranlaßte. Jedenfalls hat auch Brahm nichts von einem Widerstand Gänthers oder gar von einem Angriff auf Fleischmann bemerkt.

Während also eine ganze Reihe von Zeugen unberechtigte Angriffe des Wachmeisters Fleischmann auf Gänther, aber nichts von einem Widerstande des letzteren gegen den ersteren gesehen haben, ist Wachmeister Fleischmann — der an dem Vorgange persönlich lebhaft interessierte Zeuge — der einzige, der behauptet, Gänther habe sich des Widerstandes schuldig gemacht und sei von ihm zur Abwehr eines Angriffes mit dem Säbel geföhrt. Das Schöffengericht war deshalb mit vollem Recht zu der Ansicht gekommen, daß die Aussage dieses Zeugen, die sich selbst mit seinen eigenen Kollegen in mancher Hinsicht in Widerspruch befindet, nicht ausreichte, um den Angeklagten zu verurteilen.

Vor der Strafkammer wurden auch durch den Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn, verschiedene Beweise dafür erbracht, daß Wachmeister Fleischmann wohl kann in der Lage ist, einen Vorfall der gedachten Art richtig zu beobachten und zutreffend wiederzugeben. Fleischmann gibt selbst zu, daß er gegen die Willethändler scharf vorgeht. Durch andere Zeugen wurden einige Momente des scharfen Vorgehens bekundet. So gab ein Willethändler an, daß ihn Fleischmann wenige Tage vor dem in Rede stehenden Vorgange mit blankem Säbel vom Zirkus Wulch bis an die Neue Friedrichstraße verfolgt habe. Ein junger Mann, der im Zirkus mit Schokolade handelt und am fraglichen Tage vor dem Zirkus auf Einlaß wartete, ist von Fleischmann als ein Willethändler angesehen und sifstiert worden, dabei hat ihn — so gab der junge Mann an — Fleischmann auf die Föhle gestoßen und mit Föhlen gestochen. Der Angeklagte Gänther gab an, auf dem Wege nach der Wache habe Fleischmann zu ihm gesagt: „Sie Halunke, wenn ich die Nacht dazu hätte, würde ich Sie ins Zuchthaus bringen“. Alles das spricht dafür, daß Fleischmanns Beobachtungen durch hochgradige Aufregung getrübt sein müssen. — Das Vorgehen gegen die Willethändler stößt die Polizei im vorliegenden Falle darauf, daß der Verkauf während der Sonntagsruhe statigefunden haben soll.

Der Staatsanwalt beantragte unter Hinweis auf das Zeugnis Fleischmanns eine Geldstrafe von 80 Mark wegen Widerstandes.

Der Verteidiger ging davon aus, daß die Sifstierung des Angeklagten an sich unberechtigt war, eine berechtigte Amtsausübung demnach nicht vorliege und ein etwaiger Widerstand gegen dieselbe nicht strafbar sei. Aber der Angeklagte habe gar keinen Widerstand geleistet. Die Angaben Fleischmanns könnten nicht als objektiv wahr angesehen werden. Wie in erster Instanz, so müsse der Angeklagte auch hier freigesprochen werden.

Das Gericht ging noch über den Antrag des Staatsanwalts hinaus. Es verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 50 Mark. Das Urteil stößt sich — wie in der Begründung ge-

sagt wurde — nur auf die Aussage Fleischmanns. Aber — so hieß es weiter — diese genügt. Das Gericht hielt es für ausgeschlossen, daß der Beamte mit dem Säbel zuschlagen würde, wenn der Siftierte nicht Widerstand geleistet hätte.

Alle Achtung vor dem starken Vertrauen des Gerichts in die Glaubwürdigkeit eines Polizeibeamten, dessen Angabe die Aussagen von acht bis zehn Zeugen gegenüberstehen. Aber daß die Säbeldiebe, die ein Schutzmännchen austeilt, beweisen sollen, er habe Grund gehabt zu schlagen, das ist denn doch ein starkes Stück, nachdem im Roabiter Prozeß so viele Fälle festgestellt worden sind, wo Schutzleute ohne jede Veranlassung Personen beschimpft, mißhandelt, mit Säbeln und Knüppeln geschlagen haben.

Der nächtliche Einbrecherkampf in der Wannseevilla.

Der nächtliche Einbrecherkampf in der Pringsheim'schen Villa in Wannsee beschäftigte gestern das Potsdamer Schwurgericht. Wegen versuchten Totschlags an dem Gendarmenwachmeister Werbach hatte sich der Hausdiener Franz Doubed zu verantworten. Doubed war am 14. Dezember mit dem Kellner Leonhard Lübenburg in die Pringsheim'sche Villa eingedrungen. Ein Lichtschein aber hatte die beiden Einbrecher verraten, und der Sohn des zur Villa gehörigen Gärtners Arndt hatte sofort die Polizei verständigt. Doubed und Lübenburg aber, die nicht ahnten, was inzwischen vorging, hausten in den Zimmern der Villa wie Banditen, schnitten die wertvollen Bilder aus den Rahmen und ordneten ihre Beute in mehreren Bündeln. Als erster Polizei-

Beamter erschien Werbach am Tatort und forderte die heißen Diebe auf, sich zu ergeben. Doubed und Lübenburg aber zogen ihre Leuchtschein und feuerten einen Schuß auf den Gendarmenwachmeister ab. Mehrere Schrotkörner durchbohrten seinen Mantel und beschädigten seinen Koppelgurt und seine Revolvertasche. Nunmehr griff auch Werbach zu seiner Dienstwaffe. Er feuerte nach der Richtung, in der er die Einbrecher vermutete, jedoch ohne zu treffen. Durch die Schüsse war auch die weitere Umgebung der Villa auf die Vorgänge aufmerksam gemacht worden und eine Verstärkung von mehr als 20 Gendarmen war herangerückt. Ein Polizeiergeant forderte die Einbrecher nochmals zur Uebergabe auf, indem er mit lauter Stimme rief: „Wer hier ist ergebe sich, die Villa ist umstellt, eine Flucht ist ausgeschlossen.“ Aber er erhielt keine Antwort. Nur ein Schuß wurde noch gehört und dann war alles still geworden. Beim Durchsuchen fand man in dem Kampfzimmer den Kellner Lübenburg mit einer schweren Schußwunde im Kopf, und ein Herbeigeholter Arzt konnte nur noch den inzwischen eingetretenen Tod feststellen.

Den zweiten Verbrecher, den heutigen Angeklagten Doubed, fand man nach längerem Suchen platt auf dem Dach der Villa liegen. Er rief seinen Verfolgern zu: „Herr Wachmeister, ich habe schon beide Hände hoch!“, ergab sich sofort und wurde gefesselt abgeführt. Der erschöpfte Lübenburg war trotz seiner Jugend bereits wegen Einbruchdiebstahls mit einem Jahr Gefängnis bestraft und war in Einbrecherkreisen unter dem Namen Rasleff bekannt. In seinen Taschen fand man das folgende Gedicht:

„Hier hausten Rasleff und Kannen,
Die heißen großen Unbekannten.“

Wir tranken alle Köben auf,
Mit geladenen Revolvern zum Schuß und Flintenlauf.
Wir nahmen alles mit, was war,
Und verkauften es in Berlin gegen Bar.
Das Essen verschafften wir uns auf andere Art:
Wir gingen auf die Schrippenfahrt.“

Unter dem Namen „Kannen“ war sein Komplize zu verstehen, über dessen Personalien lange ein mysteriöses Dunkel herrschte. Erst nach vielen Mühen konnte festgestellt werden, daß man es nicht mit einem gewissen Peter Kozlowitsch zu tun hatte, wie er sich zuerst nannte, sondern mit dem Hausdiener Franz Doubed, der am 10. März 1893 in der Prager Vorstadt Chdow geboren ist und erst 14 Tage vor dem Einbruch nach Berlin gekommen war, wo er sich dem aus Ratibor gebürtigen Lübenburg zur gemeinsamen Ausführung von Einbrüchen angeschlossen hatte. Neben dem Einbruch in der Pringsheim'schen Villa kommen sie auch für den dreifachen Heberoll in dem am Schlachtensee liegenden Sanatorium des Rabbiners Dr. Stein in Betracht. Sie waren auch dort nachts eingestiegen und in das Zimmer eines Patienten eingebrungen, dem sie mit vorgehaltenen Revolvern zuriefen: „Danke hoch!“ Sie hätten sich zweifellos auch an den übrigen Zuffassen des Sanatoriums vergriffen, wenn sie nicht durch einen Wärter gestört worden wären. Ein kleines Gartenhäuschen an der Krümmen Lanke diente den Verbrechern als Schlupfwinkel. Die Verhandlung gegen Doubed endete nach mehreren Stunden mit der Verurteilung wegen versuchten schweren Diebstahls im Rückfall und wegen versuchten Totschlags zu 6 Jahren Zuchthaus, 6 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

MAGGI'S Suppen sind die besten!



Mehr als 30 Sorten.

Jede Sorte hat ihren natürlichen Eigengeschmack.
Man verlange ausdrücklich **MAGGI'S** Suppen.

„Für den Magen ist nur das Beste gut genug!“

Paul Schiller
Frida Schiller geb. Schulz
Vermählte. 1949L.
Charlottenburg, 12. Februar 1912.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratisch. Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Görlitzer Viertel.
(Bezirk 104).

Den Mitgliefern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Vater
Oskar Fleischer
(Rudowstr. 42)
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Mittwoch,
nachmittags 4 Uhr, von der Halle
des Zentral-Friedhofes in Fried-
richsfelde aus statt. 213/3
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der Maler,
lackierer, Anstreicher usw.
Filiale Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Oskar Fleischer
(Bezirk Südost)
am 8. Februar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 14. d. Mts., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
129/7 Die Ortsverwaltung.

Am Sonntag, den 11. Februar,
vormittags 11^{1/2} Uhr, verschied
nach langem, qualvollen Leiden
mein innigstgeliebter Mann, unser
trauernder Vater, Sohn, Bruder,
Schwager, Onkel, Schwieger- und
Großvater, der Stiefvater und
Gehilft

Otto Großkopf
Raiserin-Augusta-Allee 57
im 48. Lebensjahre.
Um stilles Beileid bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet morgen
Mittwoch, den 14. Februar, nach-
mittags 2^{1/2} Uhr, von der Leichen-
halle des Friedhofes der Luisen-
Gemeinde am Fürstendammer Weg
aus statt. 19482

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Metall-
arbeiter

Wilhelm Steiner
am 10. Februar an Brustfell-
entzündung gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 13. Februar, nach-
mittags 3^{1/2} Uhr, von der Leichen-
halle des Heilands-Kirchhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Ferner starb unser Mitglied,
der Schlosser

Karl Seifert
am 10. Februar.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 14. Februar, nach-
mittags 2^{1/2} Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
112/7 Die Ortsverwaltung

Verband der Sattler und
Portefeuller, Ortsverwaltung
Berlin.

Den Kollegen hiermit zur Nach-
richt, daß unser Mitglied, der
Galanteriearbeiter
Ott Spruth
(Berksstr. 8. Westn)
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 14. d. Mts., nach-
mittags 4^{1/2} Uhr, von der Leichen-
halle des Thomas-Kirchhofes in
Reinickstr., Hermannstr., aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
156/5 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die zahlreiche Beteiligung und
lebenstollen Kranzspenden bei der Be-
erdigung meines lieben Mannes und
unseres guten Vaters sagen wir allen
Verwandten, Bekannten und Ge-
nossen, sowie Herrn Schütte für die
treffliche Rede unseren innigsten
Dank.
Wwe. Berta Wenke
nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die rege Teilnahme bei der
Beerdigung unseres unergelichten
Sohnes und Bruders sagen wir
allen Freunden und Bekannten, sowie
dem 62. Bezirk des 6. Berliner
Reichstagswahlkreises, dem Personal
der Firma Matthies und den Gästen
unseres Lokals unseren herzlichsten
Dank. 19482
Die trauernden Hinterbliebenen
Heinrich Härtner
nebst Frau und Tochter.

Deutscher Transportarbeiter-
Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Bier-
fahrer
August Voigt
am 10. d. Mts. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 14. Februar, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Kirdorfer Gemeinde-
friedhofes, Mariendorfer Weg,
aus statt. 61/20 Die Bezirksverwaltung.

Am Freitag, den 9. d. Mts.,
nachmittags, 9^{1/2} Uhr, unser Freund und
Kollege, der Chauffeur
Felix Borchert
als Opfer seines Berufs tödlich
verunglückt. 29426
Ehre seinem Andenken!
Die organisierten Kollegen der
Neuen Automobil-Gesellschaft.
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, nachmittags 3^{1/2} Uhr,
von der Leichenhalle des Georgen-
Kirchhofes, Landsberger Allee, aus
statt.

Verband der Kupferschmiede
Deutschlands.
Filiale Berlin.
Am 10. Februar verstarb unser
Kollege

Albert Tiede
im Alter von 36 Jahren an
Lungenentzündung.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 14. d. Mts., nach-
mittags 4^{1/2} Uhr, von der Halle des
städtischen Friedhofes, Friedrichs-
felde aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Der Filialvorstand.

Sonntag, den 11. d. Mts.,
mittags 12 Uhr, entschlief nach
schweren Leiden meine innigst-
geliebte Frau, unsere gute Mutter
Rosa Jostan
geb. Spiels.
Dieses seligen Heißbetäubt an der
trauernden Witte 19502
Adolf Jostan nebst Kindern.
Die Beerdigung findet Mittwoch,
den 14. Februar, nachmittags 1 Uhr,
vom Trauerhaus, Sidingenstr. 66,
aus nach dem städtischen Friedhof
in der Seefraße statt.

Deutscher
Buchbinder-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern die traurige
Mitteilung, daß unser Kollege
die Galanteriearbeiterin
Margarete Buchholz
am 8. Februar verstorben ist.
Wir werden ihr Andenken in
Ehren halten.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 13. Februar,
nachmittags 1^{1/2} Uhr, auf dem
Heiligengeistkirchhof in Mariendorf
statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
23/10 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die zahlreichen Beweise liebe-
voller Teilnahme beim Heimgange
meines lieben Mannes, unseres guten
Vaters, des Tischlermeisters
August Schulz
sagen wir hierdurch allen unseren
herzlichsten Dank. 29416
Witwe Auguste Schulz nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die zahlreiche Beteiligung und
die überaus reichen Kranzspenden bei
der Beerdigung meines lieben Mannes,
Vater- und Schwiegeraters und
Onkels sage ich allen Teilnehmern,
insbesondere den Kaufmanns „Tabak
zur Wache“ und „Edles Kraut“,
Galanterie-Großhandel, dem Gemeinde-
und Staatsarbeiter-Verband sowie
dem sozialdemokratischen Wahlverein
zu Charlottenburg meinen herzlichsten
Dank. 19472
Witwe Bertha Schmidt
geb. Schöneberg.

Dankfagung.
Für die zahlreiche Beteiligung und
reichen Kranzspenden bei der Be-
erdigung meiner lieben Frau sage ich
allen Beteiligten sowie dem Deutschen
Buchbinderverband meinen innigsten
Dank.
Max Dameck
nebst Tochter.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4
Schallplatten
Verleih-Institut.
Auch nach auswärt. Prosp. gratis.
Karl Borbs, Berlin 69
Neue Königstrasse 35.
Esel, jetzt große Auswahl! Gebbers,
Wiesenburg (Mark). 23/18

Greifenhagen
Brunnenstr. Veteranenstr.
Taga **35** Tage
Pf.
1a Spisekartoffeln 10 Pfund 50 Pf.

Rosenthaler Hof, Inhaber: **Otto Schilling.**
Rosenthalerstr. 11/12.
Säle im Theaterbühne, 150-400 Berl., 9 Beheizungsraum, 2 Regalbahnen
an Gemerkschaften und Vereine unter kulantesten Bedingungen zu vergeben.
Sonntags und Sonntage noch frei. — Ami Norden Nr. 2488.

Zur
Einsegnung!
Anzüge
aus schwarzen
Kammgarnstoffen
14, 17, 19, 21
25, 28, 40 M.
Anzüge
aus dunkelblauen
Cheviotstoffen
16, 18, 20, 24
28, 32, 36⁶⁰ M.
Prüfungs-Anzüge in größter Auswahl.
M. Schulmeister
BERLIN SO. 26, Dresdenerstr. 4
Sonntags Verkauf nur von 12-2 Uhr.

Orts-Krankenkasse der Schmiede und verwandten Gewerbe.
 Am Mittwoch, den 21. Februar 1912, findet im Lokal von Frölich, Studauer Str. 1, die Wahl der Delegierten für 1912 statt.
 1. Abends 6 Uhr: Wahl von 19 Delegierten seitens der Arbeitnehmer.
 2. Abends 8 Uhr: Wahl von 9 Delegierten seitens der Arbeitgeber.
 Wahlberechtigt und wählbar sind nur die großjährigen Mitglieder.
Der Vorstand.
 Ad. Pilgrim, Vorsitzender.

Engelhardt
Caramel
Bier



alkoholarm, ärztlich empfohlen
 Diätetisches Gesundheitsbier
 Flasche 10 Pf. Ueberall käuflich.

Oskar Wollburg
Trauer-Magazin
 Berlin N., Brunnenstraße 56.
 Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden. Änderungen sofort.

Haut- u. Harn-
 leiden, Ehrlich-Mala, Schäden d. Quecksilb. — Konsultation frei! Blutuntersuch., Fäden im Harn, etc. !! Teilzahlung gestattet!!
Dr. Homeyer Friedrichstr. 189 a.d. Hochb. Spr. 9-2,4-8, Sonnt. 11-12.

H. Pfau, Bandagist
 Berlin Direksenstraße 20
 zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt. Kat. 3208.
 Für Damen Frauen-Bedienung. *
 Lieferant für alle Krankenkassen.
 Abonnement erhält. 10% Rabatt.

Pollmanns
Bandagen-
 Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummwaren etc. Berlin N., Rothringstr. 60. Lieferant für Krankenkassen. Eigene Werkstatt.

Den „Vorwärts“-Lesern gewähre Rabatt.
Inventur-Verkauf!
 Gelegenheitskauf! Schwere **Schlafdecken** St. 3⁵⁰, 4⁵⁰, 5⁰⁰, 6⁰⁰ M.
Pferdedecken! St. 2⁵⁰, 3⁵⁰, 4⁵⁰, 5⁵⁰ M.
 für dicke **fries** Portieren alle Farben
 Meter 1,75, 2,50 bis 4,50. Abgip. Friesmünteil 2,25-8 M. Versand unter Nachnahme.

Emil Lefèvre
 Berlin S., Oranienstr. 158.
Inventur-Extralist
 enorm billiger Sonderangebote gratis u. franko.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Engelauer No. 14/15. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Tel.: Moritzplatz 2382, 4747.

Mittwoch, den 6. März, abends 8^{1/2} Uhr:

Ordentl. General-Versammlung

in Kellers Neue Philharmonie, Köpenicker Straße 96-97.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen. 2. Jahresbericht: a) des Vorsitzenden, b) des Kassierers, c) des Arbeitsvermittlers, d) des Bibliothekars. 3. Neuwahl der Bezirksverwaltung und der Revisionskommission. 4. Anträge. 5. Geschäftliches.

Die gewählten Delegierten sind hierzu freundlichst eingeladen.

Legitimationskarte sowie Mitgliedsbuch sind mitzubringen und zwecks Kontrolle am Eingang zur Versammlung vorzuzeigen.

Ohne Karte und Buch kein Zutritt!

Wer über acht Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, hat ebenfalls keinen Zutritt.

NB. Die allgemeine Funktionärerversammlung findet am Donnerstag, den 22. Februar, in den Andreas-Gefällen, Andreasstr. 21, statt. Die Bezirksverwaltung. J. K.: H. Werner.

Stoffe Verein Frauenwohl Groß-Berlin.

Mittwoch, den 21. Februar, abends 8^{1/2} Uhr:

Öffentliche Versammlung

in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58.

Vortrag von Dr. Maurenbrecher über:

Die sittlichen Grundlagen der Kolonialpolitik.

Diskussion.

J. K.: Minna Gauer, Vorsitzende, Borniser Str. 5.

Glumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Palmona

(Pflanzen-Butter-Margarine)

ist von feinsten Süßrahmbutter durchaus nicht zu unterscheiden. Wer das nicht glauben will, streiche sich ein Palmona-Butterbrot und überzeuge sich selbst! Probieren geht über Studieren! Lassen Sie sich keine Nachahmungen aufdrängen!

Die dunkelste Ecke

wird taghell, wenn Sie auf Ihrer Lampe

Urania-Salonoel

brennen.

Wenn Sie die Sicherheit haben wollen, das seit Jahren rühmlichst bekannte

Urania-Salonoel

(der Name ist gesetzlich geschützt)

zu erhalten, dann fordern Sie beim Einkauf nicht nur „Salonoel“, denn unter dieser Bezeichnung wird sehr oft ein Gemisch mit billigeren Sorten verkauft.

Nur der volle Name

Urania-Salonoel

bietet Ihnen die Garantie, das unverfälschte amerikanische

Sicherheits-Petroleum

zu erhalten.

215/5*

Urania-Salonoel

bietet größtmögliche Sicherheit gegen Explosionsgefahr bei höchster Leuchtkraft. Keine Verwechslung mit österreichischem (galizischem) Petroleum.

Nebenstehendes Plakat bezeichnet die Verkaufsstellen.



Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft.

Jährlicher Umsatz von

3000
 Zentnern

Bettfedern

und Daunen

Erste Bettfedern-Fabrik

mit elektrischem Betriebe

Gustav Lustig

Berlin S 77, Prinzen-Strasse 46 u. 47

Die Firma führt nur

Bettfedern Daunen

zu 55 Pf., 1.-, 1²⁵, 1⁵⁰, 1⁷⁵, 2.-, 2²⁵, zu 2⁵⁰, 3⁵⁰, 4⁵⁰, 5.-, 2⁵⁰, 3.-, 3⁵⁰ bis 6.- Mark per Pfund. 6⁰⁰ bis 9.- M. per Pfd.

Fertige Betten,

bestehend aus Oberbett, Unterbett, 2 Kissen zu 2.-, 1⁵⁰, 2⁰⁰, 2⁵⁰, 3⁰⁰, 3⁵⁰, 4⁰⁰, 4⁵⁰, 5⁰⁰, 5⁵⁰, 6⁰⁰, 6⁵⁰, 7⁰⁰, 7⁵⁰, 8⁰⁰, 8⁵⁰, 9⁰⁰, 9⁵⁰, 10⁰⁰, 10⁵⁰, 11⁰⁰, 11⁵⁰, 12⁰⁰, 12⁵⁰, 13⁰⁰, 13⁵⁰, 14⁰⁰, 14⁵⁰, 15⁰⁰, 15⁵⁰, 16⁰⁰, 16⁵⁰, 17⁰⁰, 17⁵⁰, 18⁰⁰, 18⁵⁰, 19⁰⁰, 19⁵⁰, 20⁰⁰, 20⁵⁰, 21⁰⁰, 21⁵⁰, 22⁰⁰, 22⁵⁰, 23⁰⁰, 23⁵⁰, 24⁰⁰, 24⁵⁰, 25⁰⁰, 25⁵⁰, 26⁰⁰, 26⁵⁰, 27⁰⁰, 27⁵⁰, 28⁰⁰, 28⁵⁰, 29⁰⁰, 29⁵⁰, 30⁰⁰, 30⁵⁰, 31⁰⁰, 31⁵⁰, 32⁰⁰, 32⁵⁰, 33⁰⁰, 33⁵⁰, 34⁰⁰, 34⁵⁰, 35⁰⁰, 35⁵⁰, 36⁰⁰, 36⁵⁰, 37⁰⁰, 37⁵⁰, 38⁰⁰, 38⁵⁰, 39⁰⁰, 39⁵⁰, 40⁰⁰, 40⁵⁰, 41⁰⁰, 41⁵⁰, 42⁰⁰, 42⁵⁰, 43⁰⁰, 43⁵⁰, 44⁰⁰, 44⁵⁰, 45⁰⁰, 45⁵⁰, 46⁰⁰, 46⁵⁰, 47⁰⁰, 47⁵⁰, 48⁰⁰, 48⁵⁰, 49⁰⁰, 49⁵⁰, 50⁰⁰, 50⁵⁰, 51⁰⁰, 51⁵⁰, 52⁰⁰, 52⁵⁰, 53⁰⁰, 53⁵⁰, 54⁰⁰, 54⁵⁰, 55⁰⁰, 55⁵⁰, 56⁰⁰, 56⁵⁰, 57⁰⁰, 57⁵⁰, 58⁰⁰, 58⁵⁰, 59⁰⁰, 59⁵⁰, 60⁰⁰, 60⁵⁰, 61⁰⁰, 61⁵⁰, 62⁰⁰, 62⁵⁰, 63⁰⁰, 63⁵⁰, 64⁰⁰, 64⁵⁰, 65⁰⁰, 65⁵⁰, 66⁰⁰, 66⁵⁰, 67⁰⁰, 67⁵⁰, 68⁰⁰, 68⁵⁰, 69⁰⁰, 69⁵⁰, 70⁰⁰, 70⁵⁰, 71⁰⁰, 71⁵⁰, 72⁰⁰, 72⁵⁰, 73⁰⁰, 73⁵⁰, 74⁰⁰, 74⁵⁰, 75⁰⁰, 75⁵⁰, 76⁰⁰, 76⁵⁰, 77⁰⁰, 77⁵⁰, 78⁰⁰, 78⁵⁰, 79⁰⁰, 79⁵⁰, 80⁰⁰, 80⁵⁰, 81⁰⁰, 81⁵⁰, 82⁰⁰, 82⁵⁰, 83⁰⁰, 83⁵⁰, 84⁰⁰, 84⁵⁰, 85⁰⁰, 85⁵⁰, 86⁰⁰, 86⁵⁰, 87⁰⁰, 87⁵⁰, 88⁰⁰, 88⁵⁰, 89⁰⁰, 89⁵⁰, 90⁰⁰, 90⁵⁰, 91⁰⁰, 91⁵⁰, 92⁰⁰, 92⁵⁰, 93⁰⁰, 93⁵⁰, 94⁰⁰, 94⁵⁰, 95⁰⁰, 95⁵⁰, 96⁰⁰, 96⁵⁰, 97⁰⁰, 97⁵⁰, 98⁰⁰, 98⁵⁰, 99⁰⁰, 99⁵⁰, 100⁰⁰, 100⁵⁰.

Bettinlette und Bettartikel.

Reklame-Preise für

Metal-Bettstellen

nur gegen Vorzeigung des Inserats bis April und solange Vorrat reicht.



Nr. 1001

Mit Zugfeder-Matratze, schwarz oder weiss lackiert. 190 x 80 cm

M. 13.-



Nr. 92

Mit Zugfeder-Matratze, mit Messing-Verzierungen im Kopf- und Fußende, schwarz od. weiss lackiert. 190 x 90 cm. 20.50

M. 19.-



Nr. 631

Hochelegante Messing-Bettstelle

Mit Zugfeder-Matratze in Holzrahmen. 195 x 90 cm. M. 48⁰⁰

200 x 100 cm M. 55.-

Echt chinesische (gesetzlich geschützt)

Monopoldaunen

3-4 Pfund zum grossen Oberbett Pfund **2.85 M.**

Unstreitig grösstes Bettfedern-Spezial-Geschäft Deutschlands

Prellliste und Proben kostenfrei

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Kreis. Für die zweite Abteilung findet ein gemeinschaftlicher Jahrlabend mit einem Vortrag des Genossen F. Künster im Gewerkschaftshause, Saal 1, statt.

Ebenso findet für die achte Abteilung ein gemeinschaftlicher Jahrlabend mit Vortrag im Gewerkschaftshause, Saal 5, statt.

Der Vorstand.

Eichwalde. Heute Dienstag abend von 7 Uhr ab: wichtige Flugblattverbreitung von Witten „Waldfischchen“ aus. Kein Gesoffe darf fehlen.

Der Jahrlabend findet über den ganzen Bezirk gemeinsam in Neuthen am Mittwoch, den 14. d. M., vor der Generalversammlung statt.

Der Vorstand.

Königs-Wusterhausen, Deutsch-Wusterhausen, Wildau und Dohrenlehm. Mittwoch, den 14. d. M., in allen Bezirken: Jahrlabend. Stellungnahme zu den bevorstehenden Gemeindevahlen.

Der Vorstand.

Alt-Osternie. Mittwoch, den 14. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Genossen Petermann, Terrassen-Restaurant, Rudowier Straße 54: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Die letzte Reichstagswahl. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Aus der Armenverwaltung.

In der letzten Sitzung der Armenverwaltung wurden wieder neun Kommissionsvorsitzer bestätigt und eingeführt. Die sozialdemokratische Fraktion ist jetzt durch die Genossen Dupont, Ewald, Hünke und Rosenfeld vertreten.

Ueber die Lieferung von Naturalien durch Mitglieder von Armenkommissionen berichtete Genosse Hünke. Es werden durch die Vorsteher durchschnittlich jährlich für 100 000 M. an Milch, Fleisch, Brot usw. verschrieben; an den Lieferungen sind 143 Mitglieder beteiligt. Um unheimlichen Erörterungen vorzubeugen, wurde beschlossen, an dem bisherigen Robus festzuhalten und Mitglieder von Kommissionen zu den Lieferungen nicht zuzulassen. Die Kommissionen sollen erneut auf § 54 der Geschäftsabweisung hingewiesen werden.

Zu einer umfangreichen Debatte gab ein Antrag des Vorsitzenden Veranlassung, eine Armenpflegerin aufzufordern, ihr Amt niederzulegen, weil ihr Ehemann infolge Krankheit aus Wohltätigkeitsfonds unterstützt wurde. Unsere Genossen bekämpften den Antrag. Die Frau selbst sei nicht unterstützt, aber auch die Gewährung von Stützungsmitteln sei nicht als Armenunterstützung anzusehen. Vor allem habe jedoch die Armenverwaltung kein Recht, die Frau ihres Amtes zu entheben, dies könne nur durch die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag des Magistrats geschehen. Trotzdem stimmte die Mehrheit dem Antrage zu und dürfte sich die Stadtverordnetenversammlung noch mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen haben.

Den Kommissionsbericht über die schwarze Liste der Armenverwaltung erstattete Stadtrat Franz. Die Liste hat im Laufe der Jahre einen bedeutenden Umfang angenommen; über 500 Personen sind auf Veranlassung der Armenkommissionen, und zwar oftmals aus sehr kleinsten Gründen, eingetragen. Männer und Frauen im Alter von 20 bis 80 Jahren finden sich verzeichnet, denen die Unterstützung in offener Armenpflege verweigert wird; sie sollen, wenn sie in Not geraten sind und Ansprüche erheben, dem Obdach und Arbeitshaus in Mummelsburg überwiesen werden. Viele von ihnen werden schon 10 bis 15 Jahre in der Liste geführt. Als Gründe für diese Maßnahmen werden angeführt: Trunksucht, Arbeitsfaulheit, Prostitution, Betrug, unwahre Angaben, ungebührliches Benehmen gegenüber Kommissionsvorsitzern usw. Kamenlich die letzten beiden Punkte hatten der Kommission erhebliche Bedenken zur Aufnahme in die Liste gegeben. Es wurde darauf hingewiesen, daß viele Vorsteher außerordentlich empfindlich seien, wenn einmal ein Bedürfniger sein Gesuch nicht mit der gewünschten Untermwürdigkeit vorbringe und bei Ablehnung ein scharfes Wort gebrauche. Es sei notwendig, daß noch dieser Richtung hin eine gründliche Reinigung der Liste vorgenommen werden müsse. Neuaufnahmen sollen nur mit Zustimmung der von der Armenverwaltung eingesetzten Kommission erfolgen. Die Aufnahme erfolgt stets nur auf ein Jahr; danach hat eine Neuprüfung durch Armenkommission, Armenkreis- und Plenarkommission stattzufinden. Den in der Liste eingetragenen Personen darf ohne Genehmigung der Armenverwaltung keine Unterstützung erteilt werden. Die Kommissionsvorsitzer sollen aber verpflichtet sein, einen Schein für das Obdach auszustellen. Steht der Ehemann, der von seiner Familie getrennt lebt, in der Liste, so soll der Familie die Unterstützung nicht vorenthalten werden.

Die neuen Beschlässe bedeuten eine wesentliche Verbesserung des bisherigen Zustandes und fanden deshalb auch die Zustimmung unserer Genossen. In die eingesetzte Kommission wurde Genosse Ewald gewählt.

Die Berliner Stadthofe hat mit dem Ankauf von drei Zentralfriedhöfen in Stahnsdorf, Ahrensfelde und Mühlenbeck keine glänzenden Geschäfte gemacht. Der von Mühlenbeck ist, obgleich das Gelände schon vor Jahren gekauft worden ist, heute noch nicht eröffnet und wird vermutlich auch in den nächsten Jahren nicht eröffnet werden. Das Gelände liegt nämlich tief und steht häufig und stellenweise unter Wasser. Augenblicklich kann man dort in nächster Nähe wohl Robinfahren und Schiltschuhlaufen, nur keine Leichen bestatten. Außerdem fehlt es an jeder bequemen Verbindung nach Mühlenbeck. Man gelangt zehnmal schneller nach Potsdam als nach dem hinter Schilow gelegenen Mühlenbeck an der Heidekrautbahn nach Groß-Schönbeck. Es ist erklärlich, daß die Stadthofe mit ihren Zentralfriedhöfen keine Geschäfte machen können. Da soll nun die Stadt Berlin helfen, indem sie kleinen neuen Friedhöfe errichtet und den kirchlichen Friedhöfen alle „Rahleichen“ zuweist. Wir glauben sogar, daß in der Lage, in die das Konsistorium durch seine verfehlte Terranzipulationen sich selber gebracht hat, heute auch bereit wäre, selbst Dissidenten auf ihren Friedhöfen zu beerdigen, sofern für dieselben die entsprechenden Gebühren an die Kirchenstellen gezahlt werden. Vielleicht reserviert dann die Kirche den Dissidenten einen Platz am Jann, wo sie beigelegt werden.

Wir glauben nur, daß die Kirche die Meinung ohne die Dissidenten machen wird. Sie werden es sich bei Lebzeiten verbitten, auf den kirchlichen Friedhöfen beigelegt zu werden.

Das Verlangen der Kirchenbehörden an die Stadt Berlin, die kirchlichen Interessen durch Fortsetzung von Zahlleihen zu wahren, ist für die Kirche so charakteristisch, daß die Kirchenaustrittsbewegung dadurch nur neues zugkräftiges Material erhält.

Verzögerte Postbestellung durch Druckfehler. Eine Leserin schreibt uns: Kürzlich erhielt ich die erste Tagespost eine volle Stunde später als sonst, erst um 9 1/2 Uhr. Mein Briefträger ist ein außerordentlich sorgfältig arbeitender Beamter, also mußte die Sache einen Oalen haben. Es konnte festgelegt werden, daß eine Wutterfirma die ganze Nachbarschaft mit Druckfädeln überdeckt hatte, zu deren sofortiger Bestellung allerdings die gewöhnliche Postzeit nicht ausreichte. Unter dieser Papierflut, die zum größten Teil doch nur in den Papierkorb wandert, hatten also ganze Straßenviertel gleichmäßig zu liegen. Sollte es nicht angebracht sein, solche Druckfädelbriefe auf mehrere Bestellungen zu verteilen? Sie haben keine Elle, es ist daher ziemlich gleichgültig, wenn sie dem Adressaten ein paar Stunden später beahndigt werden. Die Post vermag ja

auch aus den offenen Sendungen leicht zu erfassen, daß es sich nur um eine ganz unwichtige Sache, um eine Geschäftskarte handelt.

Klammern vom Militärdienst. Es wird in Wiederholung der im Januar d. J. erfolgten öffentlichen Bekanntmachung noch einmal besonders in Erinnerung gebracht, daß Klammern (Anträge auf Zurückstellung bzw. Befreiung von der Aushebung in Berücksichtigung bürgerlicher Verhältnisse — § 32, 2a—g der deutschen Wehrordnung —) bezüglich aller Militärfähigen, auch der Einjährig-Freiwilligen, vor dem am 28. Februar d. J. beginnenden Musterungsgeschäft, spätestens aber im Musterungstermine bei den Ersatzkommissionen anzubringen sind.

Nach der Musterung angebrachte Klammern haben eine Berücksichtigung nur dann zu erwarten, wenn die Veranlassung zu denselben erst nach der Musterung entstanden ist.

Verkauf von schwedischem Rindfleisch. Durch den städtischen Verkaufsbemittler gelangte gestern morgen in der Zentralmarkthalle schwedisches Rindfleisch (100 geschlachtete Rinder) zum Verkauf. Der Preis betrug 40 bis 60 Pf. für das Pfund. Die Vorräte waren schnell geräumt.

Aus der Krankenhausverwaltung.

In der jüngsten Sitzung der Krankenhausdeputation wurde der von unseren Genossen gestellte Antrag, der Magistrat möge die Verstaatlichung des Viktoriahauses für Krankenpflege in Erwägung ziehen, einstimmig angenommen. Gegenwärtig sind im Virchow- und im Roobiter Krankenhaus städtische Schwestern beschäftigt, die in einer der beiden städtischen Schwesternschulen ausgebildet sind. In absehbarer Zeit wird eine größere Anzahl städtischer Schwestern auch für die anderen städtischen Anstalten zur Verfügung stehen, in denen Viktoriaschwester tätig sind. Ein Nebeneinanderwirken von städtischen und Viktoriaschwester ist nach den Satzungen des Viktoriahauses nicht statthaft. Andererseits übernimmt die Stadt für die in ihren Schulen ausgebildeten Schwestern eine Verpflichtung sie zu beschäftigen. Diese Erwägungen müßten den Gedanken der Verstaatlichung nahelegen.

In derselben Sitzung wurde eine Statistik vorgelegt, die feinerzeit von unseren Genossen beantragt war und alle Genesende, Leichtkranke, Sieche und Chronisch-Kranke für die Zeit vom 1. Mai 1910 bis 30. April 1911 umfaßt. Es sollte der Beweis erbracht werden, daß die städtischen Krankenhäuser mit Kranken belegt sind, die von Rechtswegen dort nicht hingehören, wenn nur den Krankenhäusern Anstalten zur Verfügung ständen, in welche die Kranken unmittelbar überwiesen werden könnten, wie die Genesenden und die Siechen. Chronisch-Kranke gehören in eine Pflegestätte für Tuberkulose; Leichtkranke sind Kranke, die nach der Art ihrer Krankheit eine Behandlung und Pflege in einem allgemeinen städtischen Krankenhaus nicht bedürfen, zurzeit aber mangels einer anderen zu ihrer Unterbringung geeigneten Anstalt aufgenommen werden müssen. Es handelt sich um rund 27 Proz. aller Kranken, die besser in Heimstätten, Siedeanstalten, Lungenheilstätten usw. untergebracht wären. Schwerkranken werden dadurch Betten entzogen. Der Magistrat ist nunmehr ersucht worden, mit tunlichster Beschleunigung Einrichtungen zur Aufnahme der oben genannten Kranken zu schaffen und die vorhandenen Einrichtungen dieser Art auszubauen.

Familien-drama in Charlottenburg. Eine erschütternde Familien-tragödie hat sich gestern vormittag kurz nach 11 Uhr in Charlottenburg abgegespielt. In dem Hause am Horstweg 24 erhob der 38 Jahre alte Schuttmann Karl Weech seine um einige Jahre jüngere Ehefrau und tötete sich dann selbst durch einen Schuß in die Schläfe. Das Motiv der Tat ist in ehelichen Zwistigkeiten zu suchen.

Weech, der seit mehreren Jahren bei der Schuttmannschaft in Charlottenburg tätig war, lebte in letzter Zeit von seiner Frau getrennt, da er den Verdacht hatte, daß seine Frau mit einem anderen Manne ein Liebesverhältnis unterhalte. Die Frau verfaß zuletzt eine Aufwartestelle. Gestern morgen hat sie Weech unter einem harmlosen Vorwand nach seiner Wohnung am Horstweg 24 bestellt. Die Frau erschien auch, und als sie kaum die Korridortür geschlossen hatte, richtete der Mann einen Revolver gegen sie. Es fielen kurz hintereinander drei Schüsse. Die ersten beiden Kugeln drangen der Frau in den Kopf und führten den sofortigen Tod herbei. Durch den dritten Schuß hatte sich Weech selbst getötet. Die beiden Leichen wurden von der Revolverpolizei beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Ein gewerbmäßiger Kautions-schwindler wurde von der Kriminal-polizei wieder unschädlich gemacht. Ein früherer Buchhalter Richard Müncheberg, der wegen Kautions-schwindels schon wiederholt bestraft ist, wurde im Juli vorigen Jahres nach Verbüßung seiner letzten Strafe aus dem Gefängnis entlassen. Er fand Beschäftigung in einem Nachrichtenbureau, das Geschäftsleute mit Zeitungsaus-schnitten, die für sie Wert haben, versieht. Nachdem er sich einige Kenntnisse auf diesem Gebiete erworben hatte, beschloß Müncheberg sich selbstständig zu machen und mit seinem bisherigen Arbeitgeber in Wettbewerb zu treten. Er gründete in der Arndtstraße 48 ein Bureau, das er „Eilboten“ nannte. Er versprach dem Geschäftsleuten in seinen Anpreisungen, ihnen binnen 5 Stunden nach Erscheinen der Zeitungen die Ausschnitte durch besondere Voten zustellen zu wollen. Müncheberg hatte aber nicht damit gerechnet, daß zu einem solchen Unternehmen nicht nur einige Kenntnisse, sondern auch Geld gehört. Weil er selbst kein Geld, so kam er wieder auf den Gedanken sich auf dem Wege des Kautions-schwindels, der ihm so oft schon die Taschen gefüllt hatte, zu verschaffen, was er brauchte. Er fand auch drei Männer, die sich von ihm als „Kontorboten“ gegen Bürgschaft anstellen ließen. Dem einen nahm er 500 M., dem zweiten 150 ab, bei dem dritten begnügte er sich schon mit 80 M., weil der Mann nicht mehr hatte. Die Leute hatten weiter nichts zu tun, als Münchebergs Anpreisungen an die Geschäftsleute auszutragen. Weil er keine Aufträge eingingen, so hatte der Schwindler auch kein Geld, ihnen Gehalt zu zahlen. Als sie jetzt ihre Bürgschaft zurück verlangten, verschwand der Gauner aus dem Bureau und aus seiner Wohnung.

Ein schwerer Unfall ereignete sich am Sonntagmorgen in der Elektrizitätszentrale des Vergamannhofes, Alte Jakobstr. 20/22. Dort sollte am Morgen die Sauggasanlage der Gasmotoren, die die Dynamomaschinen antreiben, geprüft werden und die Arbeiter Franz Rowod und Karl Wittkowski begaben sich deshalb in den Gasmoterraum, um die Leitungen und die Antriebskräfte zu prüfen. Obwohl die Anlagen vollständig in Ordnung waren, herauf in dem Raum doch ein so starker Wasserdampf, daß die beiden Arbeiter schon nach wenigen Minuten bewußtlos zu Boden sanken. Den anderen Arbeitern, die in der Maschinenhalle beschäftigt waren, fiel schließlich das Verhängnis ihrer Kameraden auf und man fand die beiden in dem gaserfüllten Raum bewußtlos am Boden liegen. Ein sofort hinzugerufener Arzt vermochte die Verunglückten erst nach mehrstündigen Bemühungen ins Leben zurückzurufen.

Zur Steglitzer Familien-tragödie. Die beiden überlebenden Opfer der Familien-tragödie in der Feuerbachstraße 9 zu Steglitz, der 24jährige Privatier Felix Potenthal-Wonin und sein fünfjähriges Töchterchen liegen im Krankenhaus zu Groß-Weißensee. Während das Befinden des Vaters den Umständen nach befriedigend ist, gibt das des Kindes noch zu ersten Besorgnissen Anlaß.

Erfassungen aufgefunden wurde vorgestern im Plänterwald die Leiche eines Mannes, dessen Persönlichkeit sich bis jetzt noch nicht feststellen ließ. Es ist ein ungefähr 30 Jahre alter Mann, der 1,68 Meter groß ist, einen braunen Schnurrbart, ein längliches Ge-

sicht und eine hohe Stirn hat und einen dunklen Paletot, einen dunklen Rock, eine grau-grün-rot-farbene Samtweste, eine grau-gestreifte Hose, graue Strümpfe, schwarze Schnürschuhe, schwarze Anzwaite und ein rot- und weißgefärbtes wollenes Hemd trug.

Auf einen Kindesmord läßt die Auffindung einer kleinen Leiche schließen. In einem Wäldchen am Schlesischen Güterbahnhof fand man die Leiche eines neugeborenen Mädchens. Sie wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Ein Speichergebäude in Flammen. Ein großes Schadenfeuer kam in der Nacht zum Sonntag in der Krautstr. 38 im Osten Berlins zum Ausbruch. Auf dem vierten Hof befindet sich dort ein etwa 25 Meter langer 1 1/2stöckiger massiver Speicher der Speichergesellschaft Wolf Koch u. Siemensdorf, in dem große Posten Waren und Futtervorräte lagerten. Das Feuer entstand im ersten Stock und wurde erst bemerkt, als um Mitternacht die hellen Flammen hervorströmten. Bei Anbruch des siebenben Löschzuges aus der Memeler Straße brann es dann der erste Stock des Speichers schon kälterlos, so daß Verklärung herangezogen werden mußte. Die Flammen gefährdeten auch, da der Hof sehr eng ist, die dem Speicher gegenüberliegenden Stallungen, in denen sechs Pferde standen. Durch kräftiges Wassergeben gelang es aber der Wehr, das Feuer auf den Speicher zu beschränken. Der erste Stock brann vollständig aus und auch der Dachstuhl ist größtenteils zerstört. Verbrannt sind u. a. dreißig Küster-Gelatin-Metalladlampen, ein Posten wasserdichte Pläne, Gelschüre und über hundert Zentner Stroh, Heu und Hafer. Aber auch im Erdgeschloß des Speichers ist durch Wasser viel Schaden angerichtet. So wurden rund achtzig Zentner Wagg und eine Menge Automaten von der Deutschen Post- und Eisenbahnverkehrs-Aktiengesellschaft unbrauchbar oder entwertet. Der Gesamtschaden dürfte nach Angabe der Speichergesellschaft 25 000 M. betragen; ein Teil ist durch Versicherung gedeckt. Die Ursache des Feuers konnte nicht mehr ermittelt werden, doch wird Brandstiftung vermutet. Der Speicher war zum letztenmal am Sonnabendnachmittag 5 Uhr von einem Stallmann betreten worden. Die Löscharbeiten hielten die Feuerwehr fast drei Stunden am Brandplatz fest. — Ein zweiter größerer Brand beschäftigte die Feuerwehr am Sonntagvormittag in der Adalberstr. 26, wo eine Drehscheibe mit Holzvorräten in Flammen stand. — In der Philharmonie in der Bernburger Straße geriet am Sonntag früh 3 Uhr der Fußboden auf einem Heizungsrohr in Brand. Die anwesende Sicherheitswache der Feuerwehr schritt sofort ein und beseitigte die Gefahr in kurzer Zeit.

Arbeiter-Bildungsschule, Grenadierstr. 87. Der Unterricht in Literaturgeschichte findet des Jahrlabends wegen heute Dienstagabend statt.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln (Nirzdorf).

Aus der Magistrats-sitzung. Für den Erweiterungsbau des Rathauses soll ein Kostenüber-schlag aufgestellt werden und ein Modell des Bouteils an der Berliner Straße nebst Platzanlage angefertigt werden. — Für neue Schulbauten werden die Grundstücke am Mariendorfer Weg und in der Kopffstraße in Kauf genommen, es sollen die bestehenden Schulhäuser um je 18 Klassen erweitert, außerdem soll eine neue Turnhalle in der Kopffstraße errichtet werden. Das Hochbauamt wird mit der Aufstellung der speziellen Entwürfe und Kostenanschläge beauftragt. — Dem Polizeipräsidenten in Berlin soll eine Beteiligung der Stadtgemeinde Neukölln an den durch Einrichtung eines Zentralbüros in Berlin entstehenden Polizeimehrkosten für den Fall erklärt werden, daß diese Mehrkosten auf sämtliche beteiligten Vorortgemeinden nach Maßgabe ihrer Einwohnerzahlen verteilt werden. — Der Magistrat genehmigt 1. die Änderung der Grundsteuerordnung, 2. die Gewerbesteuerordnung für die Stadt Neukölln, 3. die Luftverkehrssteuerordnung der Stadt Neukölln in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung. — Von der Erhöhung des Marktstandgelbes wird abgesehen. — Die Gründung eines Vereins zum Schutze der städtischen Garten- und Parkanlagen wird genehmigt. Den Vereinsmitgliedern soll eine amtliche Legitimationskarte ausgestellt werden.

Die Tageszeit für die Abhaltung der bevorstehenden Stadtverordneten-Ersatzwahlen wird für die I. Wählerabteilung auf die Stunden von 1 Uhr mittags bis 7 Uhr abends und für die II. Wählerabteilung auf die Stunden von 11 Uhr vorm. bis 8 Uhr abends festgesetzt. — Gemäß § 22 der Städteordnung wird bestimmt, daß bei den bevorstehenden Stadtverordneten-Ersatzwahlen in der I. Wählerabteilung mindestens 1 Hausbesitzer, in der II. Wählerabteilung in 1., 2., 3., 4. und 6. Wahlbezirk je 1 Hausbesitzer und in der III. Wählerabteilung in 10., 14. und 24. Wahlbezirk je 1 Hausbesitzer zu wählen ist. — Befuß Bildung der Wahlvorstände soll der Stadtverordneten-Versammlung wegen Wahl von Weisigern und Weisiger-Stellvertretern eine Vorlage gemacht werden.

Aus Anlaß der Namensänderung der Stadt soll denjenigen Knaben und Mädchen, welche als erste in Neukölln geboren sind, ein Ehrengeldchen in Form eines Sparfassenbüchens mit je 100 M. gestiftet werden. Die beiden Sparfassenbücher sind bis zur Konfirmation der Bedachten zu sperren. Sollten die Inhaber der Sparbücher vor ihrer Konfirmation sterben, so tritt hinsichtlich des Eigentums das gesetzliche Erbrecht ein und ist alsdann die Sperrung bei Vorlegung der Sterbeurkunde aufzuheben.

Von der Regelung des Kartoffelverkaufs wird Kenntnis genommen. Die Verteilung von Seefisch-Rohprezeten soll nicht durch die Zeitungen, sondern durch die Schulkinder erfolgen.

Es wird generell bestimmt, daß alle im Krankenhaus in Wudow beschäftigten und dort wohnhaften Personen als Einheimische im Sinne der die Höhe der Kurkosten regelnden Bestimmungen anzusehen sind. — Gegen die Benennung der Straße 167a (von der Oberstraßenbrücke bis zur Gottlieb-Dunckelstraße) mit „Fischerheimstraße“ werden Einwendungen nicht erhoben. — Der königlichen Eisenbahndirektion soll für die bisherige Ringbahnstation Nirzdorf sowie für den bisherigen Güterbahnhof Nirzdorf der Name „Neukölln“ ohne Zusatz in Vorschlag gebracht werden.

Der Vorsitz der Mag. Buchert, der — wie wir berichtet — bei einem Brandunglück in dem Kinematographentheater am Böhmischen Platz schwer verunglückte, ist jetzt seinen Verletzungen erlegen.

Charlottenburg.

Elternverein für freie Erziehung. Von Mittwoch, den 14. Februar, ab finden unsere Spielnachmittage jeden Mittwochnachmittag von 8 bis 6 Uhr im „Volkshaus“, Rosenstr. 8, statt. Besonderer Veranstaltung wegen ist das Erscheinen der Zeitschrift am 27. Uhr erwünscht. Sonntag, den 18. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, findet unter sachmännlicher Leitung eine Besichtigung des Volkshauses statt. Treffpunkt 9 1/2 Uhr an der Straßenbahnhaltestelle am Anie, für Koch-züger 10 1/2 Uhr vor dem Museum Lepziger Str. 15. Auch Nicht-mitglieder und deren Kinder können an den Besichtigungen teilnehmen. Kinder unter 10 Jahren dürfen nicht mitgebracht werden.

Tempelhof.

Zu der Gemeindevorstellung wurde an Stelle des Rechnungs-rats Jung der in der zweiten Klasse mit 89 Stimmen gewählte Dr. med. Richter eingesetzt. — Bei der Neuwahl des Kommunalsteuer-Ausschusses wurde von sozialdemokratischer Seite der Versuch gemacht, auch einen Vertreter der Arbeiter in den rein bürgerlichen Ausschuss hineinzubekommen. Jedoch wurden die vom Bürgermeister beliebten Personen wieder — und an Stelle des verstorbenen Rentiers Rood Schöffe Jung neugewählt. — Durch eine

Reihe von Beschwerden sind Missstände in den hiesigen Kinos festgestellt worden. Nicht nur, daß größere Kinder bis zum Schluß zahlreich anwesend waren, auch ganz kleine Kinder sind dort bis gegen Mitternacht geblieben. Eine diesbezügliche Polizeiverordnung soll die Unwünschte beseitigen; die Verordnung legt eine Geldstrafe von 9 M fest, wenn Kinder unter 14 Jahren nach 9 Uhr auch in Begleitung der Eltern sich im Kino aufhalten. Von den Genossen Franz und Schmidt wurde auf die schädlichen Einflüsse hingewiesen, die diese Kinos auf ein Kindergemüt haben können. Kinder können am Nachmittag eigens für Kinder eingerichtete Vorstellungen besuchen. Dieselben bürgerlichen Herren, die die Schundliteratur bekämpfen und so viel in Jugendbewegung machen wollen, lehnten aber die erweiterten Vorschläge der Sozialdemokraten ab. — Das Ortsstatut über Einschränkung der Sonntagsarbeit in den offenen Verkaufsstellen hat eine Verzögerung erlitten. Es sollte am 1. Januar in Kraft treten, ist aber bis heute noch nicht veröffentlicht worden. — Bei der Bewilligung von 1000 M für die zweite Gemeindefestung zur Anschaffung von Vänken und Tischen, die durch eine Klappvorrichtung sich in Reichweite umwandeln lassen, brachte Genosse Schmidt die Verweigerung der Vänke zu den von der Zentralkommission der Krankenkassen Berlin veranstalteten hygienischen Vorträgen zur Sprache und bemerkte, daß selbst Mariendorf die Aula des Reformgymnasiums hergegeben habe. Erwarten können die Mitglieder der Krankenkasse doch nicht, daß Professoren und Ärzte im Wirtshaus bei Bier und Tabak hygienische Vorträge halten, bei denen übrigens jede Politik ausgeschlossen sei. Erwarten könne aber jeder Bürger, daß er auf eine Eingabe an die Behörde auch eine Antwort erhalte. Dies sei in vielen Fällen in Tempelhof nicht der Fall. Der Ortsgehaltliche verdrängte sich ob dieser Angriffe hinter die Schuldeputation. Diese habe die Entscheidung bezüglich Vergabe der Aula zu treffen und welche Gründe zur Ablehnung führten, seien ihm selbst nicht einmal bekannt! Die bürgerlichen Herren schwiegen zu dem einseitigen tieftraurigen Vorgehen. Zwei Einsprüche der Direktoren der Raebel-Werke gegen die Wählerliste wegen zu niedriger Veranlagung wurde stattgegeben. — Die 7 Kilometer lange Schmutzwasserkanalisation auf dem Tempelhofer Felde wird auf 184 600 M veranschlagt. Während die Materialien hierzu von der Gemeinde selbst beschafft werden, sollen die Arbeiten in zwei Losen im beschränkten Submissionswege vergeben werden. Schmidt plädierte für Inbetriebnahme auch der Arbeiten in eigener Regie. Inspektor Radbruch trat dem Vordredner entgegen und bat, die Arbeiten dem freien Gewerbebetrieb zu überlassen. So wurde denn auch in diesem Sinne beschlossen und alles der Baukommission überlassen. — Bei der Uebernahme der durch die Terraingesellschaft neu angelegten Klarich-, Ottokar-, Wolfram- und Konradstraße wurden noch Mängel verlaubar. Da fehlten bei der einen Straße die Baumkäfige, bei der anderen haben sich die Bordkäfige gelockert und bei der Wolframstraße habe noch das Wasser auf der Straße gestanden, doch wurde deren Abnahmefähigkeit heute empfohlen. Genosse Schmidt nahm hierbei Gelegenheit, auch einmal auf eine alte Straße mitten im Dorf hinzuweisen. Während man in den entlegenen Straßen auf gutes Pflaster halte, müsse man im Dorf, z. B. in der Kaiser-Wilhelm-Straße, durch Sumpf waten. Nachdem der Vorsteher eine lahmne Erwiderung brachte, erfolgte Schluß der öffentlichen Sitzung.

In der hierauf folgenden nichtöffentlichen Sitzung wurden die Anstellungsbedingungen der angustellenden Gemeindevorsteher festgelegt.

Ein tödlicher Betriebsunfall ereignete sich am Montagabend in der hiesigen Eisenbahnhauptwerkstatt. Dort waren acht Arbeiter mit dem Transport eines Materialenspindes beschäftigt. Dabei zerbrach der dazu benutzte Tragestock und das Spindel fiel zu Boden. Der beim Transport tätige Hilfsverführer A. Wendler aus der Kaplerstraße 13 wurde von dem fallenden Spindel mit zu Boden gerissen und mit einer spitzen Ecke desselben so unglücklich am Kopf getroffen, daß sein sofortiger Tod eintrat. Der Verunglückte hinterläßt eine Witwe mit drei unehelichen Kindern.

Gesen.

Ein tüchtiger und zuverlässiger Beamter ist nach der Meinung seiner Vorgesetzten der Herr Gemeindevorsteher Zaeger aus Gesen. Die Ortsangehörigen haben vielfach eine andere Auffassung über die Qualifikation ihres Dorfvorstandes. Diese Stimmung kam recht deutlich zum Ausdruck in einer öffentlichen Versammlung, die im vergangenen Sommer stattfand, bei welcher die Nichtigkeit und Unzuverlässigkeit des Gemeindevorstehers allerdings eine sonderbare Beleuchtung erfuhr. Die Bevölkerung hoffte durch diese öffentliche Darlegung der zur Kritik Veranlassung gebenden Geschäftsführung eine baldige Abhilfe. Diese Auffassung wurde noch dadurch gestützt, daß zwei Gendarmen anwesend waren, die über die erhebenden Beschuldigungen der vorgelegten Behörde doch sicher Bericht erstatten haben werden. Ob eine Vernehmung des Beschuldigten auf Grund dieser öffentlichen Anklagen stattgefunden hat, ist nicht festgestellt worden. Sicher ist das eine, daß ein Disziplinarverfahren nicht eingeleitet und die Anklagen nicht vernommen wurden.

Da die vorgelegte Behörde allem Anschein nach sich nicht veranlaßt fühlte, etwas zu unternehmen, wurde das zur Verfügung stehende Belästigungsmaterial der Staatsanwaltschaft unterbreitet mit dem Antrage um Einleitung des Strafverfahrens wegen Unterschlagung im Amte.

Begründet wurde diese Beschuldigung auf eine Reihe von Unregelmäßigkeiten, die der Gemeindevorsteher Zaeger sich im Amte habe zuschulden kommen lassen.

Der Staatsanwalt lehnte die Einleitung des Strafverfahrens ab. Die Gründe für die Ablehnung dieses Antrages sind nicht ohne Interesse. Es muß noch bemerkt werden, daß einige Mitglieder der Gemeinde nichts unversucht ließen, um Aufklärung und Abhilfe zu schaffen und endlich den formellen Antrag an die zuständigen Stellen

auf Einleitung des Disziplinarverfahrens richteten. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Die Staatsanwaltschaft endlich stellte fest, daß bei der Revision sich Unstimmigkeiten ergeben hätten, die auf Versehen oder ungeschickte Buchungen zurückzuführen sind. In einem Falle handelt es sich nach den Angaben der Staatsanwaltschaft nach den unwiderlegten Angaben des Beschuldigten um verächtlich unterlassene Buchungen. Der Gemeindevorsteher wird von dem Ankläger beschuldigt, widerrechtlich für seine „Tätigkeit“ als Schulvorstand Gelder aus der Gemeindefestung entnommen zu haben. Die Staatsanwaltschaft erkannte an, daß diese Angaben den Tatsachen entsprechen; dem Gemeindevorsteher war jedoch nicht „bewußt“, daß er kein Recht dazu hatte. Auch für die Tätigkeit der Verwaltung der Kasse der Jagdgenossenschaft entnahm er aus der Gemeindefestung Gelder für sich eine Remuneration, ohne dazu befugt gewesen zu sein. Daß der Beschuldigte dies bewußt und befangen getan hat, ist auch in diesem Falle nicht festzustellen gewesen. Trotz alledem kommt die Staatsanwaltschaft zu dem Resultat, daß der Gemeindevorsteher Zaeger nach dem Zeugnisse seiner Vorgesetzten ein durchaus tüchtiger und zuverlässiger Beamter ist. Wir glauben nicht annehmen zu können, daß die konservative Gesinnung des Beschuldigten maßgebend für das Zeugnis seiner Vorgesetzten vor. Wie oft aber über Behörden bei Beschuldigten, die noch erheblich geringere Verdachtsgründe gegen sich haben, viel weniger Rücksicht.

Vordam.

Der verschwundene Sarg. Ende vorigen Jahres erhängte sich hier der Arbeiter F. Seine Leiche wurde mittels eines einfachen schwarzen Sarges, wie sie die hiesige Feuerwehr vorrätig hält, nach der Kirchhofstraße des neuen Friedhofes gebracht. Mittlerweile hatte die Witwe des Verstorbenen einen anderen Sarg besorgt und bettete ihren Mann in der Halle um. Am 6. Dezember fand dann die Beerdigung statt. Zu dieser erschien ein besserer Herr, der angab, von der Regierung zu sein und hat die Witwe, zu gestanden, daß er von ihrem Manne das Herz und die Lunge entferne, da diese zu wissenschaftlichen Zwecken verwendet werden sollten. Die Witwe verweigerte dies und wurde die Leiche beerdigt. Mitte Januar erkrankte nun bei der Witwe zu verschiedenen Malen die Polizei und erkundigte sich, wo der Sarg von der Feuerwehr sei, denn dieser sei verschwunden, sie solle ihn herbeischaffen oder bezahlen. Auch zu dem Magistrat wurde sie bestellt, der ebenfalls nach dem verschwundenen Sarg recherchierte. Die Witwe mußte natürlich nicht, wo der Sarg geblieben ist. Dieser Lage wurde sie abermals nach dem Magistrat bestellt, und ihr eröffnet, daß die Sache erledigt sei, der Sarg sei mit verbuddelt worden oder er sei verbrannt. Die Witwe will sich jedoch hiermit nicht beruhigen, sie nimmt mit ziemlicher Bestimmtheit an, daß man ihren Mann wider ihren Willen aus dem Grabe entfernt und mit diesem verschwundenen Sarge weggebracht hat. Die Staatsanwaltschaft wird sich mit dieser dunklen Sache noch zu befassen haben.

Aus aller Welt.
Schwere Grubenunfälle.

Auf der Litandragrube bei Antonienhütte hat sich am Sonntagmorgen ein schweres Grubenunglück, dem sechs Menschenleben zum Opfer fielen, ereignet. Durch einen Grubenbrand, der auf Fahrlässigkeit beim Umgehen mit der Grubenlampe zurückgeführt wird, sind ein Steiger, ein Oberhauer, ein Maschinenwärter und drei Arbeiter zu Tode gekommen. Die zuerst auftauchenden Gerüchte, daß noch über zwanzig Mann an der Grubenhöhle eingeschlossen sein sollten, haben sich glücklicherweise nicht bestätigt.

Auch aus Gelsenkirchen wird ein größerer Grubenunfall gemeldet. Auf der Zeche Abbeinthe erfolgte bei dem Ausbrechen eines Querschlages eine Explosion, durch die ein Arbeiter getötet und ein anderer schwer verletzt wurde. Mehrere betäubte Arbeiter konnten durch die Rettungsmannschaften wieder ins Leben zurückgerufen werden.

Ein drittes schweres Grubenunglück meldet der Telegraph aus dem Saargebiet. Im Westschacht der Grube Reden bei Friedrichthal riß am Montagmorgen während der Förderung das Führungseil der Förderkäbel. Die Käbel überstiegen sich und der Gesteinsinhalt entleerte sich auf die untenstehenden Arbeiter; drei von diesen wurden getötet, drei schwer und zwei leichter verletzt.

Schöfacher Nord.

Eine furchtbare Bluttat hat sich am Montagmorgen in Reichenbach im Vogtland zugetragen. Der dort wohnende Korbmachergehilfe Heinrich Dillinger hat seine Familie, bestehend aus Frau und fünf Kindern im Alter von 2 bis 13 Jahren, ermordet. Die Leichen wurden in den Betten liegend mit Schußwunden in den Köpfen aufgefunden. Dillinger wurde auf seiner Arbeitsstelle festgenommen. Er hat die Tat bereits eingestanden. Man fand bei ihm noch einen Revolver und verschiedene Patronen vor. Die Leichen wurden in das städtische Krankenhaus gebracht. Bei der Ueberführung gab das jüngste Kind noch schwache Lebenszeichen von sich. Was den Mann zu der Tat getrieben hat, ist noch nicht ermittelt.

Die Unwetterberberungen in Portugal.
Die aus Lissabon einlaufenden Nachrichten über das Hochwasser lauten immer furchtbarer. Nach den bisherigen Schätzungen hat die Wassermasse einen Sachschaden in Höhe von 42 Millionen Mark angerichtet. Ueber 200 Meilen Eisenbahnstrecke ist vollkommen zerstört, und noch immer nimmt die Ueberschwemmung in den verschiedenen Landesteilen zu. In meitenweiten Gebieten ist der Verkehr nur auf Booten möglich; ganze Dörfer in der Nähe der Flußläufe stehen unter Wasser. Bei der Ueberschwemmung des Dorfes Caparica ist ein großer Teil der Einwohnerschaft ertrunken. Zahlreiche Leichen schwimmen im Wasser umher. In dem Dorfe Mirandella haben die ununterbrochenen Regenfälle Erdrutsche verursacht, durch die zwei Häuser eingestürzt sind. Acht Menschen wurden dabei getötet.

Schiffskatastrophe an der französischen Küste.
Während eines starken Nebels ist am Sonnabend an der französischen Küste in der Nähe von Marseille der österreichische Dreimaster „Maria Theresia“ gescheitert. Die ganze aus 20 Köpfen bestehende Besatzung hat den Tod in den Wellen gefunden.

Kleine Notizen.

Eine Ehetragödie. In München hatte sich die 55 Jahre alte Kaufmannsrau Freising durch Aufschneiden der Pulsader und Einatmen von Leuchtgas das Leben genommen. Aus Nummer über den Verlust seiner Frau hat iago darauf auch ihr 13 Jahre jüngerer Mann Selbstmord durch Einatmen von Leuchtgas verübt. Zwei Menschenleben um zwei Kronen. Wie aus Mariazell gemeldet wird, überfielen unbekannte Täter in der vergangenen Nacht einen Bauernhof und töteten den Bauern und die Bäuerin. Es fielen den Mördern nur zwei Kronen bares Geld in die Hände.

Hohe Rente. Die Pariser Bankfirma Legroux-Pradel hat Hunderte von Einzählern, unter denen sich insbesondere zahlreiche kleine Beamte und Unteroffiziere befinden, unter der Vorspiegelung eines zehn bis zwölfpromzentigen Zinsrückkaufes um ihre gesamten Ersparnisse geprellt. Es laufen bei der Behörde fortgesetzt Strafanzeigen gegen die Firma ein.

Vere- und Vortragsklub „Wilhelm Liebknecht“. Sitzung: Dienstag, den 13. Februar, abends 9 Uhr, bei Eichhorn, Danziger Str. 93/94. Tagesordnung: Vortrag. — Gäste willkommen.

Briefkasten der Expedition.

C. 3. 6. Von einer Sperrte der Firma seitens der Kellereihaft M und nichts bekannt.

Marktbericht von Berlin am 10. Februar 1912. nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidiums. Marktpreisliste (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 36,00—50,00. Spelzeböden weiße, 40,00—60,00. Linen 40,00—80,00. Kartoffeln 10,00—15,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30 bis 1,80. Schweinefleisch 1,30—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,50. Hammelfleisch 1,30—2,20. Butter 2,90—3,20. 60 Stück Eier 4,50—8,00. 1 Kilogramm Karpen 1,30—2,40. Halm 1,20—3,00. Bänder 1,60—3,60. Hechte 1,30—2,60. Sardine 1,00—2,00. Scholle 1,60—3,20. Meie 0,80—1,40. 60 Stück Korbje 4,00—30,00.

Witterungsübersicht vom 12. Februar 1912.

Stationen	Barometer stand mm	Wind richtung	Witterung	Wetter	Temp. u. d. G. u. F.	Stationen	Barometer stand mm	Wind richtung	Witterung	Wetter	Temp. u. d. G. u. F.
Wismar	754,8	SE	1 bedeckt	0	4	Haparanda	771,8		4 wolken	—24	
Hamburg	756,5	SE	2 Dunst	1	3	Betersburg	759,0	SD	3 bedeckt	—3	
Berlin	755,8	SE	2 bedeckt	1	3	Stettin	741,0	SD	3 bedeckt	9	
Frankfurt a. M.	757,0	SE	1 bedeckt	1	3	Aberdeen	756,0	SD	3 Regen	4	
München	760,3	SE	3 bedeckt	3	3	Paris	752,0	SD	4 bedeckt	9	
Wien	755,3	SE	2 Regen	5							

Wetterprognose für Dienstag, den 13. Februar 1912.
Langsam aufklarend, etwas kälter, bei gleichmäßig streichen nördlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 11. 2.		am 10. 2.		Wasserstand	am 11. 2.		am 10. 2.	
	cm	cm ²	cm	cm ²		cm	cm ²	cm	cm ²
Remel, Müst	131 ²	0	118 ²	—2	Saale, Großh.	118 ²	—2		
Pregel, Insterburg	—41 ²	+3	—	—	Havel, Spandau	52 ²	—3		
Beltsel, Thorn	64 ²	—10	—	—	Kathenon	98 ²	+1		
Oder, Rathbor	320 ²	—23	—	—	Spree, Spremberg	70	0		
• Krossen	116 ²	—1	—	—	Deeslow	54 ²	—4		
• Frankfurt	116 ²	—4	—	—	Weser, Minden	171	—6		
• Barby, Schrimm	18 ²	0	—	—	Minden	278 ²	—8		
• Landsberg	40 ²	0	—	—	Rhein, Maximiliansau	73	+16		
• Nehe, Nordamm	43 ²	0	—	—	• Raab	158	+8		
• Elbe, Lehmig	62	0	—	—	• Rön	304	+21		
• Dresden	—115	—1	—	—	• Redar, Weibronn	100	+5		
• Verby	150 ²	+1	—	—	• Rain, Wertheim	—	—		
• Magdeburg	129	+9	—	—	• Rojei, Trier	103	—7		

+) + bedeutet Hoch, — Fall. — *) Unterpegel. — *) Eisstand. *) Schwaches Eisreiben.

KNORR Suppen-Würfel

1 Würfel = 3 Teller Suppe 10 Pf. — Über 40 Sorten.

Knorr-Suppen sind anerkannt die besten im Geschmack.

Schnelle und bequeme Zubereitung.



Theater und Vergnügungen

Dienstag, 13. Februar 1912
Anfang 7 1/2 Uhr.

Rgl. Opernhaus. Der Rosenkavalier.

Rgl. Schauspielhaus. Der Schlagsbaum.

Deutsches. Romeo und Julia.

Virtus Busch. Gala-Vorstellung.

Virtus Schumann. Gala-Vorstellung.

Virtus Tarrafont. Gala-Vorstellung.

Haberland. Spezialitäten.

Urania. Faustbraut 48/49.
Der Großglockner, Gasteln und die Salzburger Alpen.
Abend 8 Uhr: Dr. Berndt: Die Abstammung des Menschen.

Neues. Der liebe Augustin.

Kammerspiele. Offiziers.

Leffing. Gudrun.

Neues Schauspielhaus. Helligenthal.

Reichens. Alles für die Firma.

Kurfürstendoper. Die lustigen Weiber von Windsor.

Komische Oper. Undine.

Reichen. Blauer Blut.

Lukibichhaus. Die Damen des Regiments.

Kleines. Lottens Geburtstag.

Berliner. Große Hofnen.

Reines Coverren. Eva.

Schiller O. Der Kilometerfresser.

Za. Charlotteburg. Emilia Galotti.

Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Laifun.

Luisen. Papi und Schwert.

Rose. Des Meeres und der Liebe Wellen.

Königsgräber Straße. Die fünf Frankfurter.

Wettr. Die Nacht von Berlin.

Trianon. Das kleine Café.

Thalia. Volksliche Wirklichkeit.

Casino. Der Kampf ums Dasein.

Wagner. Spezialitäten.

Herrnfeld. Spezialitäten.

Herrnfeld. Wie man Männer bessert.

Reichens. Stettiner Sänger.

Königsgräber-Kasino. Ein dunkler Punkt.

Wintergarten. Spezialitäten.

Folies Caprice. Wandelblüth's Folterabend. Losgelassen. Waffenübung.

Wolfsbau. Teufel, das hat einge-schlagen!

Boigt. Geschlossen.

Neues Volkstheater. Kaffan der Welt.

Welle. Alliance. Napoleon Bonaparte und seine Frauen.

Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Schiller-Theater O. Galtner-Theater.
Dienstag, abends 8 Uhr: Der Kilometerfresser.

Mittwoch, abends 8 Uhr: Der Probepfeil.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Weg zur Hölle.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr: Emilia Galotti.

Mittwoch, abends 8 Uhr: Zum erstenmal: Gräfin Lea.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Probepfeil.

Berliner Theater. Abends 8 Uhr: Große Hofnen.

Theater in der Königsgräber Straße Abends 8 Uhr: Die 5 Frankfurter.

Neues Theater. Abends 8 Uhr: Der liebe Augustin.

Sonn. 2 1/2 Uhr: Der fidele Bauer.

Theater des Westens. Abends 8 Uhr: Wiener Blut.

Sonn. 2 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.

Residenz-Theater. Direktor Richard Alexander.
Abends 8 Uhr: Alles für die Firma.

Snifen-Theater. Dienstag: Papi und Schwert.
Mittwoch: Der Verschwenker.
Donnerstag: Sommerluft.

Belle-Alliance-Theater. Abends 8 1/2 Uhr: Napoleon Bonaparte und seine Frauen.

ROSE-THEATER Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr: Des Meeres und der Liebe Wellen.

Tranerspiel in 5 Akten v. Grillparzer
Mittwoch: Der Spielteufel.

Urania. Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr: Der Großglockner, Gasteln und die Salzburger Alpen.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. Berndt: Abstammung des Menschen.
Sternwarte, Invalidenstr. 57-62, (7 1/2-10 Uhr)
Saturn, Orionnebel usw.

Metropol-Theater. Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.
Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Jul. Freund. Musik von B. Holländer. In Szene gesetzt vom Dir. A. Schulz.

Apollo Theater Ab 8 Uhr:
Ein sensationeller Erfolg des neuen komisch. Programms 8 für Berlin neue Debüt mit dem Tagesgespräch von Berlin:
Paul Beckers Grotesk-Komiker.

Herrnfeld Theater Herrnfelds neueste Sensation!
Der Höhepunkt stürmischen Unterhaltungs:
Wie man Männer bessert.
2 Akte mit den Autoren in den Hauptrollen.
Dazu die Novität:
Der Hausteufel.
Anfang 8 Uhr.
Billetvorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Passage-Theater. Schneider-Duncker Carl and Lotty die berühmte Excentr.-Tänzer.
Luise Schäfer Vortragskünstlerin.
The Hevaldos Truppe d. best. Schleuderbrett-Akrob. und d. Febr.-Glanzprogr. 14 erstkl. Spezialitäten.

Passage-Panoptikum. Das Londoner Mirakel Die Frau in der Kanne!
Befreiung aus d. Wassergrab.
Lebend! Lebend! Fakir-Truppe 15 Personen in ihren religiösen Märtyrer-Produktionen
Wochentags 4-7 Uhr:
Lichtspiele Ohne Extra-Entree.

Trianon-Theater. Täglich abends 8 Uhr: Das kleine Café.

Admiralspalast Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena. Nachmittags: **Militär-Konzert.** Kunstlaut-Produktionen.
Abends die Novitäten: Tänze a. d. Eise, Rheinländer, Russisch, Engl., Alt-Wiener Walzer und Die kleine Charlotte.
Der norwegische Meister **Harry Paulsen** sowie d. prächt. Eisballett **Alpenzauber.**
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges.

Union-Theater Heute Dienstag anBergewöhnlicher Programm-Wechsel.
Helfer der Menschheit Schauspiel aus dem Leben eines Arztes.
Ihr Ehemänner. Eine Geschichte aus der Jägerstraße.
Kurz vor Redaktionsschluß. Amerikanisches Sensationsdrama.

Ein Held im Unterseeboot. Realistische Schilderung aus der amerikanischen Marine.
Die Tierbändigerin. Pariser Original-Schauspiel.
Außerdem ein vollständig neues, überaus reichhaltiges Repertoire.

Asta Nielsen-Zyklus. Täglich wechselnder Spielplan.

Unter den Linden **Alexanderplatz** **Moritzplatz** **Hasenheide** **Wedding** Reinickendorfer Str. 14.

„CLOU“ Berliner Konzert-Haus.
Mauortstr. 82 Zimmerstr. 90/91.
Großes Konzert Zillerthaler und Tegernseer Sänger, Plattler u. Jodler!!
Anstich von 3 Königsbräu, dem köstlichsten aller Münchener Doppelbiere.
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen nachmittags:
Gr. Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

Neue Welt. Arnold Scholz. Hasenheide 108-114.
Heute Dienstag, den 13. Februar 1912:
Elite-Tag
Prämierung der stärksten Männerbrust
Der Umfang wird gemessen.
3 bare Geldpreise: 50,-, 30,-, 20 Mark.
Mittwoch, den 14. Februar: Elite-Tag. Großer Ball.
Vorauszeige! Donnerstag, den 15. Februar 1912:
Damen-Prämierung. **Das kleinste Ohr!**
Prämiiert wird:
3 bare Geldpreise 50,-, 30,-, 20,- Mark.
Anmeldungen bis 10 Uhr an der Kasse.
30 bayrische Madl. 5 Kapellen. Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Walhalla-Theater Am Rosenthaler Tor. Direktion: James Klein. Weinbergsweg 18.
Premiere: 16. Februar 1912 abends 8 1/4 Uhr:
Menschenrechte
Großes soziales Volks-Ausstattungsstück mit Gesang und Ballett in fünf Akten von Max Reichardt.
In Szene gesetzt vom Direktor James Klein.
Die Kasse ist von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends ununterbrochen geöffnet.

Union-Theater Heute Dienstag anBergewöhnlicher Programm-Wechsel.
Helfer der Menschheit Schauspiel aus dem Leben eines Arztes.
Ihr Ehemänner. Eine Geschichte aus der Jägerstraße.
Kurz vor Redaktionsschluß. Amerikanisches Sensationsdrama.

Ein Held im Unterseeboot. Realistische Schilderung aus der amerikanischen Marine.
Die Tierbändigerin. Pariser Original-Schauspiel.
Außerdem ein vollständig neues, überaus reichhaltiges Repertoire.

Asta Nielsen-Zyklus. Täglich wechselnder Spielplan.

Unter den Linden **Alexanderplatz** **Moritzplatz** **Hasenheide** **Wedding** Reinickendorfer Str. 14.

Kammer-Licht-Spiele am Potsdamer Platz.
Das sensationelle Programm u. A.:
Giampietro als Roland von Berlin.
Beginn: Täglich 4 Uhr. Bis 6 Uhr: Kinder halbe Preise. — Preise der Plätze: 75 Pf., 1,-, 1,25, 1,50, 2,-, Logen 3,- Mark. ..

Berliner Ulk-Trio Rixdorf-Berlin. U Bahnstr. 74. L 1

Boigt-Theater. Heute Dienstag, den 13. Februar: Gastspiel im Wandbilder Winter-Garten, früher Artushof, Perleberger Str. 28
Hotel Klingebusch. Original-Vollstück mit Gesang in 5 Bildern von Anselm u. Jacobson. Raffeneröffnung 7. Anfang 8 1/2 Uhr.

Casino-Theater Lottbringer Str. 37. Anfang 8 1/2 Uhr
Der größte Theatererfolg! Täglich ausverkauft.
Der Kampf ums Dasein. Aktuell! Dem heutigen Leben entnommen. — Sonntag nachm. 8 1/2 Uhr: Der selige Pollichinsh.

Königstadt-Kasino. Alte Holzmärkte u. Alexanderstraße
Täglich Varieté und Theater.
Som 1.-16. Februar
Reiseprogramm.
In jeder Vorstellung:
● Ein dunkler Punkt. ●
Bursche mit Gesang in 2 Bildern.

Folies Caprice. Täglich 8 1/2 Uhr:
Losgelassen.
Waffenübung. Wandelblüth's Folterabend.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger.
Neu! Neu! Pantoffel-Helden.
Bursche u. Reichardt.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Berliner Prater Kastanien-Allee 7/9.
Jeden Dienstag, 8 1/2 Uhr:
Hoffmanns Sänger
Heute: Feindliche Brüder.
Alle Vorsugsst. gelten. Nach d. Soiree: Froitzanz.

Buchhandlung Vorwärts Lindenstr. 69, Laden
Wichtig für jeden preußischen Steuerzahler

Führer durch das preußische Einkommensteuergesetz
Vom Arbeitersekretär Rud. Wissell
mit 19 Formularen für Reklamationen
Preis 30 Pf.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publitum gegenüber keinerlei Verantwortung.

